

**Postprivatisierung:**

## **Von Bevölkerung abgelehnt**

Durch Postämterschließungen hat die Post an Ansehen verloren **6**

**WK-Forderung nach 60-Stunden-Woche:**

## **Eine Milliarde Lohnkürzung**

Arbeitszeitverlängerung durch die Hintertür konstatiert die AK **7**

**Bildung:**

## **Soziale Selektion**

Kein gerechter Zugang für sozial schwächere Kinder **42**

# Arbeit & Wirtschaft

**Herausgegeben von AK und ÖGB**

N°9 | September 2006 | 60. Jahrgang | € 2,- | [www.arbeit-wirtschaft.at](http://www.arbeit-wirtschaft.at)

**Clemens Schneider:**

## **Wir schaffen das!**

Seite 8

**Negativbilanz seit 2000:**

## **Arbeitsmarktpolitik**

Seite 12

**Bilanz über sechs Jahre:**

## **Gesundheitspolitik**

Seite 20

**Magere Jahre von 2000 bis 2006:**

## **Bildungspolitik**

Seite 26

**Emmerich Tálos:**

## **Vor welchem Hintergrund agieren Gewerkschaften?**

Seite 34

bilderbox



**Bilanzen 2000–2006**

Seiten 12, 20, 26

## Interview:

### Wir werden das schaffen!

8 <sup>a</sup>

Alle müssen sich besinnen, dass wir nur gemeinsam die Krise des ÖGB bewältigen können: Interview mit Clemens Schneider, Geschäftsführender Leitender Sekretär des ÖGB, zuständig für Finanzen.

## Schwerpunkt:

### Arbeitsmarktpolitik in Österreich

12 <sup>a</sup>

Die Negativbilanz seit 2000 setzt sich fort: Österreichs Arbeitsmarkt ist seit geraumer Zeit in der Krise. Während die Arbeitslosigkeit bei allen Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen gleichermaßen steigt, stagniert die Beschäftigungsquote. Umgerechnet auf Vollzeit ist die Beschäftigung in den letzten Jahren sogar gesunken.

### Die Gesundheitspolitik der letzten Jahre

20 <sup>a</sup>

Hier soll eine gesundheitspolitische Bilanz der über sechs Jahren regierenden Koalition gezogen werden. Haben die Maßnahmen im Zuge der politischen »Wende« wirklich – wie im FPÖ/ÖVP-Regierungsübereinkommens 2000 angedeutet – zu einer Neukonzeption oder nur zu einer veränderten, aber nicht qualitativ neuen Sozial- und Gesundheitspolitik geführt?

### Sieben magere Jahre

26 <sup>a</sup>

Bilanz der Bildungspolitik von 2000 bis 2006: Bildungsstand der Jugendlichen in Österreich – Die Schulen – Hochschulen im Umbruch – Erwachsenenbildung und Weiterbildung.

## Diskussion:

### Emmerich Tálos: Vor welchem Hintergrund agieren Gewerkschaften heute?

26 <sup>a</sup>

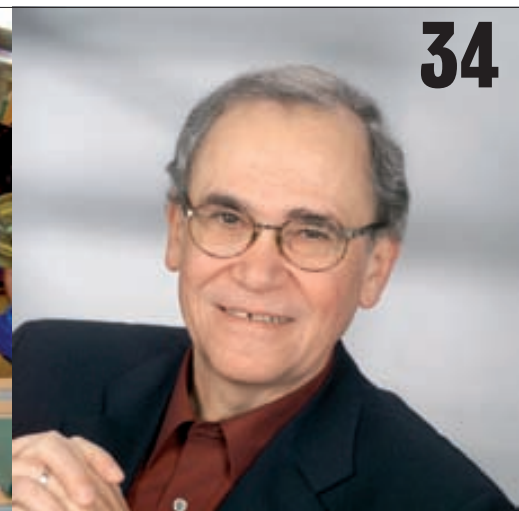
Der veränderte ökonomische, soziale und politische Hintergrund für Gewerkschaftspolitik, die daraus resultierenden Probleme und die damit zusammenhängenden Herausforderungen.



8



26



34

## Meinung

- 4 | Standpunkt: Weinen oder lachen?
- 5 | Leserforum
- 39 | Tabulose Diskussion zur ÖGB-Reform

## Aus Arbeiterkammern&Gewerkschaften

- 6 | Berufseinsteiger: Keine Ahnung
- 6 | Postprivatisierung: Von Bevölkerung abgelehnt
- 7 | WK-Forderung nach 60-Stunden-Woche:  
Lohnkürzung von einer Milliarde Euro
- 7 | Neue Selbständige sind neue Unselbständige:  
Gleiches Recht für atypisch Beschäftigte
- 7 | Frauenpolitik: 10 Fragen an die Parteichefs ...
- 42 | Bankgebühren: Undurchsichtig
- 42 | Bildung: Soziale Selektion
- 42 | EU und Dienstleistungen
- 43 | Freiwilligenarbeit: Taten statt Worte
- 43 | Arbeitsmedizin:  
Uni-Institut ausbauen statt zusperren

## Wirtschaft&Arbeitsmarkt

- 43 | Verbraucherpreise

## Gesellschaftspolitik

- 32 | Umrüstungsspektakel als Lehrbuchbeispiel

## Internationales

- 18 | Transportarbeiter:  
Haberzettl wurde ITF-Vizepräsident
- 18 | USA: Steuerbegünstigung  
für hohe Einkommen
- 18 | Chile: Streik in Kupfermine
- 19 | »Abseits! Arbeitsrecht in Asien«
- 41 | Freiwilligenarbeit: Taten statt Worte
- 41 | Arbeitsmedizin:  
Uni-Institut ausbauen statt zusperren

## Kultur Bildung Medien

- 44 | Das »Wiener Stadtgespräch«

## Bücher

- 44 | Peter Huemer: Heimat. Lügen. Literatur
- 45 | Emmerich Tálos (Hg.):  
SCHWARZ-BLAU  
Eine Bilanz des »Neu-Regierens«

## Krise und Selbstregenerationskraft

Redaktion intern

»Arbeit&Wirtschaft« veröffentlicht regelmäßig ausführliche und kritische Analysen. Ob die Bilanzen, die wir heuer in diesen Heften veröffentlicht haben, nun wirklich zum Weinen sind, müssen Sie selbst entscheiden. Wir jedenfalls sind der – monatlich in unserem Impressum aufs Neue erklärten – Meinung, dass eine Vielfalt der Meinungen die Grundlage für eine fruchtbare geistige Auseinandersetzung ist. Dies mag vielleicht im Widerspruch mit manchen bürokratischen Tendenzen oder mit zutage tretenden autoritären Strukturen stehen. Aber ohne Widerspruch kann es keine Diskussion

geben. In der aktuellen Krise unserer Organisation glauben wir an die Selbstregenerationskräfte der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung, und um diese Kräfte zu wecken, bedarf es der Kritik und – der Selbstkritik.

Was an uns, an der »Arbeit&Wirtschaft« immer wieder kritisiert wird, ist, dass sie schwer lesbar sei – bezogen auf die oft komplexen und komplizierten Beiträge. Die Zusammenhänge und Hintergründe aus der Arbeitsmarktpolitik, der Gesundheitspolitik oder der Bildungspolitik sind aber nun einmal nicht einfach, sondern kompliziert, und wir wollen ja mehr brin-

gen als ein paar Phrasen und Parolen. Aus vielen Gesprächen mit Betriebsräten und Personalvertretern (wie auch aus Umfragen von Meinungsforschern) wissen wir, dass diese die »Arbeit&Wirtschaft« als über die tägliche Phraseologie hinausgehende Informationsquelle zu schätzen wissen! Ich persönlich kann Ihnen – auch im Namen des Redaktionskomitees versichern, dass wir uns immer wieder bemühen, komplexe Themen aufzubereiten und allgemein verständlich zu machen. Wie weit uns das gelungen ist, darüber können Sie sich selbst vergewissern.

*Siegfried Sorz*

# Standpunkt

**Siegfried Sorz**  
Chefredakteur



## Weinen oder lachen?

**D**as Öffentliche besteht im Gegensatz zum Privaten. Eine Diskussionsrunde im Fernsehen ist etwas anderes als das, was zum Beispiel Sie, liebe Leserin, lieber Leser, in Ihrem Schlafzimmer machen. Zu Recht werden sie jetzt gleich reagieren und sagen: »Das geht keinen was an, was ich dort mache!« Und obwohl das Veröffentlichte über viele in der Öffentlichkeit stehende Menschen sich bis in ihre Schlafzimmer erstreckt, sind hier eindeutige, auch vom Gesetz gezogene Grenzen. Die stehen allerdings im täglich verifizierbaren Gegensatz zu den voyeuristischen Tendenzen von uns Konsument/-innen der Massenmedien. (Wer das gerade liest, ist natürlich ausgenommen.)

Öffentlichkeit kann auch inszeniert werden wie eine Oper und angesichts des jetzt tobenden Wahlkampfes haben auch Sie sich wahrscheinlich schon öfters die Frage gestellt: »Ist das eine Tragödie? Oder doch eher eine Komödie? Offensichtlich beides, also eine Tragikomödie!«

Sollen wir nun weinen oder lachen angesichts dessen, was wir tagtäglich geliefert kriegen?

### In Bagdad und anderswo

Ich erinnere mich an eine Begebenheit aus der inszenierten Kriegsöffentlichkeit bei der letzten Eroberung von Bagdad. Ein paar ausgewählte Statisten wurden durften von den anwesenden Korrespondenten dabei

1) Falls Sie sich fragen, »Woher hat er das?«, möchte ich Ihnen gerne ein Buch empfehlen, das eine gute Quelle und Anregung ist, auch wenn es ziemlich umfangreich ist: Oskar Negt, Alexander Kluge: »Der unterschätzte Mensch«, zweibändige Gesamtausgabe, Verlag Zweitausendeins, ISBN 3-86150-425-1

abgefilmt werden, wie sie eine Statue von Saddam Hussein stürzten. Der inszenierte Volkszorn als Ablenkung von der Suche nach den Massenvernichtungswaffen, die der vorgebliche Kriegsgrund waren und die man bis heute nicht gefunden hat ...

Ein gesundes Misstrauen gegenüber den diversen öffentlichen Inszenierungen, den Szenen und Auftritten und dem Applaus der Claqueure scheint mir durchaus angebracht.

Was ich mir wünschen würde? Einen Cato! Erinnern Sie sich aus der Schule an die Cato-Formel, die er nach jeder Rede einfügte – »Ceterum censeo, Carthaginem esse delendam«, Karthago muß im übrigen zerstört werden? – In der selben Manier wünsche ich mir einen (oder eine), der (oder die) bei jeder sich bietenden Gelegenheit einflucht: »Im übrigen haben wir ein paar hunderttausend Arbeitslose, und jeder einzelne ist einer zu viel! Hier liegen unsere Hauptprobleme und hier muss dringend was geschehen!«

Was geschieht wirklich?

Ein feines Lächeln kräuselt die Lippen, und mit ein, zwei flotten Phrasen und einem treuherzigen Augenaufschlag wendet man sich – dem nächsten Thema zu ...

Die klassische Aufforderung des Immanuel Kant »Habe Mut, dich deines Verstandes ohne Anleitung eines anderen zu bedienen« ist angesichts der vielen Versuche, uns zu manipulieren, in diesen Zeiten besonders aktuell. Kritisches Denken und kreatives Lernen, auch angewendet auf politische Zusammenhänge wie zum Beispiel auf die Situation des ÖGB und seiner Gewerkschaften, ist jetzt angesagt und vielleicht auch erkennbar. Wir haben uns hier keineswegs verbarrikadiert. Mit Karl Kor-

sch sind wir der Meinung: Arbeiter müssen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Oberen in jedem Punkt zu kritisieren.<sup>1)</sup> (Wobei mit »Oberen« hier die demokratisch gewählten Vertreter gemeint sind.)

Die Führung der Gewerkschaftsbewegung stellt sich der Kritik und ruft zur gemeinsamen Anstrengung für eine Erneuerung auf. Diese soll sich keineswegs nur auf die Teilnahme an der Mitgliederbefragung beschränken, obwohl diese Teilnahme das Mindeste an Anstrengung wäre, das von Ihnen erwartet wird und wo wir bitten, dass Sie auch die Kolleginnen und Kollegen zumindest in ihrem näheren Umkreis dazu zu animieren.

### Demokratie, Kritik und Selbstkritik

Ich persönlich möchte hier Rosa Luxemburg zitieren, für die Demokratie, Kritik und Selbstkritik Kategorien sind, die sie für untrennbar gehalten hat. Sie war es, die zur Selbstbestimmung aufgerufen hat und die von der Freiheit als der Freiheit der Andersdenkenden gesprochen hat. Dies konstituiert die lebenden Formen der Demokratie.

Auch wenn manchmal die Töne (und auch die leiseren Zwischentöne) noch ziemlich schrill sind, so liegt es an uns allen, unsere Lebenserfahrung und unser Arbeitswissen einzubringen. In unserem Leben und unserer Arbeit gibt es noch viel mehr Interessen und Möglichkeiten, die über das Alltägliche hinausgehen. Was uns nicht umbringt, macht uns auch gemeinsam stärker.

Von manchen geliebten heiligen Kühen werden wir uns eben trennen, nicht mit Wehmut, sondern mit dem Elan der Erneuerung.

*Siegfried Sorz*

# Arbeit&Wirtschaft } – Leserforum

Arbeit&Wirtschaft-Leser interessieren sich für Hintergründe aus Wirtschaft, Gesellschaft, Arbeit. Bei der Arbeit wollen sie wissen, warum die Nehmer und die Geber wollen, was sie fordern, und – was die Experten dazu sagen. Für diese interessierten Leserinnen und Leser ist dieses Forum eine Plattform. Alle können hier zu Wort kommen. Vor allem, nachdem unser geschäftsführender Präsident Rudolf Hundstorfer eine tabulose Diskussion angekündigt hat. Die einzige Einschränkung ist – der Platz. Wer sich kurz fasst, wird abgedruckt. Längere Zuschriften werden gekürzt. Adressen: aw@oegb.at / Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«, Hohenstaufengasse 10–12, 1011 Wien, Fax: 01 534 44-595

## Ein vielfach geäußerter Wunsch im gewöhnlichen Volk

Ich bin gerade dabei, Ihre Ausgabe Nr. 7–8, Juli/August 2006 zu lesen und finde hier jede Menge Artikel, denen ich leider voll und ganz zustimmen muss.

Anlass dieses E-Mails ist die Pensionsreform. Warum ist diese detaillierte Aufstellung der »Pensionssicherung« über die tatsächlichen Verluste, auch bei Kleinstbeziehern, nur hier, also für einen relativ kleinen und ohnehin gut informierten Leserkreis zu lesen? Gibt es nicht die Möglichkeit, in auflagenstärkeren Medien genau dies zu publizieren?

Ich bin in großer Sorge bezüglich des Ausgangs der kommenden Wahlen, ich fürchte, die Wähler haben immer noch nicht begriffen, dass sie für eine immer größer werdende Gruppe Spitzenverdiener ihren »Beitrag« leisten.

Die Armut steigt, das soziale Gefälle wird immer größer und die soziale Sicherheit wird in absehbarer Zeit Vergangenheit sein. Im übrigen ist auch unser Unternehmen laufend dabei, Personal zu reduzieren.

Leute länger arbeiten zu lassen, bedeutet in vielen Fällen nur deren längere Arbeitslosigkeit bis zum Pensionsantritt am Sankt-Nimmerleinstag, eine geringere Bemessungsgrundlage für die Pension und damit verbunden ein beträchtliches Schwinden der Kaufkraft für den Rest des Lebens.

Ein vielfach geäußerter Wunsch unter dem gewöhnlichen Volk ist, dass sich die Entscheidungsträger dieser sozialen »Ver-

besserungen« einen einzigen Monat mit dem Durchschnitts-, wenn nicht gar Mindesteinkommen ohne jede Hilfe durchfretten müssten.

Jedenfalls Gratulation zu Ihren Beiträgen in dieser Ausgabe!

*Friederike Pürrer  
Vorsitzende des Angestellten-  
Betriebsrates  
1230 Wien*

## Vereinnahmt von der Luxuswelt des Reichtums ...

Fragen welche die ÖGB-Führungsstrukturen betreffen sind Tabu. Bei der ÖGB-Mitgliederbefragung zur Reform der Gewerkschaften, fehlen in diese Richtung Fragen. Zum Beispiel: »Müssen wir die ÖGB-Spitze mit reformieren, wenn wir kontrollierbare demokratische Strukturen in den Gewerkschaften haben wollen?«

Bedingt durch die ÖGB-Krise bestimmen jetzt typische Einsparungsprogramme wie Personalabbau, Pensions- und Lohnkürzungen den Tagesablauf in den Gewerkschaften. Die Reform betrifft hauptsächlich die kleinen ÖGB-Angestellten, hingegen die Ursache der Krise (die ÖGB-Führung) wird von der ÖGB-Reform umgangen. Hier gibt es weit und breit keine Veränderung.

Die Krise der österreichischen Gewerkschaften ist das Ergebnis der Verknüpfung des Gewerkschaftsbundes mit den Profitinteressen des Unternehmertums. Es ist zugleich das Ergebnis der Unkontrollierbarkeit der ÖGB-Füh-

rungsspitze durch die Gewerkschaftsmitglieder.

Vom Arbeitnehmer – zum Manager-einkommen: Gerade dieser stetig wachsende Reichtum der Spitzenfunktionäre ist im Besonderen hervorzuheben, weil dadurch sein Wesen von den Interessen des Unternehmertums vereinnahmt wird. Monat für Monat steigt das Vermögen auf ihren Privatkonten. Mit dem Wechsel in die Einkommensklasse der Manager ändert sich nicht nur seine gesamte Lebensplanung, sondern auch die Gesinnung zum Reichtum. Ihr überzogenes Einkommen und ihr Lebensstandard steht im krassen Widerspruch zum Durchschnittsleben der Arbeitnehmer. Sie vertreten einen sozialen Lebensraum, den sie praktisch nicht mehr angehören.

Vereinnahmt von der Luxuswelt des Reichtums, unterordnen sie die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder der Profitlogik des Unternehmertums. Der Beweis: Die Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital spielt sich täglich in allen gewerkschaftseigenen Unternehmungen ab. Mit den Beteiligungen an Abzockergesellschaften wie Lotterien und Glücksspielen, Immobilien und Kapitalgesellschaften, drückt sich die Interessenshaltung der Spitzenfunktionäre zum Unternehmertum am deutlichsten aus. Statt die Arbeitnehmer gegen die ungerechte Umverteilung des Reichtums zu organisieren, unterstützen die Spitzenfunktionäre die Profitinteressen des Unternehmertums. Im Übrigen verliert jede Arbeitnehmerorganisation ihren Sinn, wenn sie selbst aus der Lohnarbeit Profite schlägt.

**Fortsetzung auf Seite 38**

## IMPRESSUM

**Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:**

Hohenstaufengasse 10, 1011 Wien,  
Telefon: (01) 534 44, Fax: (01) 534 44-595,  
Siegfried Sorz (Chefredakteur): Klappe 304,  
Sekretariat: Sonja Adler, Klappe 340 (von 8 bis 12 Uhr)

**E-Mail:** aw@oegb.at

**Internet:** www.arbeit-wirtschaft.at

**Abonnementverwaltung und Adressänderung:**

Karin Stieber, 1231 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Telefon (01) 662 32 96-6344 Dw., Fax Dw. 6385;  
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

**Redaktionskomitee:**

Arthur Ficzo (Vorsitz), Annemarie Kramser (Stellvertretender  
Vorsitz), Thomas Angerer, Günther Chaloupek, Ortrun Gauper,  
Karl Kollmann, Georg Kovarik, Sabine Letz, Fritz Luger, Ruth  
Naderer, Brigitte Pellar, Alexander Schneider, Siegfried Sorz,  
Andreas Gjecaj, Erik Türk

**Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:**

Siegfried Sorz (Chefredakteur), Kai Biehl, Martha Eckl,  
Astrid Fadler, Thomas Fessler, Helmut Ivansits, Kurt Kremszar,  
Wilfried Leisch, Gabriele Müller, Thomas Plafmann, Reinhold  
Russinger, Susanne Schöberl, Emmerich Tólos, Michael Tölle,  
Josef Wallner, Daniela Zimmer

**Gestaltung:**

Medienservice, Stephanie Guberner (Artdirector);  
Dietmar Kreuzberger (Grafik & Layout), Thomas Reimer  
(Fotoredaktion, ÖGB-Archiv)

**Herausgeber:**

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,  
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer  
Gewerkschaftsbund, 1011 Wien, Hohenstaufeng. 10–12

**Medieninhaber:**

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,  
1230 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. (01) 662 32 96, Fax (01) 662 32 96-6385,  
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,  
Internet: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Hersteller:**

Verlag des ÖGB GmbH

**Verlagsort:** Wien

**Herstellungsort:** Wien

**Preise (inkl. MwSt.):**

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;  
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und  
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.  
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1231 Wien,  
Altmannsdorfer Straße 154–156,  
Tel. 662 32 96, Klappe 6344 (Dw.).

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen  
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von  
Redaktion und Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung  
für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion,  
die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu  
erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die  
Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-  
sandte Manuskripte.  
Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.  
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der  
Redaktion und mit Quellenangabe.

**Berufsteinsteiger:**

# Keine Ahnung

**Die Hälfte aller AHS-SchülerInnen hat kurz vor der Matura keine konkreten Berufsvorstellungen, stellt die Österreichische Gewerkschaftsjugend fest und fordert Abhilfe.**

»Das muss aber kein Zeichen mangelnder Reife sein, sondern ist auch wesentlich auf die fehlende Berufsinformation an den Schulen zurückzuführen«, kritisiert der Vorsitzende der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ), Jürgen Eder, eine AMS-Erhebung. Derzeit ist die Bildungs- und Berufsberatung meist dem Engagement der einzelnen LehrerInnen überlassen. Da das gewünschte Ergebnis bislang ausblieb, muss »ein eigenes Unterrichtsfach Berufsorientierung an allen Schulen geschaffen und müssen für die LehrerInnen eigene Qualifikationsprofile erstellt werden«, fordert Jürgen Eder. Ebenso sollte die geschlechtsspezifische

Berufswahl aufgegriffen werden, nur so würden sich mehr Frauen für »typische Männerberufe« entscheiden. Auch Informationen über arbeitsrechtliche Regelungen gibt es an den Schulen bislang kaum, »Jugendliche in Ferienjobs, aber auch junge BerufseinsteigerInnen wissen kaum über ihre Rechte und Pflichten in der Arbeitswelt Bescheid«, so der ÖGJ-Vorsitzende. Was ist und wozu dienen z. B. Dienstvertrag, Kollektivvertrag, BetriebsrätInnen, usw.? All diese Punkte müssen in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern in die Lehrpläne aller Schultypen aufgenommen werden«, verlangt Jürgen Eder. *W. L.*

**Postprivatisierung:**

# Von der Bevölkerung abgelehnt

**Im Frühjahr wurde die Post AG zu 49 über die Börse privatisiert. Dadurch und durch die Postämterschließungen hat die Post gewaltig an Ansehen verloren, ergab eine AK-Umfrage.**

In den vergangenen sechs Jahren wurden in Österreich 120 Polizeiposten, 50 Bezirksgerichte, über 60 Volksschulen und mehr als 950 Postämter zugesperrt. Allein durch die letzte Schließungswelle 2005 wurde mehr als 500.000 Menschen im ländlichen Raum das Postamt zugesperrt. 77 Prozent der 1000 vom Institut SORA Befragten meinen, dass die Regierung dem ländlichen Raum durch diese Politik schade. 85 Prozent wollen, dass der Staat wichtige Infrastruktureinrichtungen nicht verkauft. 72 Prozent erwarten sich durch die Privatisierung keine Preisvorteile. Vier Fünftel der Befragten befürchten, dass nach der Privatisierung der Post noch mehr Postämter zugesperrt werden und fordern, dass die Post als ein Unternehmen der Grundversorgung in Staats-

besitz bleiben soll. »Die Post hat in wenigen Jahren fast jedes zweite Postamt geschlossen und ihre Gewinne um 60 Prozent gesteigert. Die Post-Privatisierung hat Anlegern und Aktionären in wenigen Wochen 154 Millionen Euro Kursgewinn gebracht. Die Leute im Waldviertel oder im Mühlviertel, die jetzt eine halbe Stunde bis zum nächsten Postamt fahren müssen, haben sicher nichts davon«, ist Maria Kubitschek, Leiterin des AK Wirtschaftsbereichs, überzeugt. Die AK fordert einen Stopp bei Postämterschließungen und bei der Privatisierung von Infrastrukturunternehmen wie Bahn und Post sowie die Verwendung der Einnahmen aus dem Postverkauf für den Ausbau der ländlichen Infrastruktur. *W. L.*

**WK-Forderung nach 60-Stunden-Woche:**

# Lohnkürzung von einer Milliarde Euro

**Wirtschaftskammer-Präsident Christoph Leitl forderte wieder die Einführung einer 60-Stunden-Woche. Für die AK ist das eine Lohnkürzung und Arbeitszeitverlängerung durch die Hintertür.**

Diese **Begehrlichkeit** der Wirtschaftskammer führt für Johann Kalliauer, Präsident der AK Oberösterreich »in eine ökonomische Sackgasse«. Das zeige die Entwicklung der letzten Jahre, wo aufgrund der real nicht steigenden Löhne auch die Inlandsnachfrage nicht wachse. Wer in dieser Situation auf eine Kürzung der Massenkauftkraft setze, verschlechtert nach Ansicht der AK Oberösterreich die konjunkturelle

Lage und erhöht die Arbeitslosigkeit. Dem Lohnraub- und Beschäftigungskillerprogramm der Wirtschaftskammer hält die AK entgegen, dass nicht längere Arbeitszeiten der Ausweg seien, sondern, dass »hohe Beschäftigung und niedrige Arbeitslosigkeit bei kürzeren Arbeitszeiten möglich« seien. Dies zeige z. B. ein Blick auf Norwegen: Mit 38,6 normalerweise geleisteten Wochenstunden von unselbständig Vollzeit-

beschäftigten weist es die europaweit niedrigste Arbeitszeit auf, erreicht aber zugleich mit 74,8 Prozent die zweithöchste Erwerbsquote im Jahr 2005. »Anstatt ständig an der Lohnschraube nach unten zu drehen, gilt es, die hohe Produktqualität sowie die gute Qualifikation und Motivation der ArbeitnehmerInnen zu erhalten. Besser statt billiger«, müsse die Devise lauten, so der AK-Präsident. *W. L.*

**Neue Selbständige sind neue Unselbständige:**

# Gleiches Recht für atypisch Beschäftigte

**140.000 Menschen arbeiten derzeit unfreiwillig atypisch. Da ihnen eigentlich reguläre Arbeitsverträge zustünden, fordern ÖGB und AK eine Neudefinition des ArbeitnehmerInnenbegriffs.**

**72.000 so genannte** freien DienstnehmerInnen und 67.000 auf Werkvertragsbasis arbeitende »Neue Selbständige« gibt es derzeit in Österreich. Sie haben keine arbeitsrechtliche Absicherung. Für sie gibt es weder einen Kollektivvertrag noch Anspruch auf Urlaub, Krankenstand, Karenzzeit oder Abfertigung. »Das Phänomen Scheinselbständigkeit taucht quer durch alle Wirtschaftsbereiche auf.« Eine durch-

aus fatale Situation, »die Sozialpolitiker sitzen auf einer Zeitbombe«, so der Leitende Sekretär im ÖGB, Richard Leutner, und Christoph Klein, Bereichsleiter Soziales in der AK Wien. Derzeit gilt als wichtigstes Kriterium zur Unterscheidung zwischen selbständiger und unselbständiger Arbeit die »persönliche Abhängigkeit« vom Arbeitgeber. Für ÖGB und AK wird mit unfairen Mitteln oft versucht, diese Regelung zu um-

gehen. Daher fordern ÖGB und AK, den derzeit geltenden ArbeitnehmerInnenbegriff neu zu fassen, ist dessen Definition doch schon 90 Jahre alt. In Zukunft soll neben der persönlichen auch die wirtschaftliche Abhängigkeit berücksichtigt und Umgehungsverträge stärker bestraft werden. Mit dem Projekts »FlexPower« bieten ÖGB und AK schon jetzt Beratung und Forschung für atypisch Beschäftigte an. *W. L.*

**Frauenpolitik:**

# 10 Fragen an die Parteichefs ...

**... zur zukünftigen Frauenpolitik in Österreich stellten Renate Csörgits und Sylvia Ledwinka, Frauenvorsitzende und Frauensekretärin des ÖGB, an ÖVP, SPÖ, Grüne, FPÖ und BZÖ.**

**Welche Maßnahmen sind** geplant, um

**1.** die Aus- und Weiterbildung von Mädchen und Frauen in nicht-traditionellen Berufen zu fördern?  
**2.** Frauenarbeitslosigkeit aktiv zu bekämpfen und die personellen und finanziellen Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach dem Wahljahr 2006 sicherzustellen?  
**3.** die Situation der in Teilzeit Arbeitenden und der geringfügig Beschäftigten zu verbessern?

**4.** Ist eine Reform des Kindergeldes geplant? Falls ja, in welcher Weise?

**5.** die Elternteilzeit lebbar zu machen, damit Mütter und Väter also eine Teilzeit mit Rückkehrrecht auf Vollzeit in Anspruch nehmen können? Welche sonstigen Maßnahmen sind zur Erleichterung des Wiedereinstiegs vorgesehen?

**6.** das Barcelona-Ziel (bis 2010 ein Betreuungsangebot für mindestens ein Drittel der unter-3-jährigen Kinder) zu erreichen?

**7.** eine eigenständige und ausreichende Alterssicherung für Frauen zu gewährleisten?

**8.** Armut zu vermeiden oder zu verringern und atypisch Beschäftigte besser abzusichern?

**9.** die Finanzierung unseres Gesundheitssystems sicherzustellen? Sind weitere Erhöhungen der Selbstbehalte vorgesehen oder schließt Ihre Partei das aus?

**10.** Frauen zu fördern, in Unternehmen Führungspositionen zu erlangen? *W. L.*

# Wir werden das schaffen!

**Alle müssen sich darauf besinnen,  
dass wir nur gemeinsam die Krise des ÖGB bewältigen können.**

*Arbeit & Wirtschaft: Kollege Clemens Schneider, du übernimmst bis zur Bestätigung durch den ÖGB-Bundeskongress im Jänner die Aufgaben des zurückgetretenen ÖGB-Finanzchefs Günter Weninger und seines interimistischen Nachfolgers Erich Foglar. Du wirst in den Medien als »Banker« gehandelt. Wie ist dein persönlicher Werdegang?*

**Clemens Schneider:** Ich bin Jahrgang 64, seit zwölf Jahren glücklich verheiratet und habe zwei Kinder im Alter von neun und acht Jahren. Wir wohnen in Wien, aber nicht in einem Penthaus. Ich habe in Wien an der Wirtschaftsuniversität studiert.

Angefangen habe ich bei der Citibank in Wien und bin kurze Zeit später zur Citibank in London. Leider hat mich der Irakkrieg wieder nach Wien zurückgeführt, weil alle Mitarbeiter, die nicht unbedingt in London bei der amerikanischen Bank arbeiten mussten, nach Hause geschickt wurden. Dann war ich vier Jahre bei der Citibank in Frankfurt, dann bei der Deutschen Bank in Frankfurt und schließlich bei der Deutschen Bank in Wien.

Ich hatte ein eineinhalbjähriges Intermezzo bei der Bank Austria. Die Bank Austria hat damals die Creditanstalt gekauft. Ich wollte nie in den Nahbereich Creditanstalt, weil mein Vater ja über 20 Jahre im Vorstand gesessen ist. Daher habe ich den Ruf eines Kunden von der Bank Austria, der Gulet Touristik angenommen, dorthin als Finanzchef zu wechseln.

Ich habe mir gedacht, das machst du für drei, vier Jahre, um auch die Kundensicht zu kennen. Daraus wurden fast acht Jahre.

*Wie bist du dann zur Gewerkschaft gekommen?*

Mein Übergang von Gulet Touristik zur Gewerkschaft war so, dass irgendwann im September 2003 in der Zeitung gestanden ist, dass die Gewerkschaftsbank BAWAG Streit- und Zankapfel zwischen der Bayerischen Landesbank und dem ÖGB geworden ist. Ich habe damals Günter Weninger angerufen und gesagt: Bitte aufpassen, da kann man leicht über den Tisch gezogen werden. Später habe ich ihn getroffen und ihm gesagt, wie man so einen Rückkauf gut organisieren kann. Ich habe ihm im September 2003 einen Dreistufenplan vorgelegt. Mein Rat war, einen strategischen Partner – bis 25 Prozent – beim Börsengang hereinzuholen. Heute wissen wir alle, warum das nicht gegangen ist. Günter Weninger wird schon damals gewusst haben, dass die Bücher der BAWAG nicht ganz in Ordnung sind.

*War das nicht ein ideologischer Sprung vom Banker zur Gewerkschaftsbewegung?*

Ich war schon bei der Deutschen Bank in Wien Betriebsratsobmann. Ich hatte dort den Betriebsrat gegründet und wurde mit meinen Betriebsrats-Kollegen mit der sagenhaften Zustimmung von 99 Prozent gewählt. Damals hatte ich schon sehr viel mit der GPA zu tun. Der Betriebsrat der Deutschen Bank Wien existiert noch immer. Aber gewerkschaftlichen Beziehungen gab es für mich schon als kleiner Bub. Wir haben in einem Gemeindebau am Küniglberg, vis-a-vis von Toni Benya gewohnt. Ich habe heute noch Fotos, wo ich mit ihm Karten spiele. Auch mein Vater hatte starke gewerkschaftliche Beziehungen. Im Krieg war er im Widerstand und ist dafür im Arbeitslager gesessen. Die Beziehung zur Arbeitnehmerbewegung war eigentlich immer da, auch wenn ich im Umfeld der Banken gearbeitet habe.

*Du hast also beim Rückkauf beraten. Es heißt, du hättest auch den Solidaritätsfonds verwaltet ...*

Ich habe die Bilanz des Solidaritätsfonds miterstellt. Leider wurde fälschlicherweise immer gesagt, ich sei Generalbevollmächtigter der Österreichischen Gewerkschaftlichen Solidaritäts-Privatstiftung. Den Titel gibt es nicht. Ich habe einfach nur Günter Weninger bei der Bilanzstellung geholfen. Das war 2004, die im August 2005 erstellt wurde.

*Da ging es praktisch auch um den versteckten Streikfonds?*

Ja, genau richtig.

*Hast du gewusst, dass das Geld verpfändet ist?*

Ich habe nicht gewusst, dass das Vermögen verpfändet ist. Ich habe aber gewusst, dass der Streikfonds ausschließlich aus BAWAG-Aktien existiert. Dass es hier keine Liquidität oder Veranlagungen in Milliardenhöhe gibt, habe ich seit Juli 2005 gewusst. Aber über die gesamten Konstruktionen, Garantien und sonstige Verpfändungen habe ich leider nichts gewusst. Darüber habe ich erst im März 2006, als das Ganze hochgegangen ist, Kenntnis erlangt. Da habe ich dann ein langes Gespräch mit Günter Weninger gehabt. Er hat mir alle ihm bekannten Details näher gebracht. Aber auf ein paar Dinge sind wir erst im Nachhinein draufgekommen.

*Wir sind ja im Wahlkampf. Da werden gerne irgendwelche alten Zahlen aufgewärmt.*

Das ist auch eine große Indiskretion unseres eigenen Hauses, dass hier die Unterlagen, die ich damals bereitwillig zur





Verfügung gestellt habe, um eine Entscheidungsbasis zu haben, veröffentlicht wurden. Die Papiere, auf die sich ÖAAB-Generalsekretär Werner Amon bezieht, sind Kalkulationen gewesen, als man noch keinerlei Durchblick hatte. Ich bin erst am 16. Mai 2006 in die Funktion des geschäftsführenden Leitenden Sekretärs für Finanzen gewählt worden. Die besagte Aufstellung habe ich vor meiner Wahl in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai nach der Rückfahrt von London von den Verhandlungen Settlement gemacht.

Zusammen mit dem ÖGB-Interimsfinanzchef Erich Foglar. Wir haben einfach unsere Gedanken niedergeschrieben. Es wird zwar immer behauptet, das sei vom 14. Juni. Das stimmt nicht. Tatsache ist, dass durch eine Indiskretion Unterlagen an die Öffentlichkeit gelangt sind, die dafür nicht bestimmt waren. Ich glaube, es ist recht und billig, wenn man alle Positionen durchleuchtet, die es gibt, um sicher zu sein, keine Eventualitäten ausgelassen zu haben. Und dazu gehören auch die Durchleuchtung aller Verbindlichkeiten. Verbindlichkeiten sind natürlich auch Pensionszahlungen, die man einfach durchleuchtet. Das heißt aber noch lange nicht, dass man das wirklich angehen wird.

***Viele ÖGB-Pensionisten – ich kenne einige persönlich – haben sich beschwert, dass sie nicht persönlich informiert werden, sondern alles über die Zeitung erfahren.***

Das Problem ist relativ einfach. Das war nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. Wenn wir so etwas andeuten, ist der erste Weg, mit den Betroffenen und Involvierten zu sprechen und nicht über die Zeitung. Dass man das als Wahlkampf-taktik nutzt, das ganze Haus bekrittelt und irgendwas behauptet, ist natürlich schade.

In der Öffentlichkeit ist ja nicht einmal klar gewesen, dass es bei dieser Kürzung von bis zu 70 Prozent nicht um die komplette Pension geht, sondern um die Aufzahlung zur ASVG-Pension zu den 80 Prozent des Letztbezuges, die einige noch haben, die aber schon vor mehr als einem Jahrzehnt für die Neueintretenden abgeschafft wurde.

Aber Tatsache ist, dass dies eine Belastung für die Bilanz des ÖGB ist. Die Belastung hat es eigentlich schon immer gegeben. Nur hat die veränderte Gesetzeslage wegen den neuen Rechnungslegungsgesetz-Vorschriften für den ÖGB die Problematik der Rückstellungen gebracht. Diese Rückstellungsthematik ist für uns sehr schwierig.

Als in den späten Achtzigerjahren die Verpflichtung der Bilanzierung der Rückstellung für Pensionszahlungen gekommen ist, hat man den HGB-bilanzierenden Unternehmen zur Bildung der Rückstellung eine Zeit von zehn bis 15 Jahren gegeben. Dem ÖGB wurde – so wie allen anderen großen Vereinen genau null Zeit gegeben – nämlich von heute auf morgen. Das ist die wahre Belastung, mit der heute der ÖGB zu kämpfen hat!

Der ÖGB bezahlt keine besonders hohen Gehälter. Diese Pensionsregelung war eben ein gewisser Ausgleich auch dafür, dass es nicht so leicht, ist vom ÖGB in die Privatwirtschaft zu wechseln.

Das waren Maximalüberlegung, was schlimmstenfalls gesetzlich möglich wäre. Wenn man diese Papiere genau gelesen hat, sieht man, dass auch das Prozessrisiko drinnen festgestellt wird. Es waren Überlegungen, die man eindeutig als die aller-, allerletzte Maßnahme angedacht hat. Man muss sich schon bewusst sein:

Der ÖGB hat eine Verantwortung gegenüber den unselbständigen Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Ganz brutal gesagt: Sieht man sich das Verhältnis an, wie viele Leute von dieser möglichen Pensionskürzungen betroffen wären und dagegen die 3,5 Millionen unselbständigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich, muss man schon sagen:

Das ist ein gewaltiger Unterschied und da kann Solidarität schon eingefordert werden.

Der ÖGB kann nicht daran zugrunde gehen, dass er Pensionsverpflichtungen nachkommt und nicht mehr effektiv die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten kann.

***Die Leute haben sich in ihrer Lebensplanung darauf verlassen und jetzt appelliert man an ihre Solidarität, darauf zu verzichten?***

Verzichten habe ich nie gesagt. Ich habe auch nie von 70 Prozent geredet, das war die maximale Variante. Wenn man aber sagt, jeder trägt dazu bei, dass z. B. die Steigerungsraten nicht mehr so hoch sind oder dass es keine höhere Alterspension mehr gibt, muss man auch die 3,5 Millionen Arbeitnehmer sehen. Sollen wir die im Regen stehen lassen?"

Der Zentralbetriebsrat des ÖGB meint – und da höre ich eine leichte Kritik heraus: »Wir schauen uns erst einmal an, wie hoch die Schulden überhaupt sind und dann reden wir auch in der Öffentlichkeit darüber, wie es weitergeht.«

Ich habe zu Kollegen Gerhard Dobernik ein sehr gutes Verhältnis. Er hat sehr wohl erkannt, dass wir alle Regelungen und alle Schritte für die Zukunft erst planen können, wenn die finanzielle Struktur des ÖGB feststeht und gesichert ist.

Der erste Meilenstein ist eindeutig der BAWAG-Verkauf. Den müssen und werden wir rasch vorantreiben. Dabei sind natürlich Aktionen, wie sie der ÖAAB und Werner Amon betreiben, wahnsinnig gefährlich.

***Wenn wir so schnell vorgehen: Können wir da überhaupt optimale Erlöse herausholen?***

Die Schnelligkeit haben nicht wir vorgegeben. Man hätte das ganz anders machen können. Beispiel wäre das Sicherungsgesetz der Länderbank aus den 80er Jahren

***Es gibt Gerüchte, dass der Wert der BAWAG-PSK, wenn man die Immobilien und alles zusammenrechnet, ein Vielfaches der genannten Summe beträgt ...***

Zum Wert der BAWAG äußern wir uns nicht, weil wir gerade jetzt in der heißen Phase der ersten unverbindlichen Angebote stehen. Tatsache ist aber eines: Wenn einer die Bank zerlegt, könnte er natürlich mehr davon haben. Das ist ganz klar.

Wir haben uns verpflichten müssen, dass ein Zerlegen der Bank vor dem Verkauf nicht erfolgt. Was danach kommt, wird der neue Eigentümer entscheiden. Wir sind aber sicherlich an einem wei-

teren Erhalt der BAWAG als Ganzes interessiert.

***Uns wird vorgeworfen, die Bilanz noch nicht vorgelegt zu haben.***

Die Bilanz des ÖGB ist ein Stufenplan. Die erste Stufe war die Bilanz der BAWAG P.S.K., dann die der Anteilsverwaltung BAWAG P.S.K.- diese beiden Bilanzen sind fertig.

Die Werte, die da drinnen festgestellt werden, sind die Basis zur Bilanz der indirekten Eigentümer der BAWAG-PSK-Bank.

Das sind der ÖGB mit 5 Prozent, das ist die ÖGB-Vermögensverwaltungsges. m.b.H. mit 46 Prozent und die Österreichische Gewerkschaftliche Solidarität Privatstiftung, 49 Prozent. Mit der Bilanz des ÖGB, der ÖGB-Vermögensverwaltungsges.m.b.H., der Österreichischen Gewerkschaftlichen Solidarität Privatstiftung sind wir nahezu fertig. Das war keine leichte Übung. Im Vereinsgesetz ist genau festgeschrieben, wer die Bilanz des ÖGB zu sehen hat, bevor sie an die Öffentlichkeit kommt.

Das aller erste ist ein Testat durch einen Wirtschaftsprüfer, der damit sagt, es ist alles richtig. Der hat natürlich immens viele Unterlagen und Informationen gebraucht, denn mit der Existenz dieser nicht bekannten Haftungen und Haftungsverhältnisse musste man eine Heilung der nicht bilanzierten Haftungsverhältnisse in der 2005er Bilanz vornehmen. Und das genau darzustellen war nicht leicht.

***Wir haben ja schon vor der Monaten gesagt, dass wir auch von Insolvenzanwälten beraten werden, das war kein Geheimnis. Und jetzt tut man so, als ob das etwas Neues wäre ...***

Wir haben immer insolvenzrechtliche Beratung gehabt. Der ÖGB wurde zwar vom Finanzminister aufgefordert, alles zu geben, was noch zu geben ist, um die BAWAG zu sichern. Der ÖGB hat alles gegeben: Durch die Verpfändung des gesamten Vermögens im Jahr 2000 durch zwei Unterschriften, die von Fritz Verzetnitsch und Günter Weniger. Alle Garantien sind gegeben, alle Sicherheiten, mehr geht nicht.

***Haben die Kontrollen versagt?***

Natürlich haben beim ÖGB alle Kontrollmechanismen wegen der Nichtinformation versagt. Aber nicht nur beim ÖGB. Im Jahr 2001 hat es die Bankenaufsichtsbehörde gegeben, damals noch ein Teil der Nationalbank. Im Februar 2001 hat die Nationalbank, damals die Bankenaufsichtsbehörde, bereits geschrieben, dass die BAWAG nicht den Paragraph 42 BWG, des Bankwesengesetzes, erfüllt. Der Paragraph 42 ist fast die Voraussetzung für jede Bank, damit sie ihre Risiken abbilden und risikomäßig bewerten kann.

***Ähnliches war ja schon vorher der Fall ...***

Ja. Im August 2000 wurde die PSK über die ÖIAG verkauft. Teil des Verkaufes war, dass die PSK Haftungen durch die Republik Österreich in der Höhe von 5,5 Milliarden Euro mitbekommt. Wenn ich als Finanzminister eine Bank verkaufe, wo ich mit einer Haftung von 5,5 Milliarden drinnen hänge, dann schau ich mir die Bank jeden Tag an und ich informiere mich wirklich, ob's der Bank eh gut geht. Dieser Kontrollmechanismus dort hat total versagt.

***Wenn das mit Refco nicht passiert wäre, wären wir durchgekommen?***

Ja. Aber da kommen wir zum nächsten Fehler in den Kontrollbehörden. Die SEC, die Security Exchange Commission, hat den Börsengang der Refco total durchleuchtet und für in Ordnung befunden. Im August 2005 ist Herr Philipp R. Benett mit seiner Refco an die Börse gegangen und war hoch gefeierter Star. Jeder wollte die Aktie haben. Die Aktie ist um gut 70 bis 80 Prozent gestiegen. 14 Wochen später war er pleite. Das heißt, in Amerika haben auch alle Kontrollmechanismen versagt.

***Welchen Weg siehst du also für die nahe Zukunft?***

Ich bleibe dabei, dass wir das schaffen. Es wird ein harter Weg sein. Es wird Sparmaßnahmen geben müssen. Sparmaßnahmen prinzipiell im Sachaufwand, weil

heute leistet sich der ÖGB den Luxus von Doppel- oder Mehrfachgleisigkeiten. Die wird man auf eine gemeinsame Schiene legen müssen. Das hängt jetzt nicht mit der Diskussion zusammen, ob starke Gewerkschaften, ob schwacher ÖGB. Wir können durchaus sagen: Starker ÖGB und starke Gewerkschaften sind die Zukunft. Natürlich müssen sich manche heute unabhängige Gewerkschaften in ein System eingliedern.

***Das wird seit Jahrzehnten versucht ...***

Jetzt ist der Druck so groß geworden, dass es keine Alternative gibt. Ich gehe davon aus, dass die Verantwortlichen sich eines besseren besinnen und merken, dass wir es nur gemeinsam schaffen können. Nur gemeinsam kann der ÖGB aus der Krise kommen.

***Ich befürchte, einige haben die Dramatik der Situation nicht erkannt ...***

Man merkt jetzt schon den Sparwillen. Er ist da. Der Auszug in ein neues Gebäude ist ein Signal und erspart monatlich eine Lawine an Geld. Das neue Haus ist funktionell und kleiner. Wir rücken zusammen, geistig und räumlich, also solidarisch! Meine große Hoffnung ist, dass wir auch bald den Beschluss schaffen, dass alle Gewerkschaften auch in Wien in ein gemeinsames Haus einziehen, wie das in den meisten Bundesländern schon geschehen ist. Das würde eine unwahrscheinliche Kostenersparnis bringen und Synergieeffekte heben.

Es heißt also jetzt zusammenrücken, Synergieeffekte nutzen, über den eigenen Schatten springen, Toleranz üben, sich bewusst sein, dass auch andere existieren müssen. Wir sollten immer vor Augen haben:

Der ÖGB ist nicht da, um sich selbst zu verwalten, sondern um die 3,5 Millionen unselbständiger Arbeitnehmer in Österreich zu vertreten. Wir brauchen die Bereitschaft, auch selbst etwas zu geben und nicht immer nur zu sagen, die anderen sollen sparen und ich spare nicht. Das ist nun einmal der Weg in die Zukunft.

***Kollege Clemens Schneider, wir danken für das Gespräch.***

# Arbeitsmarktpolitik in Österreich

Negativbilanz seit 2000 setzt sich fort

*Österreichs Arbeitsmarkt ist seit geraumer Zeit in der Krise: Während die Arbeitslosigkeit bei allen Altersgruppen sowie bei Männern und Frauen gleichermaßen steigt, stagniert die Beschäftigungsquote. Umgerechnet auf Vollzeit ist die Beschäftigung in den letzten Jahren sogar gesunken.*

Autor: Josef Wallner

Leiter der Abteilung Arbeitsmarkt, AK Wien

**B**egleitet wird diese besorgniserregende Entwicklung von zunehmender Armutsbedrohung für Arbeitslose. Eine nachhaltige Trendwende ist vorläufig aber nicht in Sicht. Dazu wären grundlegende Verbesserungen und eine langfristige Strategie für Österreichs Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die aber von der Regierung bisher nicht einmal angesprochen wurden.

Seit dem Jahr 2000 hat sich Österreichs Arbeitsmarktlage drastisch verschlechtert. Dabei hatte es gar nicht so schlecht begonnen. Seit Anfang der 1990er-Jahre hat Österreich unter dem Eindruck eines massiven Strukturwandels (Beschäftigungsverluste im Sekundärsektor und verlangsamtes Wachstum im Tertiärbereich) und der ersten Welle der Zuwanderung aus den mittlerweile neuen EU-Beitrittsländern einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen gehabt. Die Arbeitslosigkeit ist daher von 1993 bis 1998 von 4,0 Prozent (Messmethode nach Eurostat) auf 4,5 Prozent angestiegen. Beginnend mit 1999 schien es aber, als wäre die Trendwende mög-

lich. Die Arbeitslosenquote konnte von 1998 (4,5 Prozent) bis 2000 auf 3,6 Prozent gesenkt werden.

## Arbeitslosenquote

Allerdings: seit 2001 (neuerlich 3,6 Prozent) ging es mit der Arbeitslosigkeit wieder steil bergauf: ständig steigende Arbeitslosenzahlen haben die Arbeitslosenquote gemessen nach Eurostat auf den Höchstwert von 5,2 Prozent im Jahr 2005 hochschnellen lassen (siehe Tabelle 1: »Entwicklung der Arbeitslosenquote«).

## Entwicklung der Arbeitslosenquote

Das allein aber gibt die Dramatik der Situation nicht ausreichend wieder. Auch die Beschäftigungsentwicklung ist seit Anfang der 2000er-Jahre keineswegs erfreulich verlaufen. Zwar ist es nach Anzahl der Personen zu einem Anstieg der Beschäftigungszahlen gekommen, allerdings ist auch die Zahl der Arbeitskräfte, die neu auf dem Arbeitsmarkt auftreten und Arbeitsplätze brauchen, gestiegen, sodass de facto keine Steigerung der Beschäftigungsquote zu verzeichnen war.

## Beschäftigungsquote

Verglichen mit den Spitzenländern der EU liegt Österreich deutlich im Hintertreffen. Während es den Skandinaviern,

Niederländern und den Briten gelungen ist, ihre Beschäftigungsquote deutlich auf weit über 70 Prozent zu steigern, liegt Österreich weiterhin ebenso deutlich unter diesem Grenzwert (siehe Tabelle 2: »Entwicklung der Beschäftigungsquote«). Dagegen wird mitunter eingewendet, dass dies lediglich ein statistischer Effekt sei, weil die Beschäftigungsstatistik von 2003 auf 2004 auf Druck der EU auf eine realistischere Zählweise umgestellt werden musste. Tatsächlich hat diese Umstellung zu einem Rückgang der Beschäftigungsquote geführt, der aber keinesfalls ausreicht, um die Stagnation der Entwicklung zu erklären. Auch ohne diese Umstellung läge Österreichs Beschäftigungsquote unter 70 Prozent und damit deutlich unter den Werten der europäischen Spitzenreiter. Im internationalen Vergleich hebt sich diese Umstellung übrigens insofern auf, weil sie ja von allen EU-Ländern vollzogen werden muss (die meisten haben das bereits vor Österreich getan).

## Qualität der Beschäftigung

Wird auch noch die Qualität der Beschäftigung beurteilt, so ergibt sich sogar ein noch weiter verschlechtertes Bild: Gerechnet nach Vollzeitäquivalenten (existenzsicherndes Arbeitszeitausmaß) ergibt sich nach einer Untersuchung der EU-Kommission sogar ein Rückgang der Beschäftigung. Demnach ist die Beschäfti-

bilderbank



gungsquote auf Vollzeitbasis bereits zwischen 1999 und 2002 von 63,9 Prozent auf 62,9 Prozent gesunken und bis 2004 um weitere 1,3 Prozentpunkte auf 61,6 Prozent abgesackt. Das heißt, gestiegen ist offenbar nur die Teilzeitbeschäftigung, nicht aber existenzsichernde Vollzeitarbeit. Dies wird auch durch österreichische Untersuchungen bestätigt, wie eine Studie des WIFO zeigt (vergleiche »A&W«, Mai 2006).

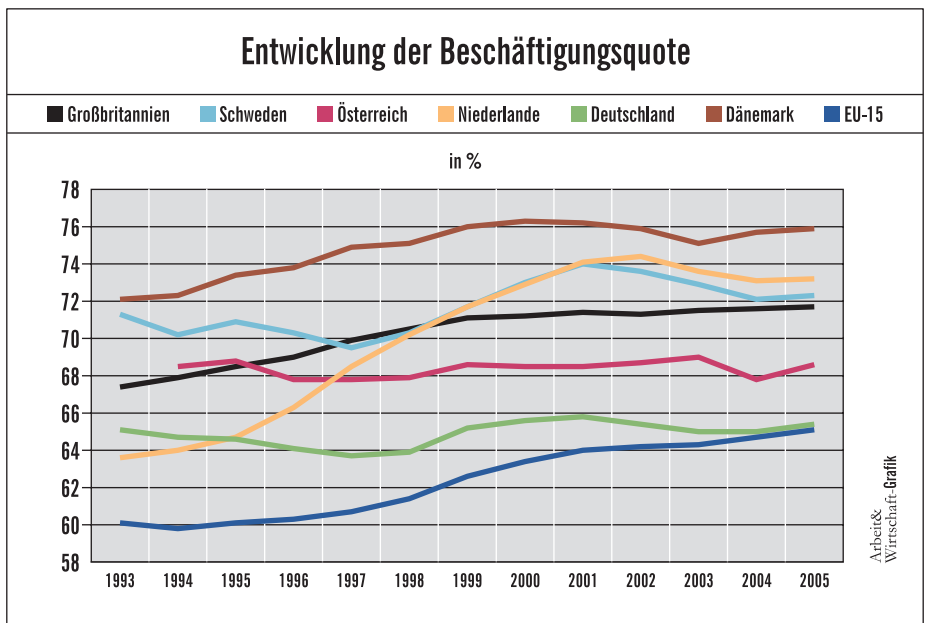
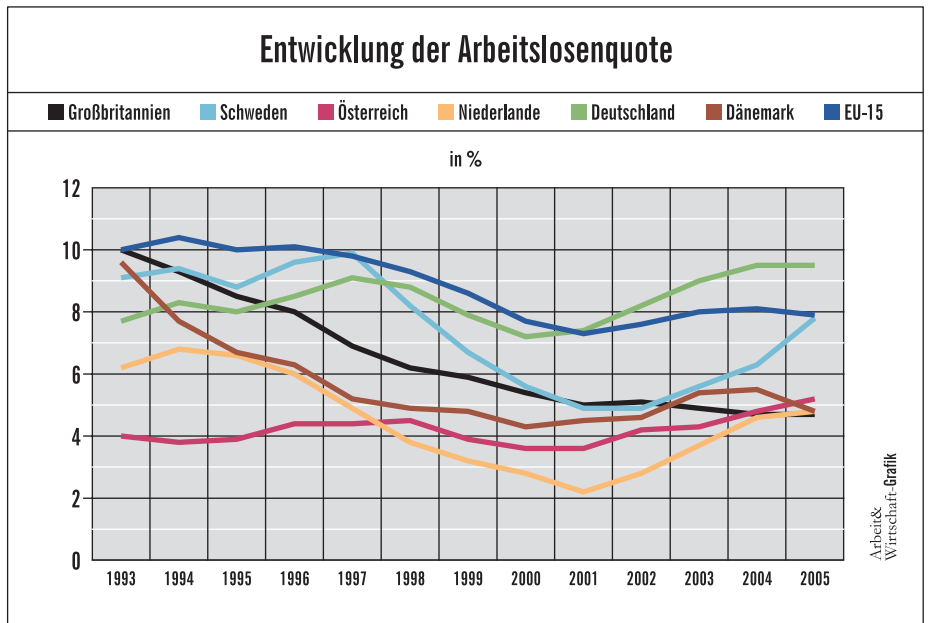
Trotz allen ministeriellen Hinweisen auf eine angebliche Trendwende auf dem Arbeitsmarkt und bei der Beschäftigung ist dieser Negativtrend noch immer nicht durchbrochen. Wie die ersten Quartalsvergleichszahlen der Statistik Austria für 2006 zeigen, ist im ersten Quartal 2006 weiterhin nur Teilzeitarbeit gewachsen, während die Vollzeitarbeit gegenüber dem Vorjahr gesunken ist. Negativ betroffen von dieser Entwicklung sind letztlich alle auf dem Arbeitsmarkt. Die Zahlen zeigen, dass bei allen Altersgruppen die Arbeitslosigkeit massiv seit 2002 noch weiter angestiegen ist (siehe Tabelle 3: »Entwicklung der Arbeitslosigkeit«), nachdem sie bereits zwischen 2000 und 2002 nach oben geschwenkt war. Während sie im Jahresdurchschnitt 2005 insgesamt um 12,5 Prozent höher lag als 2002, kam es bei den Jugendlichen sogar zu einem Anstieg um 27,5 Prozent, besonders dramatisch mit +36,5 Prozent bei den Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren.

**Berufsausbildung**

Hier zeigt sich, dass der Mangel an Lehrstellen durch das Auffangnetz, das keine echten Berufsausbildungen, sondern nur Kurse bietet, letztlich nicht ersetzt werden kann.

Notwendig wären hier jedenfalls mehr Ausbildungsplätze in überbetrieblichen Lehrwerkstätten, damit diesen Lehrstellensuchenden nicht nur eine temporäre Kurzausbildung sondern eine zukunftsichere Berufsausbildung geboten werden kann.

Vergleichsweise gering fällt auf den ersten Blick der Anstieg der Arbeitslosigkeit bei den über 50-Jährigen aus. Die Zahl der Arbeitsuchenden dieser Altersgruppe hat sich nämlich laut offizieller Arbeitslosenstatistik zwischen 2002 und 2005 im Jahresdurchschnitt »nur« um



0,9 Prozent erhöht. Hier muss allerdings etwas genauer hingesehen werden, um die Situation tatsächlich beurteilen zu können.

Die Pensionsreform, mit der das Pensionsalter schockartig angehoben wurde, hat dazu geführt, dass ein großer Teil der älteren ArbeitnehmerInnen erst verzögert aus dem Erwerbsleben ausscheiden konnte und dadurch weniger Arbeitsstellen für die nachrückenden Jugendlichen frei geworden sind. Ein Teil der dramatisch angestiegenen Jugendarbeitslosigkeit erklärt sich daraus.

**Übergangsgeld**

Zum anderen wurde für ältere Arbeitnehmer, die Opfer der Pensionsreform geworden sind (Arbeitslosigkeit kurz vor dem Erreichen des Pensionsalters ohne Aussicht auf eine neue Arbeitsstelle), eine befristete Auffangleistung aus der Arbeitslosenversicherung geschaffen, das Übergangsgeld. Bezieher und Bezieherinnen dieser Leistung fallen nicht in die Arbeitslosenstatistik. Zwischen 2004 und 2005 hat sich diese Zahl im Jahresdurchschnitt um 135 Prozent von 2200 auf

## Entwicklung der Arbeitslosenquote

1

in Prozent, Quelle Eurostat

Länder	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Großbritannien	10,0	9,3	8,5	8,0	6,9	6,2	5,9	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7
Schweden	9,1	9,4	8,8	9,6	9,9	8,2	6,7	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	7,8
Österreich	4,0	3,8	3,9	4,4	4,4	4,5	3,9	3,6	3,6	4,2	4,3	4,8	5,2
Niederlande	6,2	6,8	6,6	6,0	4,9	3,8	3,2	2,8	2,2	2,8	3,7	4,6	4,8
Deutschland	7,7	8,3	8,0	8,5	9,1	8,8	7,9	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,5
Dänemark	9,6	7,7	6,7	6,3	5,2	4,9	4,8	4,3	4,5	4,6	5,4	5,5	4,8
EU-15	10,0	10,4	10,0	10,1	9,8	9,3	8,6	7,7	7,3	7,6	8,0	8,1	7,9

## Entwicklung der Beschäftigungsquote

2

in Prozent, Quelle Eurostat

Länder	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Großbritannien	67,4	67,9	68,5	69,0	69,9	70,5	71,1	71,2	71,4	71,3	71,5	71,6	71,7
Schweden	71,3	70,2	70,9	70,3	69,5	70,3	71,7	73,0	74,0	73,6	72,9	72,1	72,3
Österreich	.	68,5	68,8	67,8	67,8	67,9	68,6	68,5	68,5	68,7	69,0	67,8	68,6
Niederlande	63,6	64,0	64,7	66,3	68,5	70,2	71,7	72,9	74,1	74,4	73,6	73,1	73,2
Deutschland	65,1	64,7	64,6	64,1	63,7	63,9	65,2	65,6	65,8	65,4	65,0	65,0	65,4
Dänemark	72,1	72,3	73,4	73,8	74,9	75,1	76,0	76,3	76,2	75,9	75,1	75,7	75,9
EU-15	60,1	59,8	60,1	60,3	60,7	61,4	62,6	63,4	64,0	64,2	64,3	64,7	65,1

## Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Österreich 2002 bis 2005

3

Veränderung 2002–2005

Gesamt	2002	2003	2004	2005	absolut	in %
Arbeitslos gemeldete Personen	232.419	240.079	243.880	252.655	20.236	8,71
SchulungsteilnehmerInnen	35.436	41.483	42.643	48.591	13.155	37,12
Arbeit suchend gemeldete Personen	267.855	281.562	286.523	301.246	33.391	12,47
Arbeitslos gemeldete Personen 15–19 Jahre	9.742	10.051	9.547	9.922	180	1,85
Arbeitslos gemeldete Personen 20–24 Jahre	26.886	29.315	29.200	31.646	4.760	17,70
Arbeitslos gemeldete Personen 15–24 Jahre	36.628	39.366	38.747	41.568	4.940	13,49
Arbeitslos gemeldete Personen 25–49 Jahre	147.423	151.148	159.034	164.578	17.155	11,64
Arbeitslos gemeldete Personen 50 und älter	48.368	49.565	46.099	46.509	-1.859	-3,84
SchulungsteilnehmerInnen 15–19 Jahre	5.497	7.598	9.540	10.882	5.385	97,96
SchulungsteilnehmerInnen 20–24 Jahre	5.243	6.742	7.719	7.954	2.711	51,71
SchulungsteilnehmerInnen 15–24 Jahre	10.740	14.340	17.259	18.836	8.096	75,38
SchulungsteilnehmerInnen 25–49 Jahre	21.368	23.737	20.855	24.112	2.744	12,84
SchulungsteilnehmerInnen 50 und älter	3.328	3.406	4.529	5.643	2.315	69,56
Arbeit suchend gemeldete Personen 15–19 Jahre	15.239	17.649	19.087	20.804	5.565	36,52
Arbeit suchend gemeldete Personen 20–24 Jahre	32.129	36.057	36.919	39.600	7.471	23,25
Arbeit suchend gemeldete Personen 15–24 Jahre	47.368	53.706	56.006	60.404	13.036	27,52
Arbeit suchend gemeldete Personen 25–49 Jahre	168.791	174.885	179.889	188.690	19.899	11,79
Arbeit suchend gemeldete Personen 50 und älter	51.696	52.971	50.628	52.152	456	0,88
ÜbergangsgeldbezieherInnen			2.200	5.168		
PensionsvorschussbezieherInnen	10.904	15.577	21.418	17.586	6.682	61,28

5168 erhöht; die zuletzt verfügbaren Werte von März 2006 weisen 6609 Übergangsgeldbezieher aus. Bislang ungeklärt ist das weitere Schicksal von Arbeitslosen, die kurz vor Erreichen des Pensionsalters keine neue Stelle mehr finden. Das Übergangsgeld läuft 2007 aus.

Ein bei Redaktionsschluss eingelangter Verordnungsentwurf sieht eine Verlängerung bis 2009 vor, das Problem wird aber auch danach nicht gelöst sein.

### Dänemark und Niederlande

Dass diese negative Arbeitsmarktentwicklung durchaus ihre in Österreich hausgemachten Ursachen hat, zeigt sich dadurch, dass der europäische Trend der EU-Spitzenreiter deutlich günstiger verläuft.

Während die jüngsten Arbeitslosenzahlen in der EU 25 (Juni 2006) gegenüber dem Vorjahresmonat um 0,7 Prozentpunkte gesunken sind, sind sie in Österreich zur gleichen Zeit nur um 0,3 Prozentpunkte zurückgegangen (unter dem Jubel der Regierungsparteien).

Was zu einer echten Entspannung und Trendwende auf dem Arbeitsmarkt aber wirklich möglich und notwendig ist, zeigen z. B. Dänemark und die Niederlande vor. Hier ist die Arbeitslosenquote im Juni 2006 um 1,2 bzw. um 1,0 Prozentpunkte gesunken, also um den drei- bis viermal besseren Veränderungswert.

### Die sozialpolitische Ebene

Auf der sozialpolitischen Ebene hat sich einerseits einiges für Arbeitnehmer und Arbeitslose Relevante geändert. Einige angesichts des steigenden Problemdrucks auf dem Arbeitsmarkt dringend gebotenen Änderungen sind aber unterblieben.

Wie bereits erwähnt, ist die Arbeitsmarktlage der letzten Jahre nicht nur durch steigende Arbeitslosigkeit, sondern auch dadurch geprägt, dass letztlich nur Teilzeitarbeit oder prekäre Arbeitsformen wie z. B. jene auf der Vertragsbasis als »freier Dienstnehmer« zugenommen haben.

Damit verbunden sind aber geringere Einkünfte und weniger soziale Sicherheit. In der Praxis hat sich das in einer drasti-

schon Zunahme der Zahl der Sozialhilfebezieher seit 2000 niedergeschlagen. Wie eine Untersuchung des WIFO zeigt, ist deren Zahl von 2000 bis 2001 um 40,3 Prozent von 68.200 auf 95.700 nach oben geschwollen. Bis 2003 hat sich der steigende Trend verlangsamt fortgesetzt (96.100 Sozialhilfebezieher 2003), wobei 83 Prozent dieses Anstiegs auf die Existenzprobleme, die von der Arbeitslosenversicherung nicht gelöst werden, zurückzuführen sind.

Das Arbeitslosengeld oder die Notstandshilfe ist in diesen Fällen so gering, dass parallel zu dieser Versicherungsleistung Sozialhilfeergänzungszahlung beansprucht werden muss, um überhaupt leben zu können (vergleiche Bock-Schappelwein in WIFO-Monatsberichte 07/2005).

### Ersatzrate

Diese Entwicklung ist einerseits die logische Folge dessen, dass immer öfter nur eine Teilzeitstelle gefunden werden kann und danach das Arbeitslosengeld entsprechend niedrig ausfällt. Zum anderen kommt sie daher, dass das österreichische Arbeitslosengeld im EU-Vergleich generell eine der niedrigsten Ersatzraten gegenüber dem vorangegangenen Erwerbseinkommen bietet.

Mit 55 Prozent Ersatzrate liegt Österreich deutlich hinter den skandinavischen Ländern, die bei Arbeitslosigkeit bis zu über 80 Prozent des Erwerbseinkommens ersetzen, auch Deutschland liegt mit einer Nettoersatzrate von 63 Prozent für Niedrigverdiener und 61 Prozent für Durchschnittsverdiener noch deutlich über jener in Österreich.

Alle Versuche von ÖGB und AK, hier zu einer Verbesserung der sozialen Situation der Arbeitssuchenden zu gelangen, sind jedoch am Widerstand von Regierungsseite und Arbeitgeber-Vertretungen gescheitert.

### Freie Dienstnehmer

Ebenfalls von Regierung und Arbeitgeberseite abgeblockt wurde der Versuch von ÖGB und AK, den Schutz der Arbeitslosenversicherung auf die prekär Beschäftigten, insbesondere auf freie Dienstnehmer und Werkvertragsnehmer, aus-

zudehnen. ÖGB und AK wollten für freie Dienstnehmer eine Gleichstellung mit den Arbeitnehmern erreichen, das heißt voller Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit und Beitragsteilung zwischen freien Dienstnehmern und Auftraggebern.

Die Regierungsseite hat dies ebenso wie die Arbeitgeberseite kategorisch abgelehnt und wollte diese Regelung nur bei voller Kostentragung durch die freien Dienstnehmer selbst zulassen.

Damit wäre diese Versicherung für die meisten der Betroffenen nicht leistbar geworden. Letztlich hat die Regierung aber auf jegliche Form der Verbesserung für diese Gruppe von ungeschützten Erwerbstätigen auf dem Arbeitsmarkt verzichtet.

### Berufsschutz und Entgeltsschutz

Von Regierungs- und Arbeitgeber-Seite wurde dagegen eine Verschärfung der in Österreich ohnehin strengen Zumutbarkeitsbestimmungen ganz oben auf die Agenda gesetzt. Tatsächlich wurden hier mit Wirkung 1. 1. 2005 eine Reihe gesetzlicher Änderungen vorgenommen. So ist der Berufsschutz, der dem Grunde nach bis dahin für die Dauer des Arbeitslosengeldes bestanden hat, auf die ersten 100 Tage des Arbeitslosengeldanspruchs reduziert worden.

Im Gegenzug konnte von ÖGB und AK allerdings erstmals in der Geschichte der österreichischen Arbeitslosenversicherung der Gedanke des Entgeltsschutzes durchgesetzt werden. Demnach ist bei einer Vermittlung nach Ablauf des Berufsschutzes in einen anderen Beruf oder in eine Teilzeitarbeit nur ein Entgelt von zumindest 80 Prozent (während der ersten 120 Tage des Arbeitslosengeldanspruchs) bzw. 75 Prozent (vom 121. Tag bis zum letzten Tag des Arbeitslosengeldanspruchs) des letzten Entgelts zumutbar. Würde zuletzt Teilzeit gearbeitet, so beträgt dieser Entgeltsschutz 100 Prozent, um eine finanzielle Abwärtsspirale zu stoppen.

Außerdem wurde erstmals die zumutbare Wegzeit gesetzlich eingeschränkt und die ausdrückliche Bedachtnahme auf gegebene Betreuungspflichten gesetzlich festgelegt. Unterm Strich ist hier der Versuch von Regierung und Arbeitgebersei-



te, deutliche Verschlechterungen für Arbeitsuchende einzuführen, am Widerstand von ÖGB und AK gescheitert. Allerdings werden von Arbeitgeber-Seite diese Ergebnisse seit einiger Zeit ständig in Frage gestellt, sodass die weitere Entwicklung in der kommenden Legislaturperiode abzuwarten bleibt.

### Zusammenfassung

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Arbeitsmarktbilanz der letzten Jahre negativ ausfällt. Die Arbeitslosigkeit ist bei allen Gruppen weiter gestiegen, die Beschäftigung stagniert bzw. steigt nur auf Teilzeitbasis und das Maß an sozialer Sicherheit bei Arbeitslosigkeit ist gesunken. Dringend notwendige Verbesserungen für Arbeitsuchende sind dagegen von Regierungsseite trotz wiederholter

Vorstöße der Arbeitnehmervertretungen abgelehnt worden. In den nächsten Jahren werden aber zwischen 70.000 und weit über 100.000 Arbeitskräfte neu auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Diesem gilt es zusätzlich zu den bereits jetzt Arbeitsuchenden Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Das in der jüngsten Mittelfristprognose des WIFO mit nur 2,1 bis 2,2 Prozent steigende Wirtschaftswachstum wird aber nicht ausreichen, genügend zusätzliche Beschäftigung zu schaffen.

Wenn es also nicht gelingt, durch neue Strategien für den Arbeitsmarkt das Ruder herumzureißen und auch das Sicherheitsnetz für Arbeitsuchende dichter zu knüpfen, kommen eher düstere Zeiten auf den österreichischen Arbeitsmarkt und die Arbeitnehmer zu. Regierungs-sonderprogramme für jeweils ein Jahr in

Wahlzeiten werden für dauerhafte Problemlösungen nicht reichen.

Was Österreich braucht, ist ein grundsätzlicher Richtungswechsel in der Arbeitsmarktpolitik, der auf steuerliche Entlastung der Gering- und Mittelverdiener, auf Investitionen in Gesundheit, Soziales, Forschung und Entwicklung und in Infrastruktur setzt, um Wachstum und dauerhafte Strukturverbesserung für Österreichs Wirtschaft sicherzustellen.

Außerdem müssen die Probleme der Beschäftigten und der Arbeitsuchenden durch gezielte Unterstützungsmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die den Menschen selbst und nicht die bloße Statistikschiönung im Mittelpunkt haben, und durch eine bessere soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit verbessert werden.



**Transportarbeiter:**

## Haberzettl wurde ITF-Vizepräsident

**Der Südafrikaner Rendell Howard ist neuer Präsident der Internationalen Transportarbeitergewerkschaft ITF.**

Der **ITF-Kongress** in Durban/Südafrika hat den Generalsekretär der südafrikanischen Transportarbeitergewerkschaft (SATAWU), Rendell Howard, zum neuen ITF-Präsidenten gewählt. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner (GdE), Wilhelm Haberzettl, wurde Vizepräsident. »Die Globalisierung und ihre Folgen für uns TransportarbeiterInnen wird weiterhin im Zentrum der ITF-Arbeit stehen«, meinte Rendell Howard. Vor allem Länder des Südens leiden unter der Privatisierung von öffent-

lichen Verkehrsunternehmen. Unter den afrikanischen und südamerikanischen Eisenbahnen ist mittlerweile kaum ein Unternehmen übrig, das nicht schon zerteilt und verkauft wurde und mindestens die halbe Belegschaft entlassen hätte. »Der globale Kapitalismus braucht globale Gewerkschaften. Es darf auf der Welt keinen Platz geben, an dem sich Leute verstecken, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern und ihrer Gewerkschaften missachten«, sagte Rendell Howard in seiner Antrittsrede. Ein weiteres

Anliegen von Howard ist der Kampf gegen die Verbreitung von HIV/Aids, die unter TransportarbeiterInnen besonders stark ist. Die ITF hat ein Arbeitsprogramm zur Unterstützung der Betroffenen beschlossen. Rendell Howard hat sechs VizepräsidentInnen zur Seite. Für Europa wurde der Präsident der Europäischen Transportarbeiter-Föderation (ETF) und GdE-Vorsitzende Wilhelm Haberzettl einstimmig gewählt. Zur Vizepräsidentin der ITF-Frauen wurde Erika Young aus Italien ernannt. G. M.

**USA:**

## Steuerbegünstigung für hohe Einkommen

**Wo Geld ist, kommt Geld dazu: Steuerbegünstigungen für die zehn Prozent der Einkommenstärksten.**

Der **gesetzliche Mindestlohn** aber ist – seit 1997 – »eingefroren«. Unter dem Slogan »America needs a raise« versucht der US-amerikanische Gewerkschaftsverband AFL-CIO mit einer Medien- und Lobby-offensive den Druck auf die republikanischen Kongressabgeordneten zu erhöhen. »Amerika braucht einen Aufschwung«: Denn die MindestlöhnerInnen müssen mit 10.700 US-Dollar jährlich (rund 13.500 Euro) auskommen. Über 16.000 US-Dollar wären aber nötig, um angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten der

Armut zu entfliehen, so ein aktuelles Gutachten des US-amerikanischen »Economic Policy Institute«. Von einer Erhöhung des Mindestlohns wären über sieben Millionen ArbeitnehmerInnen direkt betroffen.

Weitere acht Millionen, die nur geringfügig mehr als 7,25 US-Dollar in der Stunde verdienen, würden indirekt von einer Erhöhung profitieren. Gemeinsam mit anderen demokratischen Kongressabgeordneten hat Senator Edward Kennedy einen Gesetzesantrag auf schrittweise Erhöhung

des Mindestlohns von derzeit 5,15 US-Dollar auf 7,25 US-Dollar pro Stunde in den nächsten 26 Monaten eingebracht.

Doch die Republikaner im Kongress wollen einer Erhöhung erst zustimmen, wenn diese mit weiteren Steuererleichterungen (Senkung der Erbschaftssteuer für Superreiche) verbunden sind: Für John Sweeney, Vorsitzender des Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO, ist die längst überfällige Erhöhung eine Frage der Moral, die nicht davon abhängen dürfe, ob MilliardärInnen Steuern sparen können. G. M.

**Chile:**

## Streik in Kupfermine

**Die ArbeiterInnen der weltgrößten Kupfermine »Escondida Mine« streiken für Lohnerhöhungen.**

Nach **gescheiterten Lohnverhandlungen** legten die ArbeiterInnen der Kupfermine »Escondida Mine« in Chile am 8. August 2006 die Arbeit nieder. Damit begann der erste Streik in der Geschichte des Unternehmens, auf das rund acht Prozent der weltweiten Produktion von Kupfer entfällt. »Wir wissen nicht, ob wir uns gegen die Geschäftsleitung durchsetzen können. Aber wir sind entschlossen durchzuhalten, denn es gibt kein anderes Unternehmen in unserem Land, das so viel Gewinn macht wie dieses«, erklärte Pedro Marin, ein Vertreter

der Gewerkschaft im Betrieb. Chile ist der weltweit größte Kupferproduzent. Die »Escondida Mine« produziert im Schnitt 125.000 Tonnen Kupfer pro Jahr, das sind rund 20 Prozent der gesamten Kupferproduktion im südamerikanischen Andenstaat Chile.

Das Werk gehört zu über 57 Prozent dem weltgrößten anglo-australischen Bergbauproduzenten BHP Billiton. Einen Anteil von 30 Prozent hält der zweitgrößte Produzent und Mitbewerber Rio Tinto. Über 2000 ArbeiterInnen der Mine sind gewerk-

schaftlich organisiert. Sie verlangen eine 13-prozentige Lohnerhöhung und eine Bonuszahlung von 30.000 US-Dollar. Immerhin haben sich die Kupferpreise auf den Weltmärkten seit Abschluss des letzten Kollektivvertrags im Werk verdreifacht. Die Erfüllung der Forderung der ArbeitnehmerInnen macht somit nur ein Prozent der Nettogewinne der Mine aus. Das letzte Angebot der Arbeitgeberseite – nämlich drei Prozent Lohnerhöhung und eine Bonuszahlung für die ArbeiterInnen – wurde von der Belegschaft abgelehnt. G. M.

Sportartikelproduktion in Asien:

# Abseits! Arbeitsrechte in Asien

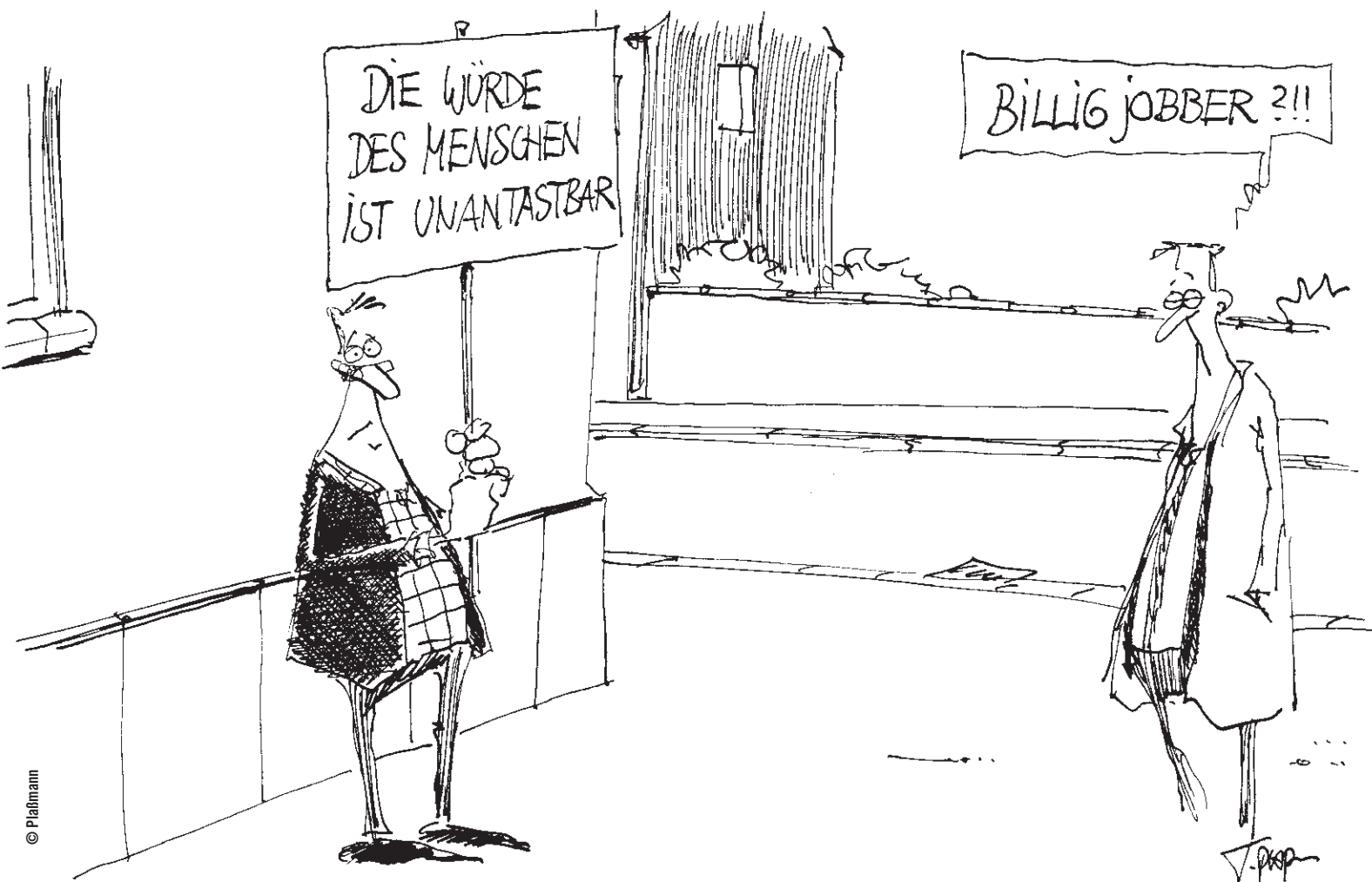
Im neuen Bericht der Fair Play Alliance gehts um Arbeitsbedingungen.

**Der Bericht »Abseits! Arbeitsrechte und Sportartikelproduktion in Asien«** der Fair Play Alliance, (internationale Textilgewerkschaft ITBLAV, Clean Clothes Kampagne, OXFAM), beleuchtet die Arbeitsbedingungen in den asiatischen Zulieferbetrieben von zwölf internationalen Sportartikelherstellern. Das Resümee: Reebok zeigt Einsicht, FILA schert sich weiter nicht um Arbeitsrechte. ArbeiterInnen, die sich gewerkschaftlich organisieren, müssen weiter mit Diskriminierung, Kündigungsdrohungen und mit gewalttätigen Ein-

schüchterungen rechnen. Unzureichende Löhne, unerreichbare Zielvorgaben in der Produktion und extrem viele Überstunden prägen den Arbeitsalltag der Beschäftigten in den meisten Zulieferbetrieben. Während der Spitzenzeiten müssen etwa die ArbeiterInnen der indonesischen Fabrik »Daejoo Leports« von 7 Uhr früh bis 23 Uhr arbeiten.

Einige Unternehmen haben auf die Kritik im Bericht von 2004 reagiert und versucht, die Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferbetrieben etwas zu verbes-

sern. Reebok bemüht sich beispielsweise ernsthaft darum, dass seine Zulieferbetriebe in Asien die gewerkschaftlichen Rechte respektieren. Darüber hinaus hat das Unternehmen mit diversen Arbeitsrechtsgruppen kooperiert, um demokratische Vertretungen in den Betrieben aufzubauen. FILA wurde als jener Konzern identifiziert, der am wenigsten an einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen in seinen Zulieferbetrieben in Asien interessiert ist und sich kaum um die Menschen, die seine Produkte herstellen, kümmert. *G. M.*



# Die Gesundheitspolitik der letzten Jahre

*Hier soll eine gesundheitspolitische Bilanz der über sechs Jahren regierenden Koalition gezogen werden. Haben die Maßnahmen im Zuge der politischen »Wende« wirklich – wie im FPÖ/ÖVP-Regierungsübereinkommen 2000 angedeutet – zu einer Neukonzeption oder nur zu einer veränderten, aber nicht qualitativ neuen Sozial- und Gesundheitspolitik geführt?*

Autor: Helmut Ivansits

Leiter der Abteilung Sozialversicherung  
der AK Wien

**M**aßstab unserer Bilanz sind die gesellschaftspolitischen Wertungen, die dem österreichischen Gesundheitssystem bis zum Regierungswechsel zugrunde lagen. Seit den Fünfzigerjahren war es Konsens, dass das österreichische Gesundheitssystem allen Kranken gleichen Zugang zu allen bedarfsgerechten Leistungen ermöglichen soll. Die Leistungen sollten laufend an den medizinischen Fortschritt angepasst und wirtschaftlich erbracht werden. Das bedeutet, dass sie weder durch Selbst- oder Zuzahlungen signifikant beschränkt noch (durch Vorenthaltung bedarfsnotwendiger Leistungen) rationiert werden dürfen.

Diese Prinzipien werden durch die solidarische Mittelaufbringung ergänzt. Die Finanzierung ist insofern solidarisch, als über den »Risikoausgleich« hinaus (Gesunde zahlen für Kranke) Einkommensstärkere für sozial Schwache eintreten. BezieherInnen höherer Einkommen müssen höhere Beiträge entrichten. Da sie insgesamt auch weniger Leistungen in

Anspruch nehmen, findet eine soziale Umverteilung statt.

Um diese Grundsätze realisieren zu können, bedarf es staatlicher Regulierung. Das österreichische Gesundheitssystem beruht auf einer gesetzlichen Krankenversicherung, die alle diese Prinzipien vereint. Rein marktwirtschaftlich könnte weder eine umfassende Vorsorge noch eine solidarische Finanzierung organisiert werden. Versicherungsobligatorien sowie Planungs- und Qualitätssicherung durch staatliche Einrichtungen sind im Gesundheitswesen unverzichtbar. Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung im Gesundheitswesen sind daher mit Vorsicht zu begegnen. Wettbewerb zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitssystems ist sinnvoll, bedarf aber sozialer Rahmenbedingungen.

## Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick

■ **Sozialrechts-Änderungsgesetz 2000:** Die Rezeptgebühr wird zusätzlich erhöht. Für die Mustersatzung des Hauptverbandes werden Kürzungen für Krankengeld, Heilbehelfe, Zahnersatz und Kieferregulierungen vorgeschrieben. Ab 2001 ist in Spitalsambulanzen ein Behandlungsbeitrag zu leisten.

■ **Budgetbegleitgesetz 2001:** Für die Mitversicherung bestimmter Angehöriger ist ein Zusatzbeitrag (3,4 Prozent) einzuheben. Im Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2006 wird die Mitversicherung eingeschränkt.

■ **58. ASVG-Novelle (2001):** Es werden die gesetzlichen Voraussetzungen für »Public Private Partnership« geschaffen und der Hauptverband reformiert.

■ **59. ASVG-Novelle (2002):** Die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft wird ermächtigt, ein Optionsmodell zwischen Geld- und Sachleistungsberechtigung einzuführen. Der Kostenanteil kann bis zu 30 Prozent betragen.

■ **60. ASVG-Novelle (2003):** Der Ausgleichsfonds der Krankenversicherungsträger wird neu geregelt.

■ **Budgetbegleitgesetz 2003:** Es wird erstmals ein einheitlicher Beitragssatz (7,3 Prozent) für ArbeiterInnen und Angestellte festgelegt. Für Angestellte bedeutet dies eine Erhöhung um 0,4 Prozent, für ArbeiterInnen eine Absenkung um 0,3 Prozent. Außerdem wurde eine schrittweise Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages für Pensionisten von 3,75 auf 4,25 Prozent (2004) bzw. auf 4,75 Prozent (2005) beschlossen. Die »Ambulanzgebühr« wird wieder gestrichen. Es wird ein Ergänzungsbeitrag zur Finanzierung un-



»... Rein marktwirtschaftlich könnte weder eine umfassende Vorsorge noch eine solidarische Finanzierung organisiert werden. Versicherungsobligatorien sowie Planungs- und Qualitätssicherung durch staatliche Einrichtungen sind im Gesundheitswesen unverzichtbar. Forderungen nach Privatisierung und Deregulierung im Gesundheitswesen sind daher mit Vorsicht zu begegnen. Wettbewerb zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit des Gesundheitssystems ist sinnvoll, bedarf aber sozialer Rahmenbedingungen ...«

fallbedingter Leistungen in der Krankenversicherung (0,1 Prozent) eingeführt.

■ **2. Sozialversicherungsänderungsgesetz 2003:** Die Arzneimittelherstellung wird neu geregelt. Das bisherige Heilmittelverzeichnis wird schrittweise bis zum 1.1.2005 durch einen Erstattungskodex (»Ampelsystem«) ersetzt. Im Zuge dieser Neuordnung ist auch eine Verminderung der chef- und kontrollärztlichen Bewilligungen vorgesehen.

■ **Sozialbetrugsgesetz (2004):** Änderungen im Strafgesetzbuch schaffen Regelungen gegen Sozialversicherungsbruch.

■ **Finanzausgleichsgesetz 2005:** Die Krankenversicherungsbeiträge werden um 0,1 Prozent für die Jahre 2005 bis 2008 erhöht. Die Leistungsverpflichtung der Krankenversicherungsträger bei Brillen und sonstigen Sehbehelfen wird eingeschränkt.

■ **3. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2004:** Für die e-card als Krankenscheinersatz ist das jährliche Serviceentgelt von zehn Euro einzuheben. Dienstgeber erhalten aus den Mitteln der AUVA eine teilweise Erstattung des Entgelts auch bei krankheitsbedingten Arbeitsverhinderungen. Nach der teilweisen Aufhebung der Hauptverbandsreform durch den VfGH wird der Hauptverband erneut reformiert.

■ **Gesundheitsreformgesetz 2005:** Es werden Landesgesundheitsfonds zur Planung und Steuerung der Finanzierung des Gesundheitswesens im Landesbereich eingerichtet. Sie haben dabei auf die Vorgaben der neu geschaffenen Bundesgesundheitsagentur Bedacht zu nehmen. Die Bundesagentur ist für die Planung des Leistungsangebots (»Österreichische Strukturplan Gesundheit«) verantwortlich. In den Bereichen Qualitätssicherung und Gesundheitstelematik werden erstmals bundesgesetzliche Rechtsgrundlagen geschaffen.

### Gesundheitspolitische Beurteilung

Programmatische Aussagen zur »neuen Sozialpolitik« der Bundesregierung finden sich vor allem in der Präambel des Koalitionsabkommens 2000. Die Positionierung der Sozialpolitik im »Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung und »zwischen Leistungsbereit-

schaft und Solidarität« oder das Plädoyer für eine Liberalisierung und Konzentration der Sozialpolitik auf Personen, die »unzureichend oder gar nicht zur Selbsthilfe fähig sind«, weisen auf ein wirtschaftsliberales Programm. Die angebliche »Unfinanzierbarkeit« und die mangelnde »soziale Treffsicherheit« des Sozialstaates scheinen diese Ausrichtung zu untermauern. Es wird eine »Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen staatlicher und privater sozialer Verantwortung« gefordert.

### Nicht rein neoliberal

Andere Formulierungen wiederum – insbesondere im ideologisch deutlich pragmatischeren Regierungsprogramm 2003 – bestätigen, dass es kein explizit »neoliberales« Programm ist: »Wir stehen für ein leistungsfähiges und gerechtes Sozialsystem, das Benachteiligte und Bedürftige schützt und fördert. Grundsätzlich muss jeder Bürger und jede Bürgerin unseres Landes in Solidarsysteme eingebunden sein.« Oder: »Wir können diesen österreichischen Weg nur weiter gehen, wenn wir unsere Erneuerungsfähigkeit unter Beweis stellen. (...) Soziale Gerechtigkeit ist (...) tragendes Prinzip und muss sich durch alle politischen Maßnahmen ziehen.«

Auch im »Nationalen Bericht über Strategien für Sozialschutz und Soziale Sicherheit 2006« spricht sich die Regierung gegen »Selbstbehalte und Rationierungen« aus. »Gemäß politischem Konsens verfolgt Österreich den Weg einer gesetzlichen Pflichtversicherung, die Einführung eines Kassenwahlrechts ist nicht beabsichtigt.« Näher betrachtet liegt somit ein Mix aus konservativen und liberalen Ansätzen vor. Tendenziell soll die Rolle des Staates in der Sozialpolitik geschwächt und Eigenverantwortung gestärkt werden.

Dennoch ist es bezogen auf die Programmatik und – noch mehr – auf die politische Praxis seit 2000 überzogen, heute von einem »liberalen Sozialstaat« zu sprechen (vor allem dann, wenn man dabei die USA als Muster vor Augen hat). Auf der anderen Seite ist unübersehbar, dass sich die Vorliebe für einen »schlanken« Sozialstaat in einer Reihe von Leistungsverschlechterungen und in

neuen Selbsthalten niedergeschlagen hat.

### Eher noch konservativer

Betrachtet man alle sozialpolitischen Reformen der Regierung, handelt es sich wohl eher um einen noch konservativer gewordenen Sozialstaat (besonders in der Familienpolitik).

Die Analyse der österreichischen Gesundheitspolitik ergibt, dass die Bundesregierung durchaus substanzielle Liberalisierungsschritte setzen wollte, letzten Endes aber – zum Teil auch politisch – davor zurückgeschreckt ist und sich auf wenige Maßnahmen beschränkt hat. Einige Gründe seien genannt: Der überkommene sozialstaatliche »Grundkonsens« (insbesondere in Expertenkreisen), Proteste in der Bevölkerung, die Aufhebung wichtiger Reformteile durch den Verfassungsgerichtshof, eine extrem populistische FPÖ (die grundlegende Reformen nicht zulassen konnte) und eine wirtschaftsfreundliche Politik.

Die Koalitionsregierung hat weder die »Versicherungspflicht« noch das »Kassenwahlrecht« eingeführt. Auch das Sicherungsniveau blieb weitgehend erhalten, die Privatisierung des Krankheitsrisikos durch Herausnahme von Leistungen aus dem Leistungskatalog der sozialen Krankenversicherung (beim Krankengeld) und höhere Kostenbeteiligung waren Ausnahmen.

Dessen ungeachtet ist der Regierung vorzuhalten, dass ihre Maßnahmen schwerwiegende verteilungspolitische Mängel aufweisen. So wurde die Rezeptgebühr 2000 zusätzlich um mehr als 20 Prozent (seit 2000 um 36,1 Prozent) angehoben. Besonders die Kürzung des Krankengeldes trifft schwer kranke und einkommensarme Personen. Ähnlich ist die Wirkung bei Sehbehelfen. In Verbindung mit Beitragserhöhungen erreichen Einkommensminderungen bei sozial schwachen Patienten ein kritisches Ausmaß. Der gesellschaftliche Schaden durch die Gesundheitspolitik der letzten Jahre ist beträchtlich.

### Gesetzesflut

Die Regierung hat einen Wust an neuen Gesetzen beschlossen (»speed kills«). Der

Opposition bzw. den Sozialpartnern räumte sie bis 2003 kaum Mitsprache ein. Symptomatisch für den Umgang mit dem politischen Gegner war die Umgehung des Begutachtungsverfahrens durch Initiativanträge. Die Einbindung der Sozialpartner erfolgte über unverbindliche »Gipfel«, in welchen die Sozialpartner bestenfalls die Möglichkeit zu Kurzäußerungen hatten. Innerhalb der Sozialpartnerschaft hatte die »Wirtschaft« als Gesprächspartner der Regierung die besseren Karten. Das änderte sich erst durch die Protestaktionen anlässlich der Pensionsreform 2003.

In der Gesundheitspolitik ist der politische Einfluss der Sozialpartner seit jeher eher gering. Er wird indirekt durch die Selbstverwaltung in der Sozialversicherung ausgeübt. Obwohl die Selbstverwaltung im Hauptverband rasch »umgefärbt« wurde, verlor die Sozialversicherung an politischem Gewicht und die Gesundheitspolitik verlagerte sich immer stärker in das Gesundheitsministerium. Die Bundesregierung trug sich anfangs

zunächst sehr wohl mit dem Gedanken, die gesetzliche Sozialversicherung durch ein System der »Versicherungspflicht« zu ersetzen.

Das hätte bedeutet, dass die Versicherung von privaten Versicherern auf der Grundlage von »Gesundheitsprämien« durchgeführt worden wäre. Diese Einheitsprämien hätten sozial Schwächere und Familien bei der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung benachteiligt. In der Frage: »gesetzliche Pflichtversicherung versus Versicherungspflicht« entschied sich die Regierung in Anlehnung an ein von ihr in Auftrag gegebenes Expertengutachten dann aber doch für die Sozialversicherung.

### Soziale Treffsicherheit

Danach ließ die Regierung die »soziale Treffsicherheit« des Sozialsystems prüfen. Gegenstand der Untersuchung war nicht die Versorgungsqualität (Unter-, Fehl- und Überversorgung) schlechthin, sondern bezeichnenderweise ausschließlich

die Überversorgung. Mit dieser Studie wurde die Besteuerung der Unfallrenten sowie die Einführung eines Zusatzbeitrags für bestimmte Gruppen bisher beitragslos Mitversicherter legitimiert.

Schon vorher wurde die Kostenbeteiligung (Rezeptgebühr, Ambulanzgebühr, Selbstbehalte bei Psychotherapie) von Patienten in der sozialen Krankenversicherung ausgeweitet. Da Selbstbehalte nicht beim Erwerbseinkommen ansetzen, sondern erst fällig werden, wenn die Krankheit eingetreten und Leistungen gewährt werden, können sie zu Recht als »Krankensteuern« bezeichnet werden. Sie widersprechen dem Prinzip der solidarischen Finanzierung.

### Nicht leistbar

Selbstbehalte können dazu führen, dass sich Kranke die benötigten Leistungen nicht leisten können. Ob Selbstbehalte diese Wirkung haben, hängt von seiner Höhe bzw. vom Einkommen der Betroffenen ab. Niedrige Selbstbehalte haben



daher in erster Linie eine Finanzierungsfunktion, in Summe (etwa bei Rezeptgebühren) können aber auch sie abschreckend auf die Leistungsanspruchnahme wirken. Die Folgen davon sind chronische Erkrankungen mit wesentlich höheren Behandlungskosten.

Durch Selbstbehalte steigt der Anteil der privaten Gesundheitsausgaben, die in Österreich ohnehin schon ein Drittel der gesamten Gesundheitsausgaben ausmachen. Das Gesundheitssystem entwickelt sich stärker in Richtung einer »Zwei-Klassen-Medizin«.

Die seit 2000 bestehende Regierungskoalition hat Selbstbehalte vor allem als Ausgleich für gesetzliche Maßnahmen zur Entlastung des Bundesbudgets ausgeweitet. Nach Berechnungen des Hauptverbandes wurden beispielsweise im Jahr 2005 den Kassen auf diesem Weg 605 Millionen Euro vorenthalten (u. a. durch eine Pauschalabgeltung der Mehrwertsteuer). Sie wurden für zusätzliche Bundesmittel zur Spitalsfinanzierung und zur Finanzierung der Arbeitslosenversicherung und des Kinderbetreuungsgeldes, aber auch zur Förderung der Wirtschaft verwendet.

Dem stehen Zusatzeinnahmen in der Höhe von 857 Millionen Euro gegenüber, davon rund zwei Drittel aus Beitragserhöhungen (inklusive 40 Millionen Euro aus der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage). Der Rest setzt sich aus Einnahmen aus höheren Gesundheitsabgaben (132 Millionen Euro Tabaksteuer) und höheren Rezeptgebühr (55 Millionen Euro) und einem verringerten Kostenersatz bei Sehbehelfen (35 Millionen Euro) zusammen.

Wirksame ausgabenseitige Reformen fanden in »Solidarpaketen« (Vereinbarungen zwischen Regierung, Sozialversicherung und Pharmaindustrie), in der »Generikaoffensive« und im Rahmen des so genannten Erstattungskodex statt. Im Bereich der ärztlichen Hilfe verhinderte »Klientelpolitik« (z. B. bei der Qualitätssicherung der Praxen) größere Reformen. Einsparungspotenzial besteht auch bei den Medikamenten, wo angesichts der hohen Gewinne der Pharmawirtschaft eine restriktivere Preispolitik notwendig wäre. Zudem fehlt es an einer »Präventionsoffensive« vor allem im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung.

## Gerichtliche Aufhebung

Das hohe Tempo der gesundheitspolitischen Gesetzgebung in den ersten Jahren der Regierungskoalition blieb nicht ohne Folgen für Reformen: Der Verfassungsgerichtshof hob die »Ambulanzgebühr« wegen eines Verstoßes gegen das Gebot der Publikation von Gesetzesbeschlüssen im Bundesgesetzblatt als verfassungswidrig auf. Aufgehoben wurden auch Teile der Hauptverbandsreform, die Besteuerung der Unfallrenten sowie die Beitragspflicht für Zusatzpensionen. Auch hierin zeigt sich, dass die Regierung ursprünglich wesentlich größere Reformen vorhatte, das Reformtempo nach den Erkenntnissen des Verfassungsgerichtshofes (VfGH) aber merklich gedrosselt hat.

Aufgrund der hohen Abgänge mussten Rücklagen der Kassen aufgelöst, umgeschichtet und ein »Risikostrukturausgleich« eingeführt werden. Auch diese Maßnahmen (insbesondere Umschichtungen) mussten aus rechtlichen Gründen zum Teil wieder rückgängig gemacht werden.

Der Aufhebung der Hauptverbandsreform durch den VfGH folgte eine Neuregelung, die von Experten nach wie vor als verfassungsrechtlich bedenklich beurteilt wird. Die Hauptverbandsreform selbst widerspricht den Prinzipien der Selbstverwaltung.

Der die Organisation des Gesundheitswesens betreffende Teil der Gesundheitsreform 2005 hingegen ist ein konsequenter Schritt. Die Reform orientiert sich am »Kooperationsmodell«. Sie rührt an ein Grundproblem des österreichischen Gesundheitssystems, nämlich die Aufteilung von Versorgungssektoren (stationär – ambulant) zwischen Ländern und Sozialversicherung.

Infolge dieser Trennung entstehen Schnittstellen, deren Überbrückung die Versorgung nachhaltig verbessern könnte. Während für den »extramuralen« Bereich weiterhin die Kassen, für den »intramuralen« Bereich die Länder zuständig bleiben, ist künftig in gemeinsamen Angelegenheiten (»Kooperationsbereich«) ein einvernehmliches Vorgehen erforderlich. Im »Reformpool« können Wege zu einer besseren Integration der Versorgungsreiche gefunden werden.

Die Regierungskoalition hat mit dem »Österreichischen Strukturplan Gesundheit« (ÖSG) ein Instrument geschaffen, mit dem erstmals auch eine umfassende Leistungsangebotsplanung möglich wird.

## Umstritten

Umstritten ist die Errichtung eines für Planung, Qualitätssicherung und Prävention zuständigen Bundesinstituts. Da die Gesundheitsreform 2005 auf der »Gesundheitspartnerschaft« zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung beruht, wäre es naheliegend gewesen, diese auch in diesem Vorhaben zu verankern. Stattdessen wurde eine Bundesgesellschaft gegründet.

Dazu kommt, dass das neue Bundesinstitut für Qualitätssicherung keine Kompetenzen hat, um von sich aus in essenziellen Fragen tätig zu werden. Es ist ihm untersagt, die im Ärztesgesetz vorgesehene ambulante Qualitätssicherung durch die Ärztekammer extern zu kontrollieren. Das neu geschaffene Bundesinstitut wird daher kaum als ein unabhängiges Qualitätssicherungsinstitut für das gesamte Gesundheitswesen bezeichnet werden können.

Insgesamt dürfte in den letzten Jahren die Bereitschaft gewachsen sein, öffentliche Gesundheitseinrichtungen zu privatisieren, »auszugliedern« oder öffentlich-private Partnerschaften einzugehen. Der Verkauf kasseneigener Ambulatorien, Rehabilitationszentren und Spitäler wird forciert und mit der Stärkung des Wettbewerbs begründet. Darin wird ein Einstellungswandel sichtbar, der sich in Zukunft noch verstärken könnte.

## Langfristige Finanzierung

Das für 2005 veröffentlichte (vorläufige) Gebarungsergebnis für die gesetzliche Krankenversicherung weist einen Überschuss von rund 31 Millionen (nach neuesten Zahlen 20 Millionen) Euro aus. Es verdeckt aber, dass die Sozialversicherungsanstalten der Gewerblichen Wirtschaft und der Bauern sowie die Versicherungsanstalt der Beamten positiv gebaren, die Gebietskrankenkassen aber mit 125 Millionen Euro in den roten Zahlen stecken. Da zwischen den Gebietskran-



kenkassen und den genannten Anstalten kein Finanzverbund besteht und vom Verfassungsgerichtshof auch für unzulässig erklärt wurde, werden die Gebietskrankenkassen (weitere) Kredite aufnehmen müssen, und zwar so lange, bis ihnen die Banken keine mehr gewähren. Trotz des für 2005 positiven Gesamtergebnisses ist somit keine nachhaltige Kassensanierung gelungen.

Schon für 2006 ist mit Gesamtabgängen von rund 157 Millionen Euro zu rechnen (2007: – 254 Millionen Euro; 2008: – 295 Millionen Euro). Von einer Konsolidierung der Unselbständigen-Kassen kann daher überhaupt keine Rede sein.

Wie nach den Prognosen die einzelnen Krankenversicherungsträger abschneiden werden, zeigt die Tabelle »**Gebärungsprognose der gesetzlichen Krankenversicherung**«.

Seit 2000 hat die Bundesregierung durch höhere Beiträge, neue Selbstbehalte (Rezeptgebühr, Ambulanzgebühr etc.) und Leistungskürzungen (Krankengeld, Prothesen, Reise- und Fahrtkosten) die Kassendefizite verringert, ohne sie langfristig beheben zu können. Sie hat aber die Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Krankenversicherung verschärft, indem sie durch eine Vielzahl von Maßnahmen das Bundesbudget zu Lasten der Kassen gesenkt hat.

Diese »Sozialversicherungsfeindlichkeit« der Sozialpolitik der vergangenen sechs Jahre führte zu dem absurden Ergebnis, dass Gesetze beschlossen wurden, die die finanziellen Grundlagen der Sozialversicherung weiter eingeschränkt ha-

ben. Auf die wachsenden Kassendefizite reagierte die Regierung mit Selbsthalten und Leistungskürzungen. Letztere (darunter die Verkürzung der Dauer des Krankengeldes) dürften zu Einsparungen von insgesamt 100 Millionen Euro jährlich geführt haben.

### Mehr an Selbstbehalt

Unter Berücksichtigung dieser ausgaben-seitigen Einsparungen ist davon auszugehen, dass Versicherte heute rund 50 Millionen Euro mehr an Selbsthalten (inklusive Spitalskostenbeitrag, abzüglich der Einnahmenverluste durch die von der e-card ersetzten Krankenscheingebühr) aus ihrer eigenen Tasche zahlen müssen und 100 Millionen Euro weniger an Leistungen bekommen als noch vor der Jahrtausendwende. Unter dieser Entwicklung leiden vor allem die sozial Benachteiligten.

Die Einnahmen sind im Zeitraum 2000 bis 2005 um insgesamt 857 Millionen Euro gestiegen. Das wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Regierung wenigstens zum Teil von ihrer Belastungspolitik abgelassen hätte.

Während die Kassen zur Entlastung des Bundesbudgets geradezu »ausgehungert« werden, wurden umgekehrt die Sondersicherungsträger »aufgepäppelt«: Bei den Bauern wurden der Beitragssatz angehoben, die Beitragsgrundlage verbreitert und Ressourcen der Unfallversicherung in die Krankenversicherung verschoben. Der Beitragssatz der Selbständigen liegt mit 9,1 Prozent deutlich über dem ASVG.

Ohne Zweifel sind im Gesundheitswesen auch ohne Verschlechterung des Versorgungsniveaus beachtliche Einsparmöglichkeiten vorhanden, die aber nicht alle zugleich und vor allem nicht kurzfristig ausgeschöpft werden können. Andererseits: Je leichter es wird, an der »Einnahmenschraube« zu drehen, desto geringer wird der Druck auf Struktur-reformen. Um so dringender ist daher ein mit einem Zeitplan versehenes Reform- und Finanzierungskonzept. Die Regierung ist jedoch weit davon entfernt, auf die Finanzprobleme rational zu reagieren.

Es ist zu erwägen, einen Teil des Beitragsaufkommens in der gesetzliche Krankenversicherung durch Steuern zu ersetzen und dadurch vor allem arbeitsintensive Betriebe von zusätzlichen Lohnnebenkosten zu entlasten oder – in einem größeren Reformpaket – den Dienstgeberbeitrag zu senken. Neben spezifischen Gesundheitsabgaben (beispielsweise auf Alkohol oder Tabak) wäre auch ein Verzicht auf die Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge von der Steuerbemessungsgrundlage ein möglicher Ansatzpunkt.

Eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage könnte neben der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage auch andere bisher nicht sozialversicherungspflichtige Einkunftsarten (Vermögenseinkünfte) umfassen.

Finanzierungsalternativen auf der Dienstgeberseite stellen die Vermögenssteuer, eine höhere Einkommenssteuer bzw. KÖST oder die Wertschöpfungsabgabe dar.

## Gebärungsprognose der gesetzlichen Krankenversicherung

(KV) 2004 bis 2008 (in Millionen Euro)

Krankenversicherungsträger	2005*	2006	2007	2008
KV insgesamt	-32	-159	-254	-295
Gebietskrankenkasse				
(inkl BKK ** sowie				
VA Eisenbahnen/Bergbau)	-163	-262	-342	-375
VA öffentlich Bedienstete	+73	+56	+51	+45
VA Gewerbliche Wirtschaft	+16	+31	+27	+22
SVA der Bauern	+42	+16	+10	+13

\* vorläufige Ergebnisse

\*\* BKK (Betriebskrankenkassen)

Quelle: HV der österreichischen SV-Träger; eigene Berechnungen

# Sieben magere Jahre

## Bilanz der Bildungspolitik von 2000 bis 2006

*AutorInnen: Martha Eckl,  
Kurt Kremzar, Susanne Schöberl,  
Michael Tölle*

*Abteilung Bildungspolitik der AK Wien*

### BILDUNGSSTAND DER JUGENDLICHEN IN ÖSTERREICH

Der Bildungsstand der Jugendlichen in Österreich hat sich seit 2000 verschlechtert. Von 1994 bis 1999 konnte noch eine Verbesserung im Bildungsstand der Jugendlichen festgestellt werden, die Abschlüsse in höheren Schulen und in der Lehre stiegen, die Zahl der Jugendlichen nur mit Pflichtschulabschluss ging zurück. Von 1999 bis 2003 erfolgt dann eine Verschlechterung, die Steigerung bei den höheren Abschlüssen kompensiert nicht den Rückgang bei der Lehre, sondern es steigt die Zahl der Jugendlichen ohne weiterführende Ausbildung (Analyse Mikrozensus: Bildungsstand der 20- bis 24-Jährigen 1994–2003).

### Internationaler Vergleich

Auch im internationalen Vergleich ist diese Verschlechterung festzustellen. Im Zuge der Lissabon-Strategie haben sich die EU-Länder Benchmarks im Bereich Bildung gesetzt, die dazu beitragen sollen, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Im anlässlich der österreichischen Präsidentschaft im Jänner 2006 erstellten Zwischenbericht schaut die Entwicklung für Österreich eher negativ aus. Zwar hinkt die gesamte EU ihrer Zielerreichung hinterher, aber es gibt doch eindeutige Fortschritte. Österreich hingegen weist Rückschritte auf.

So hat sich die EU zum Ziel gesetzt, bis 2010 die Zahl der 18- bis 24-Jährigen, die lediglich über einen Pflichtschulabschluss verfügen, zu halbieren bzw. unter zehn Prozent zu drücken. EU-weit hat sich der Anteil von fast 18 Prozent (2000) auf knapp 15 Prozent (2005) verringert. In Österreich hat sich der Wert von über zehn Prozent im Jahr 2000 auf 8,7 Prozent im Jahr 2004 verringert, allerdings ist er dann 2005 wieder auf 9,1 Prozent angestiegen. Das heißt, in diesem Jahr sind ca. 3000 Jugendliche dazugekommen, die ohne weiterführenden Schulabschluss mit schlechten Karten in das Arbeitsleben starten.

Es gibt auch einige Länder, die deutlich unter den zehn Prozent liegen und nach wie vor Verbesserungen aufweisen (Norwegen, Dänemark, Slowakei, Polen).

Ein weiteres Ziel ist, dass der Anteil der 20- bis 24-Jährigen mit einem weiterführenden Bildungsabschluss 85 Prozent betragen soll. EU-weit verbesserte sich dieser Wert von 76,3 Prozent (2000) auf 77,3 Prozent (2005). Österreich hat diesen Wert mit fast 84,7 Prozent im Jahr 2000 schon erreicht, konnte sich dann noch auf 86,7 Prozent steigern, fiel jedoch auch hier im Jahr 2005 wieder auf unter 86 Prozent zurück.

Es gibt auch einige EU-Länder mit einem Anteil von Jugendlichen mit weiterführendem Bildungsabschluss von über 90 Prozent (Slowenien, Slowakei, Tschechische Republik, Norwegen, Kroatien).

### Mangelhafte Datenlage

Ab dem Schuljahr 2003/04 regelt das 2002 verabschiedete Bildungsdokumentationsgesetz die Datenerhebung zur Schulstatistik. Zweck sollte eine Verbesserung der Datenlage sein, sodass etwa auch Aussagen zu den Bildungsverläufen

möglich sind. Probleme bei der Durchführung der Datenmeldungen führten allerdings dazu, dass bis heute die letzte detaillierte Schulstatistik das Schuljahr 2002/03 betrifft. Aussagen für die beiden folgenden Schuljahre fußen lediglich auf einer Fortschreibung der Daten, genauere Daten etwa zu Klassenschülerhöchstzahlen oder zum Schulerfolg gibt es nicht.

### Fehlende Ausbildungsplätze

Die nach der beschriebenen Methode dargestellte Entwicklung der Schülerzahlen zwischen 2000/01 und 2004/05 zeigt einen Rückgang in der Primarstufe um 7,3 Prozent; einen Zuwachs in der Hauptschule um 2,2 Prozent und einen Zuwachs in der AHS-Unterstufe um 8,8 Prozent. In der Oberstufe zeigt sich eine sehr deutliche Zunahme der Polytechnischen Schulen um über elf Prozent, dieser Zuwachs ist auf die fehlenden Ausbildungsplätze in der Berufsbildung zurückzuführen. Auch die Zunahme an den berufsbildenden mittleren Schulen um zwölf Prozent und die Abnahme an den Berufsschulen um fast sechs Prozent belegen die angespannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt. Ebenfalls zugenommen haben die AHS-Oberstufe um 4,3 Prozent und die berufsbildenden Schulen um 6,2 Prozent.

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich nicht nur die unbefriedigende Situation für Jugendliche mit Interesse an einer stärker praxisorientierten Ausbildung, für die es zu wenig schulische Ausbildungsinitiativen gibt, sondern auch eine ungelentke Entwicklung der Fachrichtungen. Am stärksten zugenommen haben bei den berufsbildenden mittleren Schulen die land- und forstwirtschaftlichen Schulen mit über 20 Prozent, wohingegen der Ausbau bei den technischen und gewerblichen Fachschulen nur 12,6 Prozent oder bei den kaufmännischen Schulen nur 7,2 Pro-



»Bildungspolitisch wichtige Vorschläge wie das Recht auf Nachmittagsbetreuung, die Einschränkung des Sitzenbleibens, ein Kursystem in der Oberstufe, ein verpflichtendes Vorschuljahr und eine Verwaltungsreform wurden auf Eis gelegt.«

zent beträgt. Diese Schulen sollten mit der Ausbildung für den Produktionsbereich bzw. für unternehmensnahe Dienstleistungen eine der Grundlagen für die innovative Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Österreich bilden.

## DIE SCHULEN

### Budgetkürzungen

Nach 30 Jahren wurde von der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000 erstmals wieder ein Bildungsministerium installiert. Allerdings wurde damit keine Kompetenzvereinbarung im Schulbereich erzielt. Weiterhin fehlen das landwirtschaftliche Schulwesen und die Ausbildung in den Gesundheits- und Sozialberufen. Weiters bleiben die verschiedenen Agenden des Kunst- und

Kulturbereichs aufgeteilt, da z. B. die Bundesmuseen nach wie vor zum Bildungsministerium ressortieren anstatt zum Staatssekretariat für Kunst. Überdies ist die Herauslösung der Forschungsagenden zu problematisieren.

Weit über 140.000 Beschäftigte sind dem Bildungsministerium zuzuordnen, ein Budget über neun Milliarden Euro ist jährlich zu verwalten. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) gehen die Gesamtausgaben des Bundes für den Schulbereich seit 2000 kontinuierlich zurück: 2,63 Prozent (2000), 2,43 Prozent (2003) und 2,36 Prozent (2006) (siehe Grafik: »Unterrichtsbudget in Prozent des BIP«).

### Reduzierung der Dienstposten

Ganz massiv hat die schwarz-blau-orange Bundesregierung bei den Dienstposten-

plänen der LandeslehrerInnen gekürzt. Durch die im Finanzausgleich 2000 vereinbarte Festlegung der Lehrpersonalzuteilung kam es zu einer Reduzierung von etwa acht Prozent der Dienstposten, das sind ca. 5500 LehrerInnen. Aus diesem Grund mussten die bisherigen Stützsyste-me vor allem für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache und behinderte Kinder sowie Fördermaßnahmen für lernschwache Kinder reduziert werden.

Der neue Finanzausgleich 2005 hat keine wesentlichen Änderungen in der Zuteilung der Dienstposten gebracht, obwohl zweckgebundene Ressourcen für Fördermaßnahmen und ausreichendes Personal für alle Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf dringend notwendig sind. Für das Schuljahr 2006/07 stellt der Bund 300 Dienstposten für Fördermaßnahmen für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache zur Verfügung.

## Unterrichtsbudget

in % des BIP



Arbeit & Wirtschaft-Graphik

sungskonvent konsensual behandelt worden ist.

## PISA und die Zukunftskommission

Aufgrund der schlechten Ergebnisse Österreichs bei der PISA-Studie 2003 setzte Bildungsministerin Elisabeth Gehrler eine Zukunftskommission unter dem Vorsitz von Günter Haider ein. Am 13. April 2005 präsentierte diese ihren Abschlussbericht mit weit reichenden Reformvorschlägen für das Schulwesen. Ministerin Gehrler kündigte daraufhin acht Schulpakete an, setzte im Sommer 2006 zwei davon um und verordnete dann ein Reformstopp. Eine bereits 2004 angekündigte Arbeitsgruppe zur Schulorganisation wurde von Ministerin Gehrler in die nächste Legislaturperiode verschoben. Von den Empfehlungen der Zukunftskommission wurde somit nur ein kleiner Bruchteil umgesetzt. Bildungspolitisch wichtige Vorschläge wie das Recht auf Nachmittagsbetreuung, die Einschränkung des Sitzenbleibens, ein Kurssystem in der Oberstufe, ein verpflichtendes Vorschuljahr und eine Verwaltungsreform wurden auf Eis gelegt. Bei den neuen Pädagogischen Hochschulen wurde die bisherige Ausbildung einzementiert.

## Keine Zusammenführung der LehrerInnenausbildung

Das vorliegende Konzept einer »Pädagogischen Hochschule« garantiert, dass Österreich weiterhin das europäische Schlusslicht hinsichtlich der Länge der Ausbildungsdauer und der Flexibilität innerhalb der pädagogischen Berufe bildet. Hier wird die bisherige »Sackgassenausbildung« fortgeschrieben, da weder die Anerkennung des Abschlusses der Pädagogischen Hochschule seitens der Universitäten gesichert ist noch Masterstudien an der Pädagogischen Hochschule angeboten werden können, die in einem Zusammenhang mit der vorgelagerten Lehramtsausbildung stehen. Eine schrittweise Zusammenführung der getrennten LehrerInnenausbildung wird somit nicht in Angriff genommen. Als einzige merkbare Anpassung an eine Hochschule bleibt eigentlich nur die Einführung der Studiengebühren für die Pädagogischen Hochschulen.

Aufgrund des Bedarfs der Länder ist dies viel zu wenig, um ausreichende Fördermaßnahmen anbieten zu können.

## Mangelnde Förderung für sozial Schwächere

Auffallend, aber wenig überraschend bei dieser Bundesregierung ist, dass sie keinerlei fördernde und unterstützende Maßnahmen für sozial schwächere Gruppen ins Auge gefasst hat. So sind etwa die Schülerbeihilfen seit sechs Jahre eingefroren. Seit 2000 hat die Zahl der BeihilfenbezieherInnen um fast 4000 abgenommen.

Die durchschnittliche Beihilfenhöhe von 1083 Euro jährlich sank wegen der fehlenden Anpassung um sechs Prozent (das sind € 63) ab. Die Vernachlässigung der sozialen Rahmenbedingungen durch diese rückschrittliche Transferpolitik ist jedenfalls inakzeptabel, da damit Jugendlichen aus einkommensschwächeren Familien Bildungschancen verwehrt werden.

## »Reförmchen« statt Reform

In den letzten sechs Jahren wurden nur kleine »Reförmchen«, aber keine nachhaltigen Schulreformen durchgeführt. Die einzige Ausnahme bildet die Abschaffung der parlamentarischen Zweidrittelmehrheit bei den Schulgesetzen. Aller-

dings wurde hier, nach massivem Druck von ÖGB und AK, die verfassungsmäßige Verankerung folgender Bereiche im Parlament beschlossen: die Schulgeldfreiheit; die Schulpflicht einschließlich der Berufsschulpflicht; der Erhalt des öffentlichen Schulwesens als Aufgabe des Staates; eine moderne Zielbestimmung für die österreichische Schule sowie die Absicherung des Religionsunterrichts. Zusätzlich einigte man sich auf Wunsch der ÖVP auf die verfassungsmäßige Verankerung eines differenzierten Schulsystems mit folgendem Wortlaut:

*»Der Gesetzgeber hat ein differenziertes Schulsystem vorzusehen, das zumindest nach Bildungsinhalten in allgemeinbildende und berufsbildende Schulen und nach Bildungshöhe in Primar- und Sekundarschulbereiche gegliedert ist, wobei bei den Sekundarschulen eine weitere angemessene Differenzierung vorzusehen ist.«*

Diese Formulierung wird in der Öffentlichkeit heftig diskutiert, da die so genannte »angemessene« Differenzierung im Mittelstufenbereich einen großen Interpretationsspielraum eröffnet. Diesbezüglich ist allerdings zu beachten, dass in der Verfassung erstmals als Ziel eine Bildung »unabhängig von Herkunft, sozialer Lage und finanziellem Hintergrund« verankert wird. In diesem Kontext wird die Gestaltung der Mittelstufe zu prüfen sein. Bemühungen von AK und ÖGB trugen dazu bei, dass diese Passage im Verfas-

## Hochschulen im Umbruch

### Mehr Belastungen für Studierende

Das Erfreuliche vorweg: Es gibt kontinuierlich mehr StudienanfängerInnen, wengleich Österreich im internationalen Vergleich noch immer deutlich nachhinkt. Gründe dafür sind – neben steigenden MaturantInnenzahlen – der anhaltende Trend zu einer erhöhten Bildungsbeteiligung, der Ausbau des Fachhochschulsektors und die wenig rosigere Arbeitsmarktlage speziell für AHS-MaturantInnen.

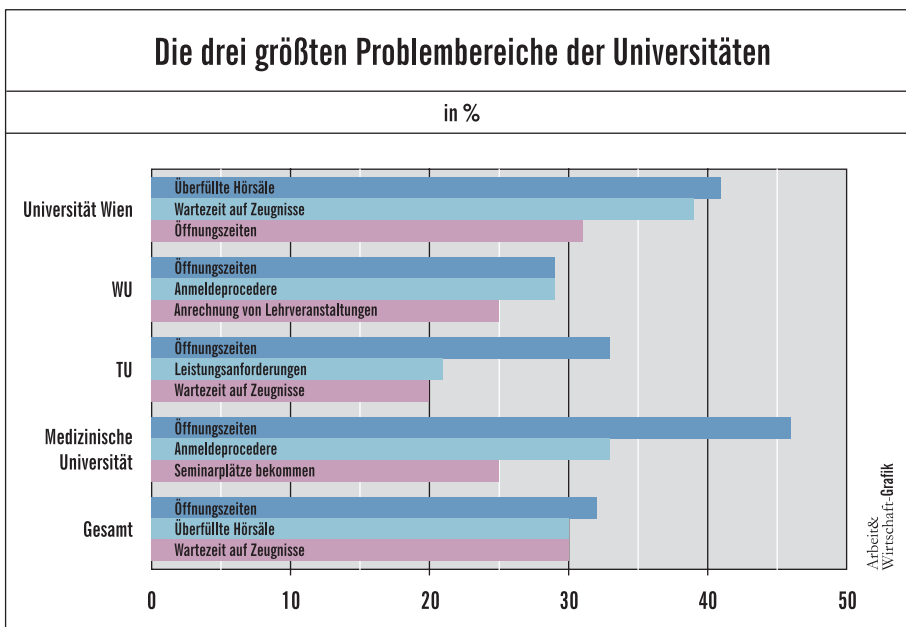
Die letzten sechs Jahre waren jedoch durch eine Reihe von gravierenden Änderungen, vor allem zu Lasten von Studierenden geprägt:

### Ende des gebührenfreien Studiums

Zunächst wurden infolge eines Beschlusses der Bundesregierung im Herbst 2000 die Studierenden bzw. deren Eltern verstärkt zur Kasse gebeten. Seit dem Wintersemester 2001/02 ist ein so genannter »Studienbeitrag« in der Höhe von € 363,63 pro Semester zu bezahlen. An den wissenschaftlichen Universitäten gab es 2001 um ca. 40.000 Studierende weniger als im Vorjahr. Vor allem ältere, berufstätige Studierende haben infolge der Gebühren das Studium abgebrochen. Die versprochene Verbesserung der zum Teil miserablen Studienbedingungen ist aber nicht eingetreten, wie unter anderem eine Befragung der AK Wien im Jahr 2005 belegte. Die AK hat auch mehrfach kritisiert, dass durch die Pauschalgebühr berufstätige Studierende – zirka zwei Drittel der Studierenden sind laut letzter Sozialerhebung während des Semesters erwerbstätig! – besonders benachteiligt werden, da sie infolge der längeren Studiendauer insgesamt weit mehr bezahlen müssen als Vollzeitstudierende (siehe Grafik: »Die drei jeweils größten Problembereiche der Universitäten«).

### Ausgliederung

Der nächste große Einschnitt erfolgte mit der Beschlussfassung des neuen Universitätsgesetzes im Juli 2002, das die Ausgliederung der Universitäten mit mehrjährigen Globalbudgets und Leistungs-



Aus der AK-Studie „Studienbedingungen an Wiener Universitäten“, (Bestandsaufnahme Wintersemester 04/05)

vereinbarungen sowie einem neuen Personalrecht vorsah.

Die von der AK aufgezeigten Problempunkte des Gesetzes, wie z. B. Abbau der inneruniversitären Mitbestimmung, beträchtliche Mehrkosten, keine Verbesserung der Studienbedingungen, mehr Wirtschaftseinfluss, Entfall der Mitwirkungsmöglichkeiten für Arbeitnehmerinstitutionen, neue Medizinuniversitäten mit vielen Nachteilen, sind mittlerweile für Studierende und Universitätspersonal deutlich spürbar.

### Eingriff in die Selbstverwaltung

Im Jahr 2004 gab es wiederum einen überraschenden Initiativantrag der Regierungsparteien zur Änderung des Hochschul-Innenschaftsgesetzes. Ohne Verhandlungen mit den Betroffenen wurde die Abschaffung der Direktwahl der Bundesvertretung der Studierenden und die Neuverteilung des ÖH-Budgets beschlossen.

### Zugangsbeschränkungen

Infolge des negativen EuGH-Urteils betreffend den Hochschulzugang in Österreich am 7. Juli 2005, wurden am Tag darauf via Initiativantrag der Regierungsparteien entsprechend dem Wunsch der Rektoren in acht Studienrichtungen (Human-, Zahn- und Tiermedizin, Phar-

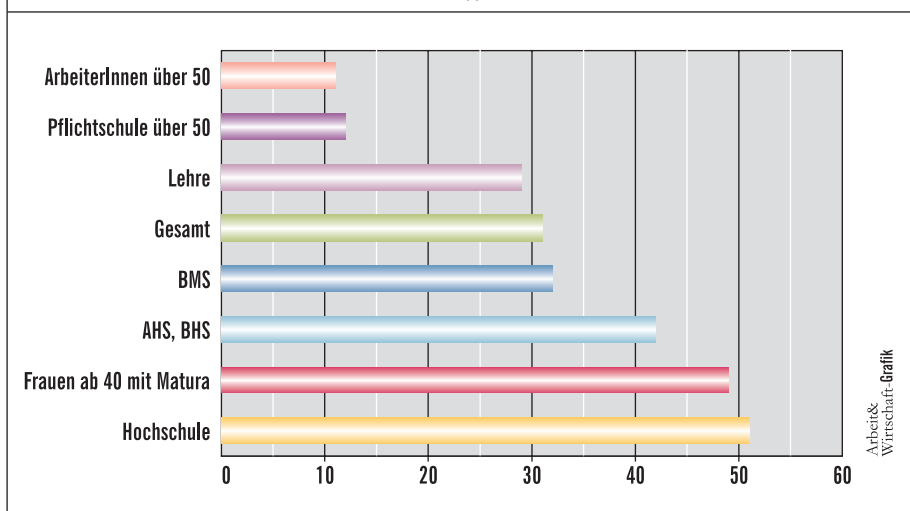
mazie, Psychologie, Biologie, Publizistik und Betriebswirtschaft) Zugangsbeschränkungen ermöglicht. Die Folge waren bzw. sind ganz unterschiedliche Aufnahmebedingungen an den einzelnen Studienstandorten. Von Arbeitnehmerseite wurde dies – neben der Säumigkeit der Bundesregierung zu Lasten der heimischen StudieninteressentInnen – mehrfach kritisiert. Bei den Medizinstudien kam es zu einem großen Zustrom von deutschen StudienwerberInnen. Letztendlich wurde im Frühjahr 2006 erneut mittels Initiativantrag eine »Quotenregelung« (75 Prozent der Plätze für Studierende mit österreichischem Reifezeugnis) für die Humanmedizin-fächer beschlossen. Unklar ist, ob dies EU-rechtskonform ist.

### Bachelor-Studien mit ungewisser Jobperspektive

Seit 2004 erfolgt die Studienplanerstellung generell im autonomen Rahmen der Universitäten ohne verpflichtende Einbeziehung von Arbeitnehmervertretungen. 2004 waren an Universitäten rund 30 Prozent der Diplomstudien in Bachelor- und Masterstudien umgewandelt. Im Fachhochschulsektor beträgt die Umstellungsrate bereits über 50 Prozent. Inwieweit das gestufte Studiengangssystem tatsächlich den Zielen Einhaltung der gesetzlichen Studiendauer, Studier-

## Betriebliche Weiterbildung 2005

in %



Bildungsministerin. Im Herbst 2005 tagte dann ein Expertengremium (ohne Einladung an AK und ÖGB) und erstellte ein Strategiepapier, welches bis heute vom bm:bwk nicht veröffentlicht wurde.

### Bildungsfreibetrag für Unternehmen

Wohin also bewegt sich das LLL in Österreich? Stolz verweist die Bundesregierung auf die Erhöhung des so genannten »Bildungsfreibetrags« für Unternehmen: Ab 2003 können Arbeitgeber die Aufwendungen für die Weiterbildung der MitarbeiterInnen nicht nur zu 100 Prozent, sondern zu 120 Prozent von der Steuer absetzen.

Mit diesen »virtuellen« zusätzlichen 20 Prozent wird die Weiterbildung für die Unternehmen billiger gemacht, und eigentlich konnte mit gutem Grund davon ausgegangen werden, dass die Unternehmen nun mehr ArbeitnehmerInnen weiterbilden würden als zuvor. Doch eine AK Studie hat gezeigt: Seit 2003 geht die betriebliche Weiterbildung zurück, von 36 Prozent auf nur noch 31 Prozent im Jahr 2005.

Das heißt, dass sieben von zehn ArbeitnehmerInnen keine berufliche Weiterbildung vom Betrieb bekommen (siehe Grafik: »Betriebliche Weiterbildung 2005«).

### EU-Benchmark erreicht?

Stolz verweist das Bildungsministerium auch darauf, dass Österreich den EU-Benchmark von 12,5 Prozent (das sind jene, die innerhalb der letzten vier Wochen am LLL teilgenommen haben sollen) bereits erreicht hätte. **Das ist aber nur gelungen, weil auch Freizeit- und Hobbykurse (wie etwa Tennisstunden) in die Ziffer hineingerechnet wurden, früher nahm man ausschließlich berufsbezogene Kurse und Seminare.** Österreich liegt trotzdem immer noch hinter den skandinavischen Ländern (zwischen 24,8 Prozent und 34,7 Prozent), Großbritannien (29,1 Prozent), Slowenien (17,8 Prozent) und den Niederlanden (16,6 Prozent) zurück.

Die von EUROSTAT im Herbst 2005 veröffentlichte Ziffer, dass sich 89 Prozent der ÖsterreicherInnen laufend weiterbilden – womit Österreich angeblich die

barkeit für Berufstätige, Arbeitsmarktrelevanz des Bachelorabschlusses etc. entspricht, ist aufgrund sehr geringer AbsolventInnenzahlen und mangels ausreichender Daten nach wie vor offen.

### Elite-Uni statt Weltklasse

Die heimischen Universitäten sind zwar von der versprochenen Weltklasse weit entfernt, nichtsdestotrotz wurde im März 2006, wiederum ohne Begutachtungsverfahren, die Errichtung einer so genannten »Eliteuni« in Maria-Gugging für einige wenige »SpitzenforscherInnen« um rund 570 Millionen Euro beschlossen. Viele Fragen, wie z. B. Forschungsschwerpunkte, Auswahl der Doktoratsstudierenden etc., sind aber noch ungeklärt.

### ERWACHSENENBILDUNG UND WEITERBILDUNG

#### Budgetkürzungen

Das Budget zur Förderung der Erwachsenenbildung war auch unter der großen Koalition nicht berauschend. Dass jedoch gerade im Jahr 2000, dem »historischen« Jahr des Gipfels von Lissabon mit seinem uneingeschränkten Bekenntnis zum **Lebenslangen Lernen (LLL)**, die damals neue Regierung den Budgetansatz signifikant gekürzt hat, und nachher sogar noch ein zweites Mal, das war

ein unverständlicher Schritt in die völlig falsche Richtung. Jetzt, im Jahr 2006, bewegt sich das Budget nach einer Erhöhung um 28 Prozent für das Doppelbudget 2005/2006 wieder auf dem Niveau des Jahres 2000.

Das sind gerade einmal 11,7 Millionen Euro, dazu noch einige ESF-Mittel (Europäischer Sozialfonds). Damit kann man keine Bäume ausreißen. Zudem wird Brüssel die ESF-Mittel für Österreich ab 2007 kürzen, da muss man sehr aufpassen, dass sich das nicht auf die bisher geförderten Projekte und Maßnahmen negativ auswirkt.

### Keine Weiterbildungsstrategie

Kein Wunder, das die Europäische Kommission Österreich mehrfach gerügt hat und feststellen musste, dass es keine »kohärente Strategie« zur Umsetzung des LLL gibt.

Die OECD hat in ihrem Prüfbericht über die Situation der österreichischen Erwachsenenbildung das Missverhältnis zwischen dem Gesamt- und dem Erwachsenenbildungsbudget kritisiert, der Rechnungshof hat in die gleiche Kerbe geschlagen. Erfolglos.

Ein Vorschlag von AK und ÖGB, ein nationales »Forum Weiterbildung« zur Koordination des LLL einzurichten, wurde zwar gehört, aber nicht umgesetzt, trotz mehrfacher Ankündigung der



Ab 2003 können Arbeitgeber die Aufwendungen für die Weiterbildung der MitarbeiterInnen nicht nur zu 100 Prozent, sondern zu 120 Prozent von der Steuer absetzen.

»Nr. 1« in Europa wäre – ist irreführend, weil jeder unter dem Titel »informelles Lernen« dazugezählt wurde, der in den letzten 12 Monaten vor der Befragung einmal im ORF »Universum« geschaut hat.

Zum Beispiel haben die Frauen in Österreich in der Altersgruppe 55–64 Jahre eine Weiterbildungsquote von

92 Prozent! Diese Umfrage sagt nur etwas aus über die Versorgung der österreichischen Haushalte mit Fernsehapparaten. In Wirklichkeit ist die Beteiligung am LLL in Österreich, wenn man es schön umschreiben will, »ausbaufähig«. Nur 13 Prozent der österreichischen ArbeitnehmerInnen bilden sich privat – also in der Freizeit und auf eigene Kosten – weiter (innerhalb der letzten 12 Monate, 2005).

### Bildungskarenz

2005 befanden sich nur 1017 Personen in Bildungskarenz, das ist – für die einzige gesetzliche Freistellung für Weiterbildung, neben der Freistellung für BetriebsrätInnen im Zusammenhang mit

ihrer Tätigkeit – eine ganz unbefriedigende Quote. Grund dafür sind die unattraktiven Rahmenbedingungen, vor allem die niedrige finanzielle Unterstützung von nur 14,53 Euro pro Tag. Will man die Bildungskarenz aus ihrem Schattendasein herausheben, wird man hier einiges reformieren müssen.

### RESÜMEE

Das Lebenslange Lernen ist vernachlässigt worden. Während die österreichischen Bundesländer ihre Förderprogramme sukzessive ausbauen, fehlen die entscheidenden Impulse seitens des Bundes, der für die Weiterbildung der österreichischen ArbeitnehmerInnen einfach viel zu wenig tun.



KLASSE 10B - LERNEN MIT PRAXISBEZUG



# Umrüstungspektakel als Lehrbuchbeispiel

Ende April kippte der Verfassungsgerichtshof Teile des Postgesetzes. Speed kills, um sich hier eines von Nationalratspräsident Andreas Kohl entlehnten Ausdrucks zu bedienen.

**V**iele Hausbesitzer atmeten auf: sie müssen nicht, wie zunächst vorgeschrieben, für die Errichtung neuer Hausbrieffachanlagen aufkommen.

Für viele kommt diese Wende aber leider deutlich zu spät. Der größte Wiener Hausbesitzer – die Gemeinde –

hat die Umstellung bei ihren mehr als 220.000 Briefkästen bereits abgeschlossen.

Nach Angaben des alternativen Postzustellers Redmail wurde zirka die Hälfte aller umzurüstenden Postkästen bereits ausgetauscht.

## Tempo zahlte sich nicht aus

Setzte die Regierung zuvor unnachgiebig auf Tempo beim angeordneten Kästchenaustausch, signalisiert man nun, es mit dem Neuanlauf zu einer verfassungskonformen Regelung ganz und gar nicht eilig



zu haben. Denn: Guter Rat ist teuer. Ein Ausweg aus dieser reichlich verfahrenen Situation wird noch gesucht.

Zur Erinnerung: Die umstrittene Änderung des Postgesetzes trat 2003 in Kraft. Redmail, vorrangig im Bereich der Werbemittelverteilung Konkurrent der Post, hatte ein Jahr zuvor mit einer Beschwerde bei der EU-Kommission gedroht. Der Anbieter sah sich gegenüber der gelben Post benachteiligt, hatte er im Gegensatz zu dieser doch keinen Zugang zu den versperrbaren Kästen und stellte seine Sendungen deshalb mit Säckchen an der Wohnungstüre zu. Seine Interessen sah der Anbieter von der EU-Richtlinie über die Liberalisierung der Postdienste unterstützt, die bis spätestens 2009 eine schrittweise Marktöffnung für private Postdienste vorsieht.

Rund 1,7 Millionen Briefkästen gibt es landesweit. 1,1 Millionen sind traditionell versperrbare Hausbriefkästen und sollten deshalb ein neues, wettbewerbsgerechtes Outfit erhalten. War ursprünglich noch 2009 als Schonfrist für die von der Umrüstung Betroffenen angepeilt, wurde im Nationalrat per Abänderungsantrag mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ bereits Mitte 2006 als Umrüstungszeitpunkt fixiert. Die Kästchen der neuen Bauart sollten Einwurfschlitze aufweisen, um allen Postzustellern den Zugang zu gleichen Bedingungen zu ermöglichen. Haus- und Wohnungseigentümer waren die Adressaten der Umtauschpflicht und wurden folglich auch mit den Umtauschkosten belastet.

### Breite Ablehnung allenthalben

Von den unmittelbaren Nutznießern der neuen Regelung abgesehen formierte sich schon in der Begutachtungsphase eine breite Ablehnungsfront. Schon damals zeigte ein im Auftrag der AK erstelltes Gutachten verfassungsrechtliche Bedenken gegen einen derartigen Eingriff in die Eigentumsrechte der Betroffenen auf. Auch in der Bevölkerung erhitzen sich die Gemüter, als Medienberichte auf Austauschkosten von rund 60 € pro Kasten hinwiesen und Befürchtungen über unzureichende Diebstahlsicherung bei den Einwurfschlitzen laut wurden.

Der Unmut der Haushalte schlug sich auch in wachsenden Beschwerden bei den

AK-Beratungseinrichtungen nieder. Umrüster beschwerten sich vielfach über Kleingewerbetreibende, wie dem Pizzabäcker ums Eck, die den neuen Einwurfschlitzen nun eine barrierefreie Zustellung ihrer Werbeflyer verdankten und dabei offenbar beharrlich Anti-Werbeaufkleber missachteten. Das Kurzresümee der meisten Anrufer: das Bild von einer alltagsfernen EU, die BürgerInnen zwangsbeglückt, habe sich wieder einmal bestätigt. Der Einwurfschlitze diene nur als unerbetenes Einfallstor für zusätzliche Direktwerbung.

### Statt nachdenken – Strafen erhöhen

Das Vorhaben wurde freilich regierungsseitig nicht nochmals hinterfragt, statt dessen wurde kritischen wie zögernden Hauseigentümern mit drastischen Mitteln die Einhaltung des Umrüstungszeitpunktes nahe gelegt: das Postgesetz wurde 2005 nochmals geändert und die umstrittene Umrüstungsregel um eine drakonische Sanktionsdrohung bis zu 30.000 Euro ergänzt.

Der Hochgeschwindigkeitszug wurde am 25. 4. 2006 vom Verfassungsgerichtshof (VfGH) abrupt gebremst. Ein Hauseigentümer hatte sich durch Anrufung des Höchstgerichtes erfolgreich zur Wehr gesetzt. Dieses hob jene Teile des Postgesetzes auf, mit denen Hauseigentümer verpflichtet wurden, bestehende Postkästen bis Mitte 2006 umzurüsten.

Der Gerichtshof war dabei von folgenden Überlegungen geleitet: Historisch betrachtet verpflichtete bereits das Postgesetz 1971 Gebäudeeigentümer bei Neubauten (mit mehr als vier Wohnungen) in der Nähe des Gebäudeeingangs versperrbare Hausbriefkästen zu errichten. Zugleich wurde der Post gestattet, in bestehenden Gebäuden Kästchen anzubringen. Mit dem Postgesetz 1997 wurde eine Ersatzvornahme für den Fall hinzugefügt, dass der Eigentümer eines Neubaus mit der Anbringung der Briefkästen säumig ist. In diesem Fall durfte die Post Kästen anbringen und die angefallenen Kosten dem Hauseigentümer vorschreiben.

### Wer schnell war, hatte Pech

Der VfGH hielt fest, dass ein Eingriff ins

Eigentumsrecht nur dann gerechtfertigt ist, wenn er im öffentlichen Interesse liegt. Die in den Siebzigerjahren eingeführte Belastung für Gebäudeeigentümer mag – so der VfGH – noch einen gewissen Bezug zu öffentlichen Interessen gehabt haben (aufgrund des großen Zuwachses an Abgabestellen hätte die Finanzierung durch die Post kostendeckende Tarife oder zusätzliche Budgetmittel vorausgesetzt). Unabhängig von der Bewertung alter Bestimmungen läge jedenfalls nach erfolgter Marktöffnung die Umrüstung ausschließlich im Interesse der miteinander konkurrierenden Postdienstleister. Der Präsident des VfGH, Karl Korinek, zerstreute in einer Pressekonferenz sogleich aufkeimende Hoffnungen von Umrüstern auf Kostenersatz auf Basis der Entscheidung: Hauseigentümer, die bereits eine neue Briefanlage eingebaut haben, haben nach dem Urteil kein Recht auf Rückerstattung der angefallenen Kosten. Die Mietervereinigung kündigte an, zu prüfen, ob sich Schadenersatzansprüche für jene Betroffenen, die umgerüstet haben, eventuell aus einer Staatshaftung ergeben.

### Neue Runde

Mittlerweile geht der Konflikt in eine neue Runde: Redmail kündigte medial an, nun wieder die EU-Kommission einschalten zu wollen, denn: »Es tut sich gar nichts, keiner fühlt sich zuständig.« Auch einen alten, aus guten Gründen verworfenen Vorschlag holen die Postmitbewerber wieder aus der Versenkung: den Wettbewerbern sollen wie der Post ebenfalls Schlüssel zu den Briefkästen zustehen. Da Post nicht vor Entwendung sicher und die Haftungszurechnung heillos schwierig wäre, sollte diese Idee – Besonnenheit bei den Entscheidungsträgern vorausgesetzt – rasch wieder vom Tisch sein. Das Verkehrsressort brütet zur Zeit darüber, inwieweit ein Auftragsgutachten, wenn nicht gar ein öffentlicher Ideenwettbewerb, den Weg aus der Misere weisen könnte. Wohin der Zug fährt, ist vorerst ungewiss. Nach allgemeiner Einschätzung dürfte er bis zu den nächsten Wahlen auf einem Nebengleis verbleiben ...

*Daniela Zimmer, AK Wien,  
Abteilung Konsumentenpolitik*

# Vor welchem Hintergrund agieren Gewerkschaften heute?

## Im Spannungsfeld zwischen Herausforderungen und Notwendigkeit

*Der veränderte ökonomische, soziale und politische Hintergrund für Gewerkschaftspolitik, die daraus resultierenden Probleme und die damit zusammenhängenden Herausforderungen.*

Autor: Emmerich Tálos

Professor für Politikwissenschaft  
an der Universität Wien

**G**ewerkschaften wurden im 20. Jahrhundert zu einem der zentralen gesellschaftspolitischen Gestaltungsfaktoren – sei es im Hinblick auf Einkommen, Arbeitsbedingungen wie auch sozialstaatliche Absicherung. Ihre herausragende Rolle als Mitgestalter spielten sie in erster Linie im jeweiligen nationalstaatlichen Rahmen. Das »goldene Zeitalter« des gewerkschaftlichen Einflusses auf die Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik ist seit geraumer Zeit vorbei. In einem veränderten sozio-ökonomischen und politischen Umfeld sind Gewerkschaften heute vermehrt mit Problemen konfrontiert, gewerkschaftliche Interessenpolitik ist noch mehr gefordert und notwendiger denn je.

Ich werde in einem ersten Punkt den für Gewerkschaftspolitik, auch in Österreich, relevanten und gegenüber den Nachkriegsjahrzehnten veränderten ökonomischen, sozialen und politischen Hintergrund umreißen, die daraus für die Gewerkschaften resultierenden Probleme

in einem zweiten Punkt und die damit zusammenhängenden Herausforderungen in einem dritten Punkt skizzieren.

### 1. Sozioökonomische und politische Veränderungen

Im Vergleich zur Hochblütephase der Gewerkschaften in den Nachkriegsjahrzehnten haben sich nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen europäischen Ländern die Rahmenbedingungen der Interessenpolitik wesentlich verändert. Dies ist auf allen wesentlichen Ebenen ersichtlich, die den Rahmen für gewerkschaftliches Handeln bilden und dieses zugleich erschweren:

■ **Die Ökonomien der Mitgliedsländer der EU-Gemeinschaft** wurden zunehmend mehr internationalisiert. Daraus resultiert ein steigender Standort-Wettbewerbsdruck zum einen und ein Spannungsverhältnis für die Gewerkschaften zum anderen insofern, als sie schwerpunktmäßig im nationalstaatlichen Rahmen agierten und noch immer agieren, dessen Handlungsspielraum immer mehr stärkere Begrenzungen erfährt.

■ **Rationalisierung und Technologisierung in den Unternehmen** haben mehrfache Konsequenzen: sie erweitern

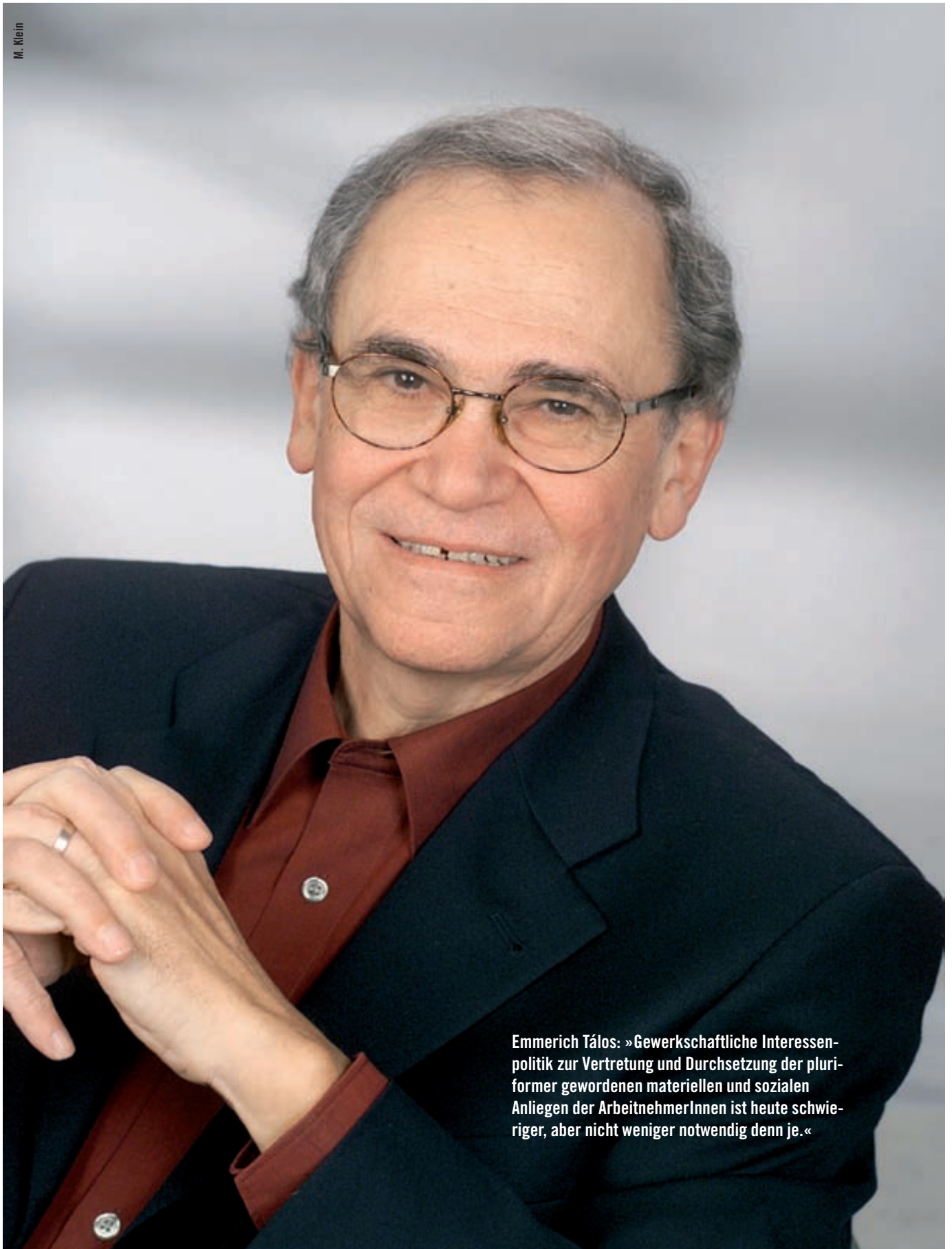
das Flexibilisierungspotential, sie erhöhen die Arbeitsproduktivität, sie erfordern zum Teil mehr Qualifikation, sie machen zum Teil menschliche Arbeitskraft »überflüssig«. Der gestiegene Wettbewerbsdruck findet in steigenden Anforderungen an die Beschäftigten ihren Niederschlag.

■ **Der wirtschaftliche Strukturwandel** hat zu einer beträchtlichen Verschiebung zwischen den einzelnen Sektoren geführt: der Dienstleistungsbereich wird weiter an Bedeutung zunehmen, die industrielle FacharbeiterInnenschaft schrumpft – und damit auch eine traditionell zentrale Kerngruppe gewerkschaftlicher Organisation.

■ **International weist das Wirtschaftswachstum geringere Raten** auf, damit verengen sich Handlungsspielräume für nationalstaatliche Politik. Die wachsenden Defizite der öffentlichen Haushalte bilden zusammen mit dem veränderten internationalen Druck den Hintergrund für die neoliberal-konservativ orientierte Offensive zur Einschränkung sozialstaatlicher Leistungen.

■ **Der Erwerbsarbeitsmarkt unterliegt einem beträchtlichen Wandel**, der sich insbesondere in zwei Facetten zeigt: in Erwerbslosigkeit und so genannter »atypischer« Beschäftigung. Nach dem Ende

M. Klein



Emmerich Tálos: »Gewerkschaftliche Interessenpolitik zur Vertretung und Durchsetzung der pluri-former gewordenen materiellen und sozialen Anliegen der ArbeitnehmerInnen ist heute schwieriger, aber nicht weniger notwendig denn je.«

der Vollbeschäftigungsphase Beginn der 1980er Jahre ist die Erwerbslosigkeit fast durchgängig angestiegen und liegt (nach in Österreich geläufiger Zählung) bei ca. sieben Prozent bzw. (nach der EU-Statistik) bei ca. fünf Prozent. Das gestiegene Risiko zeigt sich anschaulich an der Zahl der davon Betroffenen: Waren im Jahr 1981 240.000 einmal im Jahr erwerbslos, so waren es seit einigen Jahren annähernd 800.000.

Der Arbeitsmarkt hat sich darüber hinaus insofern wesentlich verändert, als neben der dominanten Beschäftigungsform des 20. Jahrhunderts, dem so genannten Normalarbeitsverhältnis, neue Formen zunehmend mehr Verbreitung finden. Diese weichen mehr oder weniger vom vollzeitigen, kontinuierlichen, arbeits- und sozialrechtlich abgesicherten Normalarbeitsverhältnis ab: Teilzeitarbeit, geringfügige und befristete Beschäftigung, Leiharbeit, Arbeit auf Abruf und scheinselfständige Beschäftigung (wie z. B. Werkvertragsarbeit).

■ **Der mit Flexibilisierung gemeinte Sachverhalt** ist ebenso wenig eindeutig wie die damit verbundenen Auswirkungen auf Gesellschaft, auf Individuen, auf ArbeitnehmerInnen. Meinte der Begriff vorerst positiv veränderte Bedingungen für Arbeitskräfte – wie die Befreiung von starren Arbeitszeitmustern und die Vergrößerung von Zeitgestaltungsspielräumen –, so wurde Flexibilisierung mittlerweile zu einem Charakteristikum der Arbeitskräfte, nämlich vor allem ihrer Verfügbarkeit für das Unternehmen. Vom ursprünglichen Sinn des Begriffes der Dehnfestigkeit, um sich wechselnden Umständen anpassen zu können, ist im Wesentlichen übrig geblieben: Anpassungsfähigkeit und Anpassungsnotwendigkeit. Derartige Anpassungen schließen entgegen dem ursprünglichen Sinn des Begriffes ein Zerbrechen nicht aus. Die Übergänge in einer flexiblen Arbeitswelt von Job zu Job sind für die davon Betroffenen oft mit Brüchen und Diskontinuität und damit mit Einkommensausfällen und Einkommenseinbußen verbunden. Gering Qualifizierte finden sich überdurchschnittlich oft in prekären Erwerbsformen und haben ein ebenso hohes Risiko, unfreiwillig den Job wechseln zu müssen. Die flexible Erwerbsarbeitswelt

mit ihren Destandardisierungsprozessen beinhaltet für ihre Akteure ein beträchtliches Potential der Unsicherheit und Instabilität. Jene Menschen, die in einer Welt geforderter rascher Anpassung, Flexibilität und Mobilität nicht mitkommen können, werden mit beträchtlichen materiellen und sozialen Problemen konfrontiert. Der Versuch der Gewerkschaften, solchen Problemen gegenzusteuern, prägt Gewerkschaftspolitik seit ihren Anfängen – anders gesagt: keine neue, aber sehr wohl eine beträchtlich zugespitzte Herausforderung.

■ **Im Unterschied zur Phase des »goldenen Zeitalters« des Sozialstaates** ist dessen Entwicklung nunmehr nicht nur durch den Rückzug staatlicher Verantwortung, sondern auch durch erhebliche Probleme gekennzeichnet. In der aktuellen Debatte werden vor allem immer wieder Finanzierungsprobleme in den Blickpunkt gerückt. Diese gibt es – ablesbar an der zunehmenden Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben in der Pensions- und Krankenversicherung, ungeachtet dessen, dass die Gründe dafür sehr unterschiedliche sind. Die Problemlage besteht allerdings nicht nur in Finanzierungsproblemen. Der österreichische Sozialstaat ist bei all seiner enormen Reichweite und Dichte nicht frei von Lücken. Dies zeigt sich vor allem an der Ausgrenzung aus dem Leistungssystem, aber auch daran, dass sozialstaatliche Leistungen nicht vor Verarmung schützen.

■ **Wie sehr der ökonomische Druck und der gesellschaftliche Wandel auf die Sozialpolitik durchschlagen**, hängt wesentlich von den Problemdeutungen und Interessen der entscheidungsrelevanten AkteurInnen ab. Gab es in den Nachkriegsjahrzehnten in Fragen des Sozialstaates eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den beiden damals entscheidungsrelevanten Großparteien SPÖ und ÖVP, über die aktive Rolle des Staates bei der Steuerung der ökonomischen und sozialen Entwicklung, so ist die **jüngste Entwicklung durch einen substantiellen Dissens** über die zukünftige Ausrichtung und notwendigen Veränderungen des Sozialstaates geprägt.

Die im Regierungsprogramm 2000 formulierten programmatischen Vorstel-

lungen der neu gebildeten ÖVP-FPÖ-Regierung sind an zentrale Issues neoliberal orientierter Gesellschafts- und Sozialpolitik angelehnt. Ein Kernpunkt dabei ist die »Abschlankeung« staatlicher Aufgaben und Tätigkeiten – verbunden mit »mehr Eigenverantwortung« im Bereich sozialer Versorgung. Mit dem Plädoyer für einen schlanken Staat korreliert das Eintreten für eine substantielle Änderung des traditionellen Systems staatlich geregelter sozialer Sicherung unter dem Schlagwort »Soziale Sicherung neu«. Dies heißt zum einen die prioritäre Ausrichtung des Sozialstaates an individuellen Not- und Bedarfslagen, zum anderen die Unterordnung der Sozialversicherung unter budget-, wirtschafts- und standortpolitische Prioritäten bei gleichzeitigem Ausbau der betrieblichen und privaten Vorsorge. Beides zusammengekommen fand realpolitisch in Zugangsbeschränkungen, Niveaueinkürzungen und im Leistungsabbau, vor allem in der Pensions- und Arbeitslosenversicherung seinen Niederschlag.

## 2. Probleme für gewerkschaftliche Interessenpolitik

Aus diesem veränderten Umfeld resultieren eine Reihe von Problemen:

Der Handlungsspielraum nationalstaatlicher Politik ist eingeeengt, der Druck auf diese verstärkt. Exemplarisch zeigt sich dies an der aktuellen Steuerpolitik mit ihren Dumping-Tendenzen, die zur Aushöhlung der finanziellen Ressourcen des Staates führen, an der Budgetpolitik mit ihrer Begrenzung der Ressourcen für sozialstaatliche Leistungen und an der Politik sozialer Sicherung mit ihren weit verbreiteten Einschränkungstendenzen. Mit der Einengung des Handlungsspielraums und der aktuell realisierten und forcierten Steuer-, Budget- und Sozialpolitik geht eine Begrenzung gewerkschaftlicher Handlungsspielräume einher.

Mit der Heterogenisierung, Pluriformisierung und Differenzierung der Interessen und der Bedingungen der Beschäftigten ist im Kontext wachsender sozialer Ungleichheit das Problem der Interessenvereinheitlichung und Interessenbündelungen verbunden. Zugleich geht damit in vielen Ländern, wie auch in Österreich, ein sinkender Organisationsgrad

einher. Die Organisationsprobleme sind allerdings noch differenzierter zu betrachten, denn: Es ist unübersehbar, dass Männer einen höheren Organisationsgrad als Frauen aufweisen. Der Organisationsgrad ist bei jüngeren ArbeitnehmerInnen, bei Angestellten ebenso wie bei ausländischen ArbeitnehmerInnen wesentlich geringer. Er schwankt zwischen Branchen/Sektoren: So weist der öffentliche Sektor einen sehr hohen Organisationsgrad auf. Arbeitsmarktentwicklung und Mitgliederentwicklung decken sich immer weniger. So beträgt der Frauenanteil auf dem Arbeitsmarkt ca. 42 Prozent, ihr Anteil an Gewerkschaftsmitgliedern liegt bei 31 Prozent.

Das heißt: Gewerkschaften haben merkbare Rekrutierungsprobleme bei allen jenen Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt heute und zukünftig eine zunehmend wichtigere Rolle spielen: Frauen, Angestellte, atypisch Beschäftigte und MigrantInnen.

Beträchtliche Probleme resultieren aus dem neoliberal orientierten Umbau des Sozialstaates: Leistungskürzungen treffen durchwegs in erster Linie abhängig Beschäftigte. Die Erfolge gewerkschaftlicher Gegenwehr sind begrenzt. Daraus kann ein weiteres Problem resultieren, das für Gewerkschaftsarbeit nicht ungewichtig ist, nämlich enttäuschte Erwartungen.

Es tut sich eine wachsende Schere auf zwischen in erster Linie standortbezogener Interessenpolitik im Betrieb und überbetrieblich, gesamtgesellschaftlich orientierter Gewerkschaftspolitik.

**Insgesamt:** Gewerkschaften sind vielfach in die gesellschaftspolitische Defensive gedrängt. Die Politik der schwarz-blauen Regierung lief in den letzten Jahren auf eine Schwächung der Gewerkschaften hinaus. Dazu kommen aktuell für die österreichische Gewerkschaftsbewegung die mit dem BAWAG-Desaster in Zusammenhang stehenden Probleme der Glaubwürdigkeit und Finanzierung.

### 3. Herausforderungen an Gewerkschaften

Angesichts seines beträchtlich veränderten Umfeldes und daraus erwachsener vielfältiger Problemlagen stellen sich für Gewerkschaften heute, noch mehr in der Zukunft, eine Reihe einschneidender

Herausforderungen. Eine zentrale Herausforderung kann im treffenden Schlagwort »Solidarität in Vielfalt und Differenz« zusammengefasst werden. Dies heißt verallgemeinert, dass die vielfältigen und differenzierten Interessenlagen abhängig Beschäftigter wahrgenommen, anerkannt, miteinander verbunden und vertreten werden. Im Konkreten bedeutet dies Herausforderungen auf mehreren Ebenen:

■ Die Erwerbsarbeit wird in Zukunft noch vielgestaltiger, pluriformer und diskontinuierlicher sein. Gewerkschaften sind gefordert, ihre Strategien verstärkt an der Gleichstellung der verschiedenen Beschäftigungsformen in den Betrieben ebenso wie in der arbeits- und sozialrechtlichen Absicherung auszurichten.

■ Das Spannungsverhältnis zwischen überbetrieblicher Interessenpolitik durch Gewerkschaften und Vertretung der Interessen auf betrieblicher Ebene wird größer und das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten bei steigendem betrieblichen Partikularismus spannungsreicher. Allerdings könnten überbetriebliche gewerkschaftliche Aktivitäten zum Beispiel in der Qualifikationspolitik betriebliche Aktivitäten abstützen und unterstützen.

■ Eine wichtige Herausforderung stellt die verstärkte Einbindung von Frauen bzw. von atypisch Beschäftigten insgesamt in die Vertretungsarbeit dar. Auch hier sind Gewerkschaften gefordert, zur Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen beizutragen – wie zum Beispiel durch die Verbesserung der Vereinbarkeit von familiärer und beruflicher Arbeit, durch Aufwertung atypischer Beschäftigung in Form der gesicherten Teilhabe an Qualifikationsprogrammen usw. Nicht unwichtig ist im Zusammenhang mit der Partizipation in den Betrieben die Frage des aktiven und passiven Wahlrechtes für MigrantInnen.

■ Es gilt, den Spagat zwischen nationalstaatlicher und transnationaler Gewerkschaftspolitik zu schaffen. Die Europäisierung wie auch Globalisierung macht eine Gewerkschaftspolitik über den nationalstaatlichen Rahmen hinaus unum-

gänglich und überlebensnotwendig: die vorhandenen Möglichkeiten (EGB, Europäische Betriebsräte usw.) bedürfen der Erweiterung und Vertiefung.

### 4. Gewerkschaftliche Interessenpolitik ist notwendiger denn je

Gewerkschaftliche Interessenpolitik zur Vertretung und Durchsetzung der pluriformer gewordenen materiellen und sozialen Anliegen der ArbeitnehmerInnen ist heute schwieriger, aber nicht weniger notwendig denn je.

Gewerkschaften sind vor diesem Hintergrund gefordert, ihren interessenpolitischen Blickwinkel ebenso wie ihr Strategierepertoire zu erweitern, die Organisation den veränderten Bedingungen und der Pluriformität in der Erwerbsarbeitswelt anzupassen, diese schlagkräftiger und kantiger zu machen.

Es stellt sich heute – bei allen gravierenden aktuellen Glaubwürdigkeits- und Finanzierungsproblemen der österreichischen Gewerkschaften – m. E. nicht die Frage, ob diese Gewerkschaften eine Zukunft haben, denn auch eine schlechte Zukunft wäre eine. Es geht vielmehr darum, welche Zukunft sie haben. Dies wird wesentlich davon abhängen, ob es den Gewerkschaften gelingt, adäquate Antworten auf die aktuellen Probleme ebenso wie auf die absehbaren Herausforderungen in der Arbeitswelt und für die Gesellschaftspolitik zu finden.

## LITERATUR

**Das Regierungsprogramm.** Österreich neuer regieren, Feber 2000.

Karlhofer Ferdinand, Arbeitnehmerorganisationen, in: H. Dachs, u. a. (Hg.), **Politik in Österreich.** Das Handbuch, Manz'sche Verlags- u. Universitätsbuchhandlung Wien 2006, 1076 Seiten, ISBN 3-2140-7680-9

Richard Sennett: **Der flexible Mensch,** Berlin 2000, ISBN 3-8333-0342-5, € 9,20

Herbert Obinger, Emmerich Tálos: **Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau.** Eine Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition, VS Verlag, Wiesbaden 2006, ISBN 3-531-14756-0

Emmerich Tálos (Hg.): **Schwarz-Blau.** Eine Bilanz des »Neu-Regierens«, 352 Seiten, Wien 2006, ISBN 3-8258-9730-3, € 19,90

**Fortsetzung von AW-Leserforum  
Seite 5**

Wir brauchen privilegienfreie Gewerkschaften und keine Spitzenfunktionäre auf Lebenszeit. Die hierarchische Arbeitsteilung, in der immer die Gleichen herrschen und der Rest zum Dienen und Gehorchen verurteilt ist, hat absolut nichts mit Gleichberechtigung und Demokratie zu tun und kann daher den Gewerkschaften nicht als Führungsstil dienen. Denn, was das Vorrecht des einen, ist die Rechtlosigkeit des anderen. Die Teilung der Arbeit, die den einen zum Herrschenden und den anderen zum Dienenden macht, verteilt die Menschenrechte ungleichmäßig.

Vor diesem Unrecht, die dem Eigentümer Vorrechte gegenüber den Lohnabhängigen einräumt, sollten uns die Gewerkschaften schützen. Aber die Gewerkschaftsführung folgt demselben Herrschaftsprinzip. Es ist keine Frage, solange diese Knechtschaftsstrukturen in den Gewerkschaften herrschen, werden sich die Bonzen an uns bereichern.

Wenn also im ÖGB etwas reformiert werden soll, dann dieses undemokratische Führungs- und Herrschaftssystem. Damit das Entstehen des Unternehmertums und das Bonzenwesen in den Gewerkschaften keine Chance mehr hat, muss das starre System der Arbeitsteilung durch den regelmäßigen Wechsel an den Spitzen ersetzt werden. Nur der regelmäßige und flexible Funktionswechsel würde die Gewerkschaften demokratisieren und sie aus der Haft der Bonzen befreien. Der Verdienst der Spitzenfunktionäre sollte mit dem Einkommensschnitt der Gewerkschaftsmitglieder gekoppelt sein. Dies würde die Profitlogik des Unternehmertums aus den Köpfen der Funktionärinnen vertreiben und ihre Gesinnung würde sich wieder an den Interessen der Arbeitnehmer orientieren.

Fazit: Die politische Führung der Gewerkschaftsbewegung kann nicht aus der Gewerkschaftsbürokratie kommen. Sie sollten durch ArbeitnehmerInnen aus den Reihen der Mitglieder gewählt und ersetzt werden, die maximal vier Jahre mit einem

Durchschnittsverdienst an den Gewerkschaftsspitzen stehen und nach Ablauf dieser Zeit wieder ihrer ursprünglichen Arbeit nachgehen.

*Gilbert Karasek, 56 Jahre  
Gewerkschafter und Personalvertreter  
bei WIENSTROM  
Wien 1090*

**Kommentar der Redaktion:**

Danke für den Diskussionsbeitrag. Starke Worte, ziemlich emotional: »Bonzen« hat für mich allerdings eine gewisse Konnotation zur Nazizeit, wo das Wort ursprünglich verwendet wurde. Und bei aller – vom geschäftsführenden ÖGB-Präsidenten angekündigten – »tabulosen Diskussion« sollten wir doch nicht vergessen, dass es sich bei den hier als Bonzen bezeichneten Kolleginnen und Kollegen um demokratisch gewählte Funktionäre handelt. Zusammenhänge zwischen Einkommen und Bewusstsein und vielleicht auch dem so genannten »Klassenbewusstsein« stellen sich wohl für uns alle ...

*Siegfried Sorz*

Fachbuchhandlung  
für Arbeit und Recht



**So kommen Sie  
zu Ihrem Recht**  
Umfangreiches Sortiment  
und bester Service

- Vertrieb der Publikationen des ÖGB-Verlags
- Umfangreiches Buchsortiment zum Thema Arbeit und Recht
- Besorgungsgeschäft
- Außendienst-Kundenbetreuung

**Unser thematischer Fokus  
ArbeitnehmerInnen-interessens-  
orientierte Fachliteratur**

- Arbeitsrecht
- Sozialrecht
- Konsumentenschutz
- Geschichte – Österreich
- Politik
- Soziologie
- Wirtschaft – Globalisierung  
– Management  
– Büroorganisation  
– Berufsalltag



**Unsere Öffnungszeiten:**  
Mo-Do 9-18 Uhr, Fr 9-15 Uhr

**ÖGB VERLAG**



**Mythos Rotes Antiquariat  
aus Berlin**

**... denn das Linke liegt so nah**

Man muss nicht mehr nach Berlin reisen. Zumindest nicht, um die legendären Werke des Roten Antiquariats zu erwerben.

Gesammelte Werke und Prunkausgaben aus dem „Roten Antiquariat“ – die Standardwerke der Arbeiterbewegung, Marx, Engels & Co wurden vom Team der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags nach Wien geholt. Soeben ist eine neue Lieferung von 2.000 Exemplaren eingetroffen.

Schauen Sie einfach in der Wipplingerstraße 37 vorbei!

**GARANTIERT GUT INFORMIERT**  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

**Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH**

Buch-Media-Service  
Wipplingerstraße 37, A-1010 Wien

Telefon: 01/534 44/132, Fax: 01/534 44/136  
E-Mail: buchmedia@oegbverlag.at

# Tabulose Diskussion zur ÖGB-Reform

## Betriebsräte der Postbus GmbH

Die Betriebsräte der Postbus GmbH sind seit Jahren durch ihr aktives Eintreten für den Erhalt der Postbusse in Österreich und gegen dessen Ausverkauf an ausländische Betreiber bekannt und engagierte Gewerkschafter in ÖGB und GPF.

**Deshalb liegt ihnen** die Zukunft des ÖGB im Interesse ihrer Beschäftigten sehr am Herzen und beziehen sie die Postbussler aktiv in den Diskussionsprozess ein:

### Gemeinsam für einen starken ÖGB

»Jahrzehntlang schauten die Menschen in Europa neidvoll auf unsere Arbeitnehmer/innen-Vertretung unseres ÖGB. Es gab kein Land in Europa, wo die Gewerkschaften, wie zum Beispiel unsere Fachgewerkschaft GPF, so viele Errungenschaften für die Kollegen/innen durchsetzten, wie etwa Lohnerhöhungen, Sozialleistungen, Rechtsschutz und vieles mehr ...

Die vergangenen Wochen waren sicher die schwierigsten in der Geschichte der Arbeitnehmer/innen-Vertretung unseres ÖGB.

Es ist für uns Betriebsräte unverständlich, wie einige wenige so handeln konn-

ten und das Erbe unserer Mütter und Väter so einfach auf das Spiel setzten. Sicher ist es immens wichtig, die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen und alles aufzuarbeiten.

Doch noch wichtiger ist es, dass alle Arbeitnehmer/innen in Österreich mit ihren Betriebsräten/innen alles unternehmen, dass ein neuer, starker ÖGB ein Gleichgewicht in der Wirtschaft herstellt, damit die Arbeitnehmer/innen-Rechte nicht unter die Räder kommen.

Auch wenn sich schon einige in der Wirtschaft freuen, dass zum Beispiel die nächsten Gehaltsverhandlungen schwächer ausfallen, so sollen sie die Rechnung nicht ohne den Wirt (ÖGB) machen. Denn die Geschichte beweist, immer wenn die Gewerkschaftsbewegung für die Arbeitnehmer/innen zu kämpfen anfängt, war sie am stärksten. Daher ist es besonders wichtig, sich gemeinsam für einen starken ÖGB einzusetzen. Jede An-

regung von euch ist uns besonders wichtig, um eure Ideen in unsere neue Gewerkschaftsbewegung einfließen zu lassen. Schickt uns diesbezüglich einfach einen Brief.«

»Daher an uns alle: Der neue ÖGB gehört nicht einigen wenigen, sondern uns allen. Deshalb ist deine Mitarbeit wichtiger denn je. Zurückschauen ist wichtig, um nicht die gleichen Fehler zu machen, aber die Zukunft unseres neuen, starken ÖGB/GPF für die Arbeitnehmer/innen liegt vor uns.«

Im Namen der Betriebsräte vom Postbus  
Robert Wurm  
robert.wurm@postbus.at  
[www.gpf.at](http://www.gpf.at)

Adresse: Zentralbetriebsrat Postbus,  
Wagramer Straße 17–19, 1220 Wien  
oder E-Mail an:  
christiane.steiner@postbus.at

## Betriebsräte des Druckzentrums Salzburg

In Salzburg haben sich Betriebsräte des Druckzentrums Salzburg, die in der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier (DJP) organisiert sind, mit einem Text und einer Unterschriftenaktion zur ÖGB-Reformdiskussion zu Wort gemeldet.

»**Es reicht uns!** Der BAWAG-Vorstand, sowie Ex-ÖGB-Präsident Verzetnitsch und Ex-ÖGB-Finanzchef Weninger haben gemeinsam mit den Ex-BAWAG-Generaldirektoren beinahe **unser** gesamtes ÖGB-Vermögen verspielt und verzoockt.

Andere Spitzenfunktionäre haben dabei weggesehen, sich nicht gekümmert, blind vertraut oder wie immer man Untätigkeit oder Unfähigkeit bezeichnen will ... Die Spitzen des ÖGB reden jetzt von einem »Neubeginn! Aber alles bleibt beim alten!

Es bleiben die Einzelgewerkschaften in ihren zentralistischen Strukturen, es bleiben die Spitzenfunktionäre mit Mehrfachfunktionen und -bezügen, die allerdings – man höre und staune – auf 11.000 Euro monatlich beschränkt werden sol-

len. Es war **unser** Geld, das Geld der Mitglieder, das verspielt und verzockt wurde – es ist aber auch **unser** Geld, mit dem ein ›ÖGB-NEU‹ entstehen soll.

Die jetzt ›von oben‹ der Öffentlichkeit vorgestellten so genannten ›Reformen‹ lassen wir uns nicht bieten! Es muss endlich die Vernunft über die Befindlichkeiten einzelner Spitzenfunktionäre siegen!

Wenn klar ist, dass der ÖGB nur durch die bestehende Struktur in dieses seine Existenz bedrohende Desaster geraten ist, dann ist diese Struktur zu ändern! Wir fordern: einen ÖGB-NEU in

Anlehnung an die bestens funktionierenden Strukturen der Arbeiterkammern, einen einheitlichen ÖGB auf Basis der Bundesländer mit einer Dachorganisation, dass die Personal- und Finanzhoheit beim ÖGB-Neu bleibt, länderübergreifende Branchengruppierungen, interne und externe Kontrolle, dass die Verantwortlichen und Beteiligten, z. B. BAWAG-Aufsichtsräte, aber auch aus dem Kreis des ÖGB, z. B. ÖGB-Präsidium, Bundesvorstand usw., zum Wohle der Gewerkschaftsbewegung umgehend persönliche Konsequenzen ziehen.«

»Jeder Tag bringt weitere unglaubliche Vorkommnisse, und ÖGB-Mitglieder, insbesondere Betriebsräte, müssen im Betrieb ihren Kopf hinhalten, werden beschimpft und müssen Rede und Antwort stehen. Es muss endlich die Vernunft über die Befindlichkeiten einzelner Spitzenfunktionäre siegen! Daher mitmachen und weitersagen.«

Unterschriftenlisten-Download:  
[netzwerke.oegb.at/br\\_sig](http://netzwerke.oegb.at/br_sig)  
Kontakt: Betriebsräte des Druckzentrum Salzburg,  
5020 Salzburg, Karolingerstraße 38.  
E-Mail: [esreichtuns@gmx.at](mailto:esreichtuns@gmx.at)

## Steuerinitiative im ÖGB:

**Die »überfraktionelle Steuerinitiative im ÖGB« gibt es seit 1999. Ihr Credo: »Steuern sind zum Steuern da«. Die Initiative hat es sich zum Ziel gesetzt, die Steuerfrage in der aktuellen politischen Situation ins Zentrum zu rücken sowie das österreichische Steuersystem so zu verändern, dass dem Staat wieder jene Mittel zur Verfügung stehen, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben zum Wohle der Gesamtheit der BürgerInnen benötigt.**

**Die Gründungsmitglieder** der Initiative sind Funktionäre aus unterschiedlichen Gewerkschaften und Fraktionen des ÖGB, wie beispielsweise aus der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst (HGPD), der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) oder der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD).

Zur ÖGB-Reformdebatte steuerte die Initiative folgenden Beitrag bei:

### Mit Reformgetöse eine Reform ersticken

»... Nur wer seine Vergangenheit analysiert, kennt die Wurzeln seines aktuellen Entwicklungsstandes und kann daher für die Zukunft die richtigen Schlüsse ziehen ... Gemessen an dieser Notwendigkeit begeht die momentane Führung des ÖGB einen schweren Fehler. Denn die Aufarbeitung der Vergangenheit findet bis jetzt einfach nicht statt. Man lässt sie unter den Tisch fallen ... Ist nicht die gelebte Sozialpartnerschaft der letzten Jahrzehnte zu überdenken?

Wurde in und wegen ihr auf die Zunahme der atypischen Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit zu wenig reagiert?

Tausende abgeschlossene Kollektivverträge haben das nicht verhindert und auch nicht die Benachteiligung der Frauen. Wurde nicht der Steuerfrage als dem Eckpunkt des Sozialstaates zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt?

Hätte man nicht statt in Verhandlungen nachzugeben öfters den Konflikt unter Einbeziehung anderer Verbündeter ausfechten sollen? Sind wirklich nur Weninger und Verzetnitsch an allem schuld – oder gibt es noch andere Verantwortliche?

Haben nur ein paar führende Gewerkschafter schlecht gehandelt – oder gibt es Strukturen, die das Hinaufkommen von gewissenlosen Karrieristen begünstigen? Haben die, welche heute nach der Führung lechzen, auch in der Vergangenheit gezeigt, dass sie einen anderen Weg gehen als den von Verzetnitsch?

Es gibt so viele wichtige Fragen, die zu klären sind ... Nicht die sind die größten Reformer, die am lautesten das Wort hinausposaunen. In diesem Stadium heißt reformieren vor allem untersuchen. Nicht die sind die geeigneten Führer, die jetzt am öftesten ihre Fotos in den internen Medien unterbringen. Das hat schon

Verzetnitsch bis zum Überdross gemacht.

Im jetzigen Stadium heißt führen zuerst radikal offenlegen, dann gründlich analysieren und mit öffentlicher Beteiligung der Mitglieder neu ordnend festlegen. Alles ist zu hinterfragen – das war die Botschaft des scheidenden FSG-Vorsitzenden Rudolf Nürnberger. Er hat recht!

Die Gremien und die sie beherrschenden Führungszirkel haben den ÖGB dorthin gebracht, wo er jetzt steht.

Mit dröhnenden Reformposaunen sind Führungszirkel wieder dabei ihren Einfluss neu abzustecken. Reformieren bedeutet mehr als einsparen. Schrille Reformmusik übertönt genaue Fragen. Auch so kann man eine grundlegende Reform ersticken«.

Der ganze Text ist unter folgendem Link abrufbar:

<http://www.steuerini.at/publikationsuebersicht.htm>  
Homepage: [www.steuerini.at](http://www.steuerini.at)

*(Die Diskussionstexte wurden zusammengestellt von Wilfried Leisch).*





## Freiwilligenarbeit:

# Taten statt Worte

**Freiwilligenarbeit wird immer notwendiger. Das sagt auch die Regierung. Doch außer Werbung gibt es bisher nichts, kritisiert der ÖGB und fordert eine rechtliche Absicherung.**

»Die Regierung lässt kaum eine Gelegenheit aus, die Wichtigkeit der Freiwilligenarbeit in Österreich zu betonen. Geht es aber um einen echten Schutz der Helferinnen und Helfer, ist das Engagement der Regierung schnell wieder vorbei«, kritisiert ÖGB-Vizepräsidentin Renate Csörgits und fordert, endlich Rechtssicherheit für freiwillige HelferInnen bei Katastrophen zu schaffen: »Es darf nicht sein, dass für Hilfseinsätze beim

Arbeitgeber um Urlaub angesucht werden muss. Wir fordern eine eindeutige gesetzliche Regelung, damit freiwillige HelferInnen künftig nicht auf die Kulanz ihrer ArbeitgeberInnen angewiesen sind.« Außer Werbung habe die Regierung aber bisher nichts betrieben, kritisiert Csörgits: »Wie bei so vielen Themen konzentriert sich die Regierung auch bei der Freiwilligenarbeit auf die Vermarktung.« Zwar sei allein für

den Freiwilligenpass vom Sozialministerium bisher netto rund 41.500 Euro ausgegeben oder in TV-Einschaltungen des Sozialministeriums (die in die obigen Kosten noch nicht eingerechnet sind) die Wichtigkeit der Freiwilligenarbeit betont worden, doch real sei nichts geschehen. Deshalb fordert die ÖGB-Vizepräsidentin, dass endlich gesetzliche Maßnahmen statt bloß Werbemaßnahmen gesetzt werden. W. L.

## Arbeitsmedizin:

# Uni-Institut ausbauen statt zusperren

**Das Arbeitsmedizinische Institut der Medizin-Uni Wien soll geschlossen werden, kritisiert die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) und tritt vehement dagegen auf.**

»Schon jetzt muss sich Österreich hochqualitatives Wissen in diesem Bereich aus dem Ausland abzapfen«, so Christian Meidlinger, geschäftsführender Vorsitzender der GdG. Für ihn ist die Schließung völlig unverständlich: Derzeit sind wegen geminderter Arbeitsfähigkeit ca. 450.000 ÖsterreicherInnen in Pension, 160.000 davon leiden unter Muskel- und Skeletterkrankungen, knapp 66.000 an psychischen Er-

krankungen. Beide Erkrankungen nehmen zu und »sind zu einem großen Teil auf Arbeitsbedingungen zurückzuführen«, weiß Meidlinger. Würde das Institut geschlossen, wäre Österreich weltweit der einzige Industriestaat ohne solch einer Lehrkanzel. Statt einer entsprechenden universitären Fachausbildung gäbe es dann nur noch eine dreimonatige Kurzausbildung für fertige Ärzte. Das nötige Wissen kann so nur ansatzweise

angeeignet werden und muss dann in der Praxis mühsam erworben werden. Dass so am falschen Platz »gespart« wird, zeigt eine IHS-Studie. Demnach könnten durch Prävention und Gesundheitsförderung jährlich bis zu 3,6 Milliarden Euro eingespart werden. »Rund 50 Prozent der Erkrankungen ließen sich allein durch die Reduktion von Stress am Arbeitsplatz reduzieren«, betont der GdG Vorsitzende. W. L.

**Bankgebühren:**

# Undurchsichtig

**Wer ein Bankkonto, Dauer- oder Einziehungsaufträge hat und z. B. Konditionen ändern oder ein Konto schließen will, wird kräftig zur Kasse gebeten, kritisiert die AK.**

So verlangen etwa nur drei der 18 von der AK getesteten Banken keine Gebühren, z. B. bei Auflösung eines Girokontos. Im teuersten Fall machte die Schließungsgebühr 25 Euro (Hypo NÖ) aus. Bei Auflösung eines Studentenkontos verlangt knapp die Hälfte von 17 getesteten Banken keine Schließungsgebühren. Für die Auflösung jedes einzelnen Dauer- und Einziehungsauftrages, werden jeweils bis zu drei Euro in Rechnung gestellt. Bar-

einzahlungen auf institutsfremde Konten kosten bei allen untersuchten Banken zwischen 1,5 und vier Euro. »Günstiger kommt es jedenfalls, wenn Überweisungen vom Konto abgebucht werden«, rät AK Konsumentenschützer Harald Glatz und stellt generell zu den Bank-Nebengebühren fest: »Die tatsächlichen Preise für eine Leistung sind nicht durchschaubar, erst wenn es an das Zahlen geht, bekommt der Konsument die gesamte

Rechnung präsentiert.« Daher fordert die AK: »Die Kunden müssen bei Bankleistungen den Endpreis kennen. Daher müssen Preise und Leistungen in einem Preisaushang im Schalterraum jedenfalls verfügbar sein, sollten aber auch verpflichtend im Bank-Schaufenster ausgehängt werden.«

SERVICE: Alle Nebengebühren finden Sie im Internet unter [www.arbeiterkammer.at](http://www.arbeiterkammer.at) W. L.

**Bildung:**

# Soziale Selektion

**Während in den meisten OECD-Ländern die Ausgaben für Bildung steigen, sind sie in Österreich gesunken und es findet eine soziale Selektion beim Bildungszugang statt.**

»Die Zahl der Jugendlichen, die weder in Ausbildung noch in Beschäftigung sind, steigt. PISA-Niederlagen gehören schon zur Routine. Beim Bildungsstand der Bevölkerung liegt Österreich deutlich hinter den besten Ländern«, kritisiert ÖGB-Präsident Rudolf Hundstorfer die Bildungssituation. Tatsächlich ist die Zahl der Jugendlichen ohne Beschäftigung und Ausbildung von 2002 bis 2004 bei den 20 bis 24-jährigen um fast ein Prozent und bei

den 25- bis 29-Jährigen um 2,1 Prozent gestiegen. Zwischen 1995 und 2003 sind laut OECD in Österreich die Ausgaben für Bildung von 6,1 Prozent des BIP auf 5,5 Prozent gesunken. Effekt: »Es ist eine Tatsache, dass Kinder aus sozial schwächeren Haushalten keinen gerechten Zugang zur Grundbildung haben«, stellt Hundstorfer fest. Dabei kommt dem Haushaltsnettoeinkommen entscheidende Bedeutung zu: 40 Prozent der El-

ternhaushalte von Kindern in der 1. Klasse AHS verfügen über mehr als 2400 Euro netto. In der Hauptschule sind es hingegen nur 18 Prozent. Diese soziale Selektion setze sich dann bei der Wahl der Berufsausbildung fort. Hundstorfer: »Es ist offensichtlich, dass Eltern mit nicht so gutem finanziellem Hintergrund auch nicht die Möglichkeiten haben, ihren Kindern die öffentlich fehlenden Rahmenbedingungen privat zu finanzieren.« W. L.

**EU und Dienstleistungen:**

# Daseinsvorsorge absichern

**Anlässlich der EU-Debatte um die »Dienstleistungen von allgemeinem Interesse« fordert die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten die Absicherung der Daseinsvorsorge.**

Um eine rechtlich abgesicherte, zukunfts-sichere Daseinsvorsorge erheblich verbessern, müssen nach Meinung der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten (GdG) vorhandene Anträge und Kompromissvorschläge der EU-Parlaments eingearbeitet werden.

In einem offenen Brief an die EU-Abgeordneten wendete sich der geschäftsführende Vorsitzende der GdG, Christian Meidlinger, an die zuständigen EU-

Mandatare: »Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass eine umfangreiche Palette von zuverlässigen, stabilen und effizienten öffentlichen Dienstleistungen in hoher Qualität und zu erschwinglichen Preisen verfügbar ist«, weil öffentliche Dienste dafür sorgen, dass Aufgaben und Bedürfnisse des Gemeinwohls bereitgestellt werden können. Insbesondere fordert der Vorsitzende der Gemeindebediensteten »die Verankerung

des Vorranges funktionierender öffentlicher Dienstleistungen vor den Prinzipien des Binnenmarktes und des Wettbewerbsrechtes.« Daher, so Meidlinger, »ist von weiteren sektorspezifischen Liberalisierungen als gegenwärtig der Fall, insbesondere in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Wasserver- bzw. -entsorgung, Gesundheits-Dienstleistungen und soziale Dienstleistungen, Abstand zu nehmen.« W. L.

# Statistiken sind Argumente

Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	Nationale VPI		Harmonisierte VPI	
	Juni 06	Juli 06	Juni 06	Juli 06
	VPI			
Belgien	1,9	1,6	2,5	2,4
Deutschland	2,0	1,9	2,0	2,1
Finnland	1,7	1,9	1,5	1,4
Frankreich	1,9	1,9	2,2	2,2
Griechenland	3,2	3,8	3,4	3,9
Irland	3,9	4,2	2,9	2,9
Italien	2,3	2,2	2,4	2,3
Luxemburg	3,2	2,9	3,9	3,4
Niederlande	1,3	1,3	1,8	1,8
Österreich	1,5	1,5	1,9	2,0
Portugal	2,7	2,8	2,8	2,2
Spanien	3,9	4,0	4,0	4,0
VPI-EWU	—	—	2,5	2,4
Dänemark	2,2	2,0	2,1	2,0
Estland	4,3	4,5	4,4	4,5
Lettland	6,3	6,9	6,3	6,9
Litauen	3,7	4,4	3,7	4,4
Malta	...	...	3,3	3,6
Polen	0,8	...	1,5	1,4
Schweden	1,5	1,7	1,9	1,8
Slowak. Rep.	4,6	5,0	4,5	5,0
Slowenien	2,9	1,9	3,0	1,9
Tschech. Rep.	2,8	2,9	2,3	2,4
Ungarn	2,8	3,0	2,9	3,2
UK ...	2,4	2,5	2,4	...
Zypern	3,0	3,2	2,6	2,8
EU 25	—	—	2,4	2,4
Island	8,0	8,4	5,7	6,3
Norwegen	2,1	2,2	2,1	2,3
VPI-EWR	—	—	2,4	2,4
Schweiz	1,6	1,4	—	—
USA	...	4,1	—	—

Der Arbeitsmarkt im Juli 2006				
	Stand Juli 06	Veränderung zum Vormonat	Vorjahresmonat	
Unselbständige Beschäftigung	3.380.413	74.008	55.306	
ohne KUG/Präsenzdiener	3.259.061	73.387	54.999	
Arbeiter	1.372.552	42.823	23.341	
Angestellte u. Beamte	2.007.861	31.185	31.965	
Männer	1.830.640	40.618	28.376	
Frauen	1.549.773	33.390	26.930	
Ausländer	408.343	7.304	17.169	
Inländer	2.972.070	66.704	38.137	
Vorgemerkte Arbeitslose	196.699	331	-14.196	
Männer	100.246	-1.812	-9.258	
Frauen	96.453	2.143	-4.938	
Ausländer	29.723	-2.949	-2.459	
Inländer	166.976	3.280	-11.737	
Jugendliche (bis unter 19)	8.642	1.348	-637	
Jugendliche (19 bis unter 25)	23.938	762	-2.611	
Ältere (50 bis unter 55)	18.528	-62	-778	
Ältere (55 bis unter 60)	15.419	-392	-368	
Ältere (über 60)	3.712	-97	-655	
Arbeitslosenquote	5,5	-0,1	-0,5	
Offene Stellen	37.493	1.680	9.272	
Lehrstellsuchende	10.642	6.492	-56	
Offene Lehrstellen	4.132	603	1.509	
Geringfügige Beschäftigung *	235.295	-3.291	6.265	
Männer	70.587	-1.525	3.159	
Frauen	164.708	-1.766	3.106	
Arbeiter	134.772	1.197	3.368	
Angestellte	100.523	-4.488	2.897	

\*) nicht in der unselbständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen Übersichten über die Beschäftigungslage und die Kaufkraft sollen die Orientierung erleichtern. Die Tabellen sind wichtige Informationen für Interessenvertreter und jeden politisch Interessierten.

**Datenquellen:** Statistik Austria/EUROSTAT, laufender Monat;  
**Anmerkung:** Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.  
 ... = Bei Redaktionschluss keine Werte bzw. für Luxemburg zum Teil nur mehr HVP-Werte verfügbar.  
 EWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum

Weltbank:

## Geschäfte machen

Die Weltbank empfiehlt die Aufhebung von Arbeitsmarktregulierungen.

**Scharf kritisierte** der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) die jüngste Ausgabe der meistverbreiteten Publikation der Weltbank »Doing Business 2007« (Geschäfte machen 2007). Ihr zufolge erbringen die Marshall-Inseln weltweit die »beste Leistung«, da sie nahezu kein Arbeitsrecht haben und nicht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) angehören. Im Vorjahr war die ebenso im Pazifik gelegene winzige Insel Palau der »Spitzenreiter«. In beiden Ländern ist eine ununterbrochene Arbeitszeit

von bis zu 24 Stunden nicht verboten, weder Urlaub noch Kündigungsfrist sind gesetzlich vorgesehen. Als Nicht-Mitglieder der ILO sind die gelobten Inseln nicht zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen – etwa dem Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit – verpflichtet.

IBFG-Generalsekretär Guy Ryder forderte die Weltbank auf, die Publikation nicht länger bei der Erstellung von Vorschlägen zur Reform des Arbeitsmarktes zu verwenden. Vorherige Ausgaben waren Grundlage für Strategiepapiere

von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF), um einzelne Länder zur Aufhebung von Maßnahmen zum Schutz der Arbeitnehmerschaft zu veranlassen. So hatte der IWF der südafrikanischen Regierung empfohlen, die Wirtschaftsindikatoren durch »Rationalisierung« bei Anstellungen und Entlassungen zu verbessern. Eine derartige »Verbesserung« impliziert die Aufhebung der Regelungen, die nach dem Apartheidregime zur Beseitigung der Rassendiskriminierung eingeführt worden waren. G. M.

Grassers neue Steuerpläne:

## Neues Belastungspaket

Für 2008 hat Finanzminister Grasser Steuersenkungen in Höhe von 1,5 Milliarden angekündigt.

**Abschaffung der Gesellschaftsteuer** bringt ArbeitnehmerInnen nichts. Betrachtet man die einzeln angekündigten Maßnahmen wie etwa die Senkung des Spitzensteuersatzes oder die Abschaffung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, so zeigt sich, dass diese Steuerpläne Spitzenverdienern oder vermögenden Personen zugute kommen, kritisiert die AK. Aber auch Maßnahmen wie die Abschaffung der Gesellschaftsteuer oder der Werbeab-

gaben bringen den Arbeitern und Angestellten nichts. Im Gegenteil: »Das Budgetdefizit verschwindet ja bis 2008 nicht von allein«, sagt AK Steuerexperte Otto Farny, »der Finanzminister muss zuerst einmal vier Milliarden hereinholen – durch Steuererhöhungen oder Kürzungen bei den Staatsausgaben.« Das würde wiederum vor allem ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen belasten, so der AK Steuerexperte. In Wirklichkeit handle

es sich um eine »Fortsetzung der Umverteilung von den Arbeitnehmern zu den Unternehmen«, weil der Finanzminister den Arbeitnehmern nur 1,5 Milliarden zurückgeben wolle, nachdem er sich vorher vier Milliarden geholt habe. Nach KöSt-Senkung und Gruppenbesteuerung steht für die AK »das dicke Ende der Grasser-Fortsetzungs-Steuerpläne« bereits fest: »ein weiteres 1,5 Milliarden-Steuergeschenk an die Unternehmen.« W. L.

## Heimat. Lügen. Literatur.

Texte zur gegenwärtigen Befindlichkeit

**Peter Huemer**, mehr als ein Jahrzehnt Leiter des legendären »Club 2«, dann 15 Jahre im Radio »Im Gespräch«, legt eine Auswahl von Texten vor, die in den letzten Jahren zu Fragen der Zeit, zu österreichischen Problemen, und zu tagesaktuellen Aufregungen erschienen sind.

Das Buch spannt den Bogen über sehr verschiedene Themen. Die Texte sind sorgfältig chronologisch geordnet. Daraus entsteht eine interessante Zeitreise, mit Historischem, Gesellschaftskritischem, Tagesaktuellem, mit Laudationes und Festreden. Geschichten- und Geschichts-

buch in einem. Ein Sittenspiegel Österreichs der letzten fünf Jahre. Zitiert aus teils unveröffentlichten und teils bekannten Artikeln. Formuliert im journalistisch exakten Stil, wie man ihn von Peter Huemer kennt. Das alles liest sich leicht und regt doch zum Nachdenken an. Erinnerungen werden wach und Zusammenhänge endlich klarer. Was entstanden ist? Ein Stück Zeitgeschichte, gut geeignet für alle, die sich mit der jüngeren politischen Geschichte Österreichs auseinandersetzen möchten. *Thomas Fessler*  
**Verlag der Apfel, 224 Seiten, € 10,90**

### INFO

#### Das »Wiener Stadtgespräch«

**Eine Diskussionsreihe** mit der Stadtzeitung Falter - Gespräche zu aktuellen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Themen:

Peter Huemer im Gespräch mit Marlene Streeruwitz »Eine Bestandsaufnahme neoliberaler Schrecklichkeiten«

24. Oktober 2006, 19 Uhr  
 AK-Bildungszentrum, Großer Saal  
 Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Anmeldung unter  
[stadtdgesprach@akwien.at](mailto:stadtdgesprach@akwien.at)  
 Telefon (01) 501 65 DW 3031

# Eine Bilanz des »Neu-Regierens«

2000 wurde eine ÖVP-FPÖ Koalitionsregierung gebildet. Dieser Machtwechsel war von heftigen innerösterreichischen und internationalen Konflikten begleitet. Die schwarz-blaue Regierung trat mit dem Anspruch »Neu regieren« an: Neue, andere Inhalte, realisiert mit einem neuen Stil des Regierens.

Inwiefern dieser Anspruch Realität wurde, welche Konsequenzen dies für die politischen Entscheidungsprozesse und die inhaltliche Gestaltung österreichischer Politik hatte, ist Gegenstand dieses Buches.

Die relevanten politischen Akteure werden ebenso in den Blick gebracht wie die einschneidenden Veränderungen in wichtigen Politikfeldern.

In den Beiträgen dieses Bilanzbandes finden sich auch einige den »Arbeit & Wirtschaft«-Lesern bekannte Autoren wie zum Beispiel Bruno Rossmann zur Budgetpolitik, Günther Sandner zur Hochschulpolitik oder Ferdinand Karlhofer und Emmerich Tálos selbst zur »Sozialpartnerschaft im Abstieg«.

In diesem letzten Beitrag heißt es zum Beispiel zu der aktiven Gewerkschaftern noch gut erinnerlichen »Urabstimmung«:

## Starkes Verhandlungsmandat

»Der ÖGB, gewohnt an die sozialpartnerschaftliche Verhandlungskultur, tat sich eine Zeit lang schwer, vom konsensualen auf einen konfrontativen Stil zu wechseln. Ein erstes Zeichen des Protests wurde mit einem Aktionstag im Juni 2000 gesetzt, mit allerdings relativ geringer Resonanz in der Öffentlichkeit wie auch bei den Mitgliedern.

Erst mit der – von allen Fraktionen, also auch der FCG getragenen – Urabstimmung im Herbst 2001 erreichte der Konflikt eine schärfere Dimension. Die Aktion war freilich nicht unriskant, da der ÖGB traditionell eher die repräsentative als die partizipative Komponente in den Vordergrund rückte und daher nicht abzusehen war, ob eine nennenswerte Beteiligungsrate überhaupt zu erzielen wäre.

Eine Herausforderung war die Urabstimmung insofern, als sie die erste dieser Art in der Geschichte des ÖGB darstellte. Hinsichtlich Beteiligungs- und Zustimmungsrates übertraf das Ergebnis der Urab-

stimmung schließlich die Erwartungen der Gewerkschaften wie auch von Beobachtern: 57 Prozent der ÖGB-Mitglieder (mehr als 800.000) nahmen an der Urabstimmung teil; die Zustimmung zu den Fragen lag durchgängig bei rund neunzig Prozent und darüber.

Selbst die Frage, ob der ÖGB »zur Durchsetzung seiner Forderungen in Verantwortung für die Zukunft Österreichs und der Menschen notfalls auch gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen ergreifen soll«, wurde von 88 Prozent mit Ja beantwortet. Der ÖGB begriff das Ergebnis als starkes Verhandlungsmandat ...«

## Eingriffe in die Sozialautonomie der Kammern

Prägnant dargestellt sind unter anderem auch die »Eingriffe in die Sozialautonomie der Kammern« und dazu, als markantes Beispiel, die von der FPÖ betriebene Novellierung des AK-Gesetzes im Jahr 2000, wobei erstmals seit 1945 die Arbeitskammer nicht miteinbezogen wurde.

Im Fazit dieses Beitrags kommen Karlhofer und Tálos zu folgendem Schluss: Ob die von schwarzblau realisierten Zäsuren in der Interessenpolitik »zu einem Dauerzustand werden, hängt in erster Linie nicht von der Bereitschaft der Großverbände ab, den oft beschworenen Geist der Zusammenarbeit wieder mehr in gemeinsamen Entscheidungen umzusetzen. Änderungen in der Regierungskonstellation – mit Beteiligung der Sozialdemokratie – könnten die Einbindungen der Verbände, insbe-

sondere auch der Arbeitnehmerorganisationen, in politische Entscheidungen wieder aufleben lassen und für substantielle Verhandlungen mehr Spielraum eröffnen. Ungeachtet dessen wie auch der aktuellen, seit 1945 tiefreichendsten Krise des ÖGB im Gefolge des BAWAG Desasters ist eine Wiederkehr der traditionellen Sozialpartnerschaft nicht erwartbar.«

Insgesamt sind alle Beiträge zu Akteuren und Institutionen wie auch zur Politikgestaltung auf hohem analytischem Niveau und der Band wird für viele zu einem wichtigen Nachschlagwerk und Werkzeug werden.



Emmerich Tálos (Hg.): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des »Neu-Regierens«  
Reihe: Politik und Zeitgeschichte,  
Band 3, 2006, 352 Seiten, € 19,90,  
broschiert, ISBN 3-8258-9730-3

**AFL-CIO:** Dachverband der US-Gewerkschaften; die AFL (American Federation of Labor) wurde 1886 gegründet, 1938 spaltete sich die radikalere Gruppe »Congress of Industrial Organizations« ab. In den 1950er Jahren fanden AFL und CIO wieder zusammen. Anlässlich der »goldenen Hochzeit« kam es im Sommer 2005 wieder zu Differenzen: Unter anderem wegen Streitigkeiten bezüglich der dringend nötigen Reformen (auf Grund sinkender Mitgliedszahlen vertrat die AFL-CIO nur noch 10% der Arbeitnehmer) spaltete sich die Gruppe »Change to Win« ab, eine Koalition aus mehreren Gewerkschaften. (Seite 18)

**Bachelor** (englisch; sprich: bättschler): **oder Bakkalaureus**, der erste akademische Grad, den Studenten an (Fach-)Hochschulen als Abschluss einer wissenschaftlichen Ausbildung erlangen können. Er ist im Rahmen des Bologna-Prozesses eingeführt worden, dessen Ziel die Vereinheitlichung der europäischen Studienabschlüsse ist. Ein Bachelor-Studiengang kann zwischen sechs und acht Semester dauern. Zum gleichnamigen Abschluss in den USA bestehen Unterschiede sowohl im Aufbau des Studiums als auch bei der Anerkennung der Abschlüsse. (Seite 29)

**Benchmark:** Richtwert, Maßstab, der durch den Vergleich mit Konkurrenzprodukten entsteht. (Seite 26)

**Berufsschutz:** bedeutet, dass Arbeitslose über einen gewissen Zeitraum nicht gezwungen werden können, eine Tätigkeit mit geringerer Bezahlung oder unter ihrer Qualifikation anzunehmen. (Seite 16)

**Cato:** der Ältere oder auch der Censor (234-149 v. Chr.), römischer Feldherr, Historiker, Schriftsteller und Staatsmann. Sein berühmtestes Werk »de agri cultura« ist die älteste erhaltene lateinische Prosaschrift. Als Senator war Cato ein vehementer Befürworter des Dritten Punischen Krieges. (Seite 4)

**Claqueur** (französisch; sprich: klakör): bestellter Beifallklatscher (Seite 4)

**Dissens:** Meinungsverschiedenheit zu einem bestimmten Thema (Seite 36)

**EuGH:** Europäischer Gerichtshof, Sitz in Luxemburg; er bildet gemeinsam mit dem ihm 1988 zur Arbeitserleichterung beigegebenen Gericht erster Instanz (EuGI) das Rechtsschutzinstrumentarium der EU. In allen Fällen, in denen das Gemeinschaftsrecht in Frage steht oder dessen Anwendung strittig ist, hat der EuGH seine Rechtsschutzfunktion wahrzunehmen. Vor allem soll der einheitliche Charakter des EU-Rechts gewahrt und verhindert werden, dass das Gemeinschaftsrecht in den Mitgliedstaaten unterschiedlich angewandt wird. (Seite 29)

**Europäischer Sozialfonds:** Finanzierungsinstrument, mit dem die Europäische Union ihre Ziele im Rahmen der Europäischen Beschäftigungsstrategie in konkreten Arbeitsmarktprojekten umsetzt: Förderung der Chancengleichheit von Männern und Frauen, aber auch von benachteiligten Personengruppen, Förderung von lebenslangem Lernen usw. Für den Zeitraum 2000 bis 2006 standen in Österreich rund 761 Millionen Euro zur Verfügung. www.esf.at (Seite 30)

**extramural:** hier: außerhalb öffentlicher Einrichtungen wie Spitäler oder Pflegeheime; Gegenteil: intramural. (Seite 24)

**Generikum:** Nachahmung eines sich bereits unter einem Markennamen auf dem Markt befindenden Medikaments, dessen Patentschutz abgelaufen ist. Es handelt sich um eine im Wesentlichen wirkstoffgleiche Kopie des Originalpräparats, wobei aber die Hilfsstoffe und die Herstellungstechnologie variieren können. Ein Generikum soll dem Originalprodukt in dessen beanspruchten Indikationen therapeutisch äquivalent sein, d. h., es muss ihm in der Wirksamkeit entsprechen. Oft nutzen Generikahersteller den Erkenntnisgewinn seit der Entwicklung des Altpräparats. haben. Somit können aber Generika eines Wirkstoffes untereinander Abweichungen von mehr als 50% in der Bioverfügbarkeit haben. Generika sind in der Regel um bis zu zwei Drittel preisgünstiger als das Originalpräparat. (Seite 24)

**Heterogenisierung:** Entstehung, Förderung von Andersartigkeit, Unterschiedlichkeit. (Seite 36)

**Issue** (englisch; sprich: ischju): Ausgabe, Angelegenheit (Seite 36)

**Kant, Immanuel:** deutscher Philosoph (1724-1804) und wichtigster Denker der deutschen Aufklärung; sein Werk »Kritik der reinen Vernunft« kennzeichnet den Beginn der modernen Philosophie. Der »kategorische Imperativ« ist eine seiner wichtigsten Thesen: dieser gebietet allen vernunftbegabten Wesen, Handlungen zu vollbringen, die nicht Mittel zum Zweck, sondern an sich gut sind. (Seite 4)

**kohärent:** zusammenhängend (Seite 30)

**Konnotation:** assoziative, emotionale, wertende Nebenbedeutung (Seite 38)

**konsensual:** übereinstimmend, beiderseitig (Seite 28)

**korrelieren:** in (Wechsel-)Beziehung stehen, einander bedingen (Seite 36)

**Lissabon-Strategie:** Auf einem Sondergipfel der EU-Staats- und Regierungschefs im März 2000 in Lissabon verabschiedetes Programm, das zum Ziel hatte, die EU innerhalb von 10 Jahren zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirt-

schaftsraum der Welt zu machen. Mit dieser Strategie will die EU im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt sein. (Seite 26)

**Master:** Zweiter akademischer Grad, der an Hochschulen als Abschluss einer wissenschaftlichen Ausbildung erlangt werden kann. Er wird nach einem ein- bis zweijährigen Vollzeitstudium verliehen und schließt an einen Bachelor, Magister u.ä. an. Je nach Ausrichtung kann ein Masterstudium der Vertiefung des vorherigen Studiums (konsekutiv) oder der Erschließung neuer Wissensgebiete dienen. Viele Masterstudiengänge sind zulassungsbeschränkt. Der (Executive) Master of Business Administration ist das wohl bekannteste Beispiel für einen nichtkonsekutiven Master. Er soll Absolventen eines nichtwirtschaftswissenschaftlichen Studiums die Wirtschaftskennnisse vermitteln, die sie in Führungspositionen benötigen. (Seite 29)

**Partikularismus:** Streben einzelner (Gebiete, Organisationen etc.), ihren besonderen Interessen gegenüber den allgemeinen durchzusetzen. (Seite 37)

**Pluriformisierung:** Vergrößerung/Zunahme der Vielfältigkeit (Seite 36)

**Präambel:** Einleitung, feierliche Erklärung als Einleitung einer Urkunde oder eines Staatsvertrages. (Seite 22)

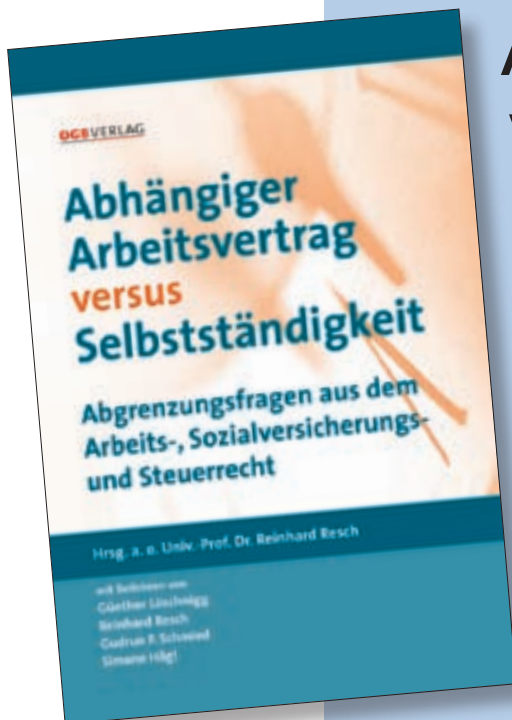
**pragmatisch:** sachlich, nur auf Tatsachen bezogen (Seite 22)

**Public Private Partnership (PPP):** Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und Privatunternehmen zum Zweck der Mobilisierung privatwirtschaftlichen Kapitals und Fachwissens für die Erfüllung staatlicher Aufgaben, meist kombiniert mit einer Teil-Privatisierung öffentlicher Aufgaben (z. B. im Straßenbau). (Seite 20)

**ressortieren:** einem Ressort zuteilen/zugehören (Seite 27)

**Sekundärsektor:** Bereich der industriellen Produktion, als Primärsektor wird die Urproduktion also Land- und Forstwirtschaft, Bergbau und Fischerei bezeichnet. Dienstleistungen (Handel, öffentliche Dienste, freie Berufe etc.) bilden den tertiären Sektor. Der Anteil des tertiären Sektors hat sich beispielsweise in Deutschland von 1960 bis 1998 von 20 Prozent aller Erwerbstätigen auf 45 Prozent mehr als verdoppelt und ist weiter im Ansteigen. (Seite 12)

**SORA:** Institute for Social Research and Analysis, sozialwissenschaftliches Institut in Wien, gegründet 1996. (Seite 6)



# Abhängiger Arbeitsvertrag versus Selbstständigkeit

## Abgrenzungsfragen aus dem Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht

Seit Jahren wird eine Fluchtbewegung aus dem Arbeitsrecht diagnostiziert. Die rechtlichen Unterschiede im Arbeits-, Sozialversicherungs- und Steuerrecht sind dabei vielfach der entscheidende Beweggrund für die konkrete Vertragstypenauswahl. Durch Umgehungskonstruktionen wird die Rechtsstellung von Arbeitnehmern gefährdet und der arbeits- und sozialrechtliche Schutz ausgehöhlt.

Das Buch widmet sich dem Thema der Abgrenzung des Arbeitnehmerbegriffs von anderen Vertragstypen, vorrangig dem freien Dienstvertrag und dem Werkvertrag.

Beiträge:

*Univ.-Prof. DDr. Günther Löschnigg* (Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Graz): Der Arbeitsvertrag. Abgrenzung, Kombination und Mehrfachabschluss

*Univ.-Prof. Dr. Reinhard Resch* (Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Linz): Dienstnehmerbegriff nach ASVG und seine Abgrenzung

*Univ.-Prof. Dr. Gudrun Fritz Schmied* (Institut für Wirtschaftswissenschaften der Universität Klagenfurt): Abhängiger Arbeitsvertrag versus Selbstständigkeit aus der Perspektive des Steuerrechts

*Mag. Simone Högl* (Institut für Arbeits- und Sozialrecht Linz): Übersicht über die Judikatur des VwGH der letzten 10 Jahre zur Abgrenzung; Dienstvertrag/freier Dienstvertrag/Werkvertrag

Reinhard Resch (Hrsg.)

## Abhängiger Arbeitsvertrag versus Selbstständigkeit

2006, 136 Seiten, € 21,-

GARANTIERT GUT INFORMIERT  
[www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

### Bestellung:

per Fax: 01/534 44/136

per Mail: [buchmedia@oegbverlag.at](mailto:buchmedia@oegbverlag.at) oder

im Web: [www.oegbverlag.at](http://www.oegbverlag.at)

### BESTELLSERVICE

In jeder Buchhandlung  
 oder direkt beim ...

### Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH

Buch-Media-Service

Wipplingerstraße 37, A-1010 Wien

Telefon: 01/534 44/132, Fax: 01/534 44/136

E-Mail: [buchmedia@oegbverlag.at](mailto:buchmedia@oegbverlag.at)

Ja, ich bestelle \_\_\_\_ Exemplar/e von **Abhängiger Arbeitsvertrag versus Selbstständigkeit** à € 21,-

Name

Firma/Institution

PLZ Ort

Anschrift

Telefon, E-Mail

Datum, Unterschrift

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten. Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der Besteller. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

AW 9/06

Unser **OGB** wird neu.



## Frische Kraft. Neue Richtung.

Die **Mitgliederbefragung** zur Gewerkschaftsreform.

Unsere Gratis-Hotline  
**0800 5 777 44**  
befragung@oegb.at

**Klarheit.** Ihre Meinung ist Ihr Beitrag zur Reform des ÖGB. Ehrlicher, direkter und klarer können wir unseren Neustart nicht angehen – damit alles so klar und frisch wie unser Wasser ist. Das ist der einzige Weg zu neuer Kraft für das Heute und Morgen unserer österreichischen Arbeitswelt. Machen Sie mit, der neue ÖGB braucht **Ihre Meinung.**

© I.D. AT

Jetzt in der aktuellen **Solidarität** oder im Internet auf [www.oegbreform.at](http://www.oegbreform.at) als Fragebogen.

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:  
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie  
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder  
richtige Anschrift mit

\_\_\_\_\_  
Straße/Gasse

\_\_\_\_\_  
Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

\_\_\_\_\_  
Postleitzahl

\_\_\_\_\_  
Ort

Besten Dank

AW